

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 28. Juli 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (eingetragene) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interions für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die blamierten Russen.

In der „Kreuz-Zeitung“ behandelt den Königsberger Prozeß jetzt die Schiemannschen Wochenschau über die äußere Politik. Es liegt darin das gänzlich unbeschäftigte Geständnis, daß die Einleitung dieses Prozesses nicht eine Angelegenheit deutschen Rechts war, sondern eine politische Dienstleistung aus Gründen einer träben auswärtigen Politik. Die natürlich russenfreundliche Wochenschau sagt:

„Wir hätten gewünscht, daß in dem jetzt glücklich zum Abschluß gelangten Königsberger Prozeß die russische Regierung die Möglichkeit gehabt hätte, durch eine würdige Persönlichkeit dem Gängel von Anschuldigungen entgegenzutreten, der sie getroffen hat. Denn der Verlauf dieser sonderbaren Gerichtsverhandlung gestaltete sich so, daß eigentlich die russische Regierung auf die Anklagebank gesetzt wurde, ohne daß ihr die Möglichkeit geboten wurde, sich zu verteidigen. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß ungeheure Uebertreibungen und zum Teil völlig unerwiesene Behauptungen mit ungewöhnlicher Sicherheit vorgebracht worden sind.“

Es ist erstaunlich, daß der Verfasser der Wochenschau, der sich alsbald nach der Niederschrift dieser Sätze rühmt, ein besserer Kenner der russischen Zustände zu sein als die Teilnehmer des Königsberger Prozesses, nicht selbst wenigstens irgendwie den Versuch unternimmt, die „ungeheuren Uebertreibungen“ zu bezeichnen und zu widerlegen. Die „Kreuz-Zeitung“ sollte sich verpflichtet fühlen, den Russen diese Hilfe zu leisten, — wenn sie es vermag. Innerhalb 15 Minuten wir dem Wunsche des Wochenschauers durch aus bei, daß bedauerlicherweise die russische Regierung nicht „eine würdige Persönlichkeit“ als Gegengutachter gestellt hat. Hätte die russische Regierung die würdige Persönlichkeit gestellt, so würde die gegenseitige Kadtsprache der Gutachter erst recht bedeutsam und für Rußland vernichtend geworden sein.

Warum aber hat die russische Regierung nicht die „würdige Persönlichkeit“ gestellt? In der „Kreuz-Zeitung“ ist gesagt, die russische Regierung habe dazu nicht die Möglichkeit gehabt. Diese Annahme ist richtig und unrichtig. Unrichtig wäre es zu meinen, daß die russische Regierung nicht Zeit und Mittel gehabt hätte, um Gegengutachter vor das Gericht zu bringen. Richtig ist die Annahme in andern, von der „Kreuz-Zeitung“ nicht vermutetem Sinne.

Wir wissen, daß die russische Regierung die Möglichkeit der Herbeiführung „würdiger Persönlichkeiten“ togetang mit heiligem Bemühen gesucht hat. Als man in Petersburg erschreckt wahrnahm, daß der preussische Fremdschaftsdienst in eine furchtbare Anlage gegen die russische Gewalttherrschaft umschlug, unternahm man mannigfache Versuche, die Angelegenheit irgendwie für Rußland zu verbessern. Die russische Regierung hat sich eifrig bemüht, „Sachverständige“ gegen die „ungeheueren Uebertreibungen“ und zum Versuch der Reinigung Rußlands vor Europa aufzutreiben. Wir wissen nicht, warum ihre Bemühungen gänzlich erfolglos geblieben sind. Es scheint, daß wirklich „würdige Persönlichkeiten“ der Wissenschaft, die Anspruch auf europäische Achtung haben, sich zu diesem elenden Dienste nicht haben finden lassen.

Im Zusammenhang mit diesen ergebnislosen Bemühungen der russischen Regierung dürfte ferner auch die Anwesenheit des russischen Justizministers in Kaulsberg und Berlin während der kritischen Tage des Prozesses stehen. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß der russische Justizminister Berlin auch zu dem andern Zwecke besucht haben mag, das preussische Justizministerium über die rechtlichen Grundlagen des gegen die preussischen Staatsbürger geführten Verfahrens zu belehren. Zwar ist der Name des Grafen Murawiew nicht in den Fremdenlisten der Hotels verzeichnet worden, aber es giebt in Berlin noch immer nicht ausgewiesene Russen, welche die Freunde hatten, ihrem bedeutenden Landsmann in den Straßen Berlins zu begognen.

Was Murawiew ist in der Erkenntnis der völligen Verwahrlosung der deutschen Justiz nach Rußland zurückgekehrt. Es wäre interessant, die zarte Gesinnung kennen zu lernen, welche aus dem auswärtigen Amt des Deutschen Reiches nach Rußland geht, um den Glauben der russischen Regierung an die deutsche Justiz zu erneuern.

Die Freisprechung Palizzolos.

Rom, den 25. Juli.

Die Geschworenen von Florenz haben den früheren Abgeordneten von Palermo, Raffaele Palizzolo, und seine Mitangeklagten Trapani und Fontana von der Anklage des zweiseitigen Mordes freigesprochen. Dieser Freispruch bildet den Abschluß eines der ergreifendsten und bedeutendsten Prozesse der letzten Jahrzehnte, der im Jahre 1899 vor den Mailänder Assisen begann, dann 1901 unter Ausdehnung der Anklage auf Palizzolo und Fontana in Bologna neu aufgenommen wurde und zu der Beurteilung der heute Freigesprochenen zu 30 Jahren Kerker führte, während die ursprünglichen Angeklagten vom Mailänder Prozeß frei ausgingen. Um den Prozeß Palizzolo sind die politischen Meinungen hoch aufgescblagen und vielleicht werden auch heute viele den Freispruch als den Sieg der Mafia und der Regierung beklagen, während andre ihn als den Sieg der Ordnung über den Umsturz preisen werden. Das verdient der Wahrspruch der Florentiner Geschworenen nicht: hier ist keine siegende und keine unterlegene Partei, hier stehen wir vor einem Beispiel der insamsten, schlaffsten, dämnesten und unredlichsten Verwaltung der Justiz, das an den Pranger der Geschichte gehört.

Im Februar 1892, also vor nunmehr mehr als 12 Jahren, wurde der frühere Direktor der Banco di Sicilia, Rotarbartolo, auf der Reise nach Palermo im Eisenbahncoupé ermordet und seine Leiche aus dem fahrenden Zuge geworfen. Ein Raubmord lag nicht vor, die Leiche hatte alle Kostbarkeiten bei sich. Die gute Vorbereitung der That, die große Zurückhaltung aller Zeugen charakterisierte das Verbrechen als ein Verbrechen der Mafia, jener sizilianischen Verbrecherorganisation, von deren Sitten und Gebräuchen man viel gefabelt hat, die aber als eine Vereinerung der Starken und Wehrhaften zu Schutz und Trutz thatsächlich besteht und durch die eigenartigen Erbregriffe und die individualistische Auffassung der Rechtspflege im Volke erhalten wird. Ursprünglich ist die Mafia — oder Mafia — eine demokratische Gegenorganisation gegen die Macht der Feudalherren, der Barone; der Baron schätzte sich selbst, der kleine Mann empfahl sich der Mafia, die gegen eine Abgabe sein Gut und Leben schützte, gegen den Wegelegerer wie gegen den Feudalherren. Mit dem Wachsen der öffentlichen Sicherheit in Sizilien im Laufe des 19. Jahrhunderts verlor die Mafia ihre sociale Funktion. Der Aufgabe und den Individuen nach, aus denen sie sich rekrutierte, sank sie zur Verbrecherorganisation herab, in der sich die antisocialen Instinkte der Mitglieder ausübten. Diese Mafia machte ihren Frieden mit den herrschenden Klassen, namentlich mit der Regierung des dritten Italiens. Sie war und ist noch heute eine Macht, mit der man bei den Wahlen rechnen, sie lieb und leidet ihren Arm der Privattrache der Reichen. Dieser Mafia sollte Rotarbartolo zum Opfer gefallen sein.

Und die öffentliche Meinung in Sizilien war sofort darüber im Klaren, wer der Auftraggeber der Mordthat sei. Schon in den ersten Polizeiberichten wurde der Name des Abg. Palizzolo genannt. Er war ein persönlicher Feind Rotarbartolos, er war der schlimmste Gegner seines Verwaltungssystems im Banco di Sicilia, er wußte von der bevorstehenden Zurückberufung des früheren Direktors und riskierte durch sie schwere Unannehmlichkeiten. Auch bezeichnet die öffentliche Meinung Palizzolo als eines Verbrechens fähig; er war bekannt als Intrigant und gewissenloser Streber und hatte Beziehungen zu den gewaltthätigsten Elementen der Insel. Je weniger andre Motive der Mordthat aufzuspüren waren, um so lauter bezeichnete man den ministeriellen Abgeordneten als den Mandanten des Mordes.

Hier war eine Spur und die hätte verfolgt werden müssen. Statt dessen verschwanden die Polizeiberichte, die Palizzolo namhaft machten, einfach aus den Akten, die Beamten, die von dem Verdacht berichteten, ein Staatsanwalt, der die Voruntersuchung in die Hand nahm und an Palizzolos Schuld glaubte, wurden nach Norditalien veretzt. Dokumente im Justizministerium wurden unterschlagen, selbst corpora reati wurden vertaucht. Parteilichkeit der Centralbehörden, Veschlichkeit der niederen, die ruchlose Niederlichkeit im ganzen System brachten es so weit, daß man gegen Palizzolo gar nicht vorging, sondern nur zwei Eisenbahner in Haft behielt, die stark verdächtig waren, den Mord begünstigt zu haben. Nach neunjähriger Untersuchungszeit — sage und schreibe nach neun Jahren! — starb einer von diesen Unglücklichen, Garuffi, im Gefängnis; der andre, Carollo, wurde im Jahre 1902, also nach zehn Jahren, von den Assisen von Bologna freigesprochen!

Der Prozeß gegen Garuffi und Carollo, der wegen Verdachtes der Befangenheit an die Mailänder Assisen überwiesen wurde, brachte endlich wieder die schweren Verdachtsgründe gegen Palizzolo zur Sprache und gab der Untersuchung eine andre Basis. Das Zeugenverhör stellte mit Sicherheit fest, daß die beiden Eisenbahner nicht die alleinigen Schuldigen sein konnten, es brachte ferner schwere Verdachtsgründe gegen Palizzolo, nicht nur als Anstifter zum Mord Rotarbartolos, sondern auch zu einer andern im Jahre 1891 begangenen Mordthat, der ein Gutbesitzer Niceli zum Opfer gefallen war. Die Beweegründe des Verbrechens, der öffentliche Verdacht gegen Palizzolo, die Machinationen zum Verwischen der Spuren, alles wurde von den Zeugen ausfagen aufgedeckt und wickte so furchtbar belastend, daß niemand mehr an Rettungsversuche dachte. An einem denkwürdigen Nachmittage wurde im Parlament telegraphisch die Autorisation zur Verhaftung des Parlamentariermitgliedes Palizzolo wegen Verdachtes des Mordes nachgeschickt, sie wurde sofort mit allen gegen 8 Stimmen bewilligt, und 50 Minuten später war Palizzolo in Palermo bereits hinter Schloß und Riegel. Ministerpräsident war Pelloux, dem es ernst war mit dem Willen zur Verhaftung und der während der Parlamentssitzung den telegraphischen Verkehr mit Palermo ganz abzubrechen ließ.

Seitdem hat man dann 11 Monate in Bologna verhandelt, hat hunderte von Zeugen gehört, um festzustellen, daß Palizzolo Interesse daran hatte, sowohl Rotarbartolo als Niceli aus dem Wege zu räumen, daß man ihm in Sizilien die Mordthat zutraute, daß die Regierungsorgane alle Indizien gegen ihn von Anfang an systematisch aus dem Wege räumten und unterschlugen. Gegen Fontana stellte man fest, daß er in dem fraglichen Zuge gesehen worden war, daß sein Alibiweis falsch war und er ihn lange vorher durch Entsendung eines Strohmannes nach Turin vorbereitet hatte. Was man aber nicht beweisen konnte — um nur bei dem Prozeß Rotarbartolo zu bleiben — war jede Beziehung zwischen Palizzolo und Fontana. Beziehungen zwischen dem Abgeordneten und den beiden Eisenbahnern waren nachgewiesen — Zeuge Apotheker Costanzi —, aber man hat diesen Zeugen durch Bedrohung und bürokratische Chikanen so viel drangsalirt, daß er seine Aussage widerrief.

Hier war die entscheidende Lücke in der Beweiskette: wenn Palizzolo und Fontana einander nicht kannten, wie konnten die Motive des ersteren auf den zweiten einwirken? Die Verdachtsgründe gegen Fontana wurden null ohne Motive, die Gründe gegen Palizzolo

blieben nichtig ohne die ausführende Hand. Und so hat man denn alle freigesprochen, nachdem man sie am 25. Juli 1902 in Bologna zu 30 Jahren Kerker verurteilt hatte.

Konnte, dürfte man anders handeln? Wir glauben: nein. Viele werden sagen, daß der reiche, der einflußreiche Mann wieder seine Sonderjustiz gehabt hat. Wenn man die Voruntersuchung und alle damit zusammenhängenden Maßnahmen vom Tage des Verbrechens im Auge hat, so hat man tausend Mal recht: das war Klassenjustiz, wie sie frecher und unverschämter nicht denkbar ist. Betrachtet man aber das Beweismaterial, was der Geschworenen vorlag, so muß man sagen: schlimm genug, wenn das Sonderjustiz ist, die daraufhin freispricht. Jede gewissenhafte Rechtspflege müßte bei einem Indizienprozeß freisprechen, wenn mehr als zwölf Jahre die Spuren der That in der Luftenwelt und im Gedächtnis der Menschen verwischt haben. Eine Schande ist es, wenn man zwölf Jahre lang der Justiz den Weg versperrt hat. Aber es hieße ein Verbrechen dem Verbrechen zufügen, wollte man auf die unsicheren und schwankenden Indizien, die den Geschworenen vorlagen, drei Menschen dem qualvollen Tode im Kerker überantworten. Vielleicht hat man mir so vorsichtig, so zögernd geurteilt, weil ein Palizzolo auf der Anklagebank sah. Das kam und wahrscheinlich sein Grund sein, das Urteil zu beklagen: wir wünschen dieselbe Vorsicht im Beurteilen gegenüber dem elendesten und verkommensten Subjekt und uns gilt das Prinzip mehr als der Mensch. Mag sein, daß drei Schuldige ihrer Strafe entgangen sind. Die Schuld dafür liegt ganz bei der Regierung. Daß die Geschworenen nicht zu beurteilen wagten, durch das Dunkel eines Jahrzehnts hindurch, darf ihnen keineswegs derangt werden.

Wir schreiben dies und betonen dies, obwohl wir schon das Gekläff der Palizzolo-Presse hören, obwohl wir wissen, daß heute Raketen in Sizilien steigen, um die Freilassung des Märtyrers zu preisen. Heute schreibt bereits einer der Söldlinge des sizilianischen Ausbeutertums, der eleganten Mafia, daß es in Sizilien außer den Sozialisten keine Verbrecherassociation giebt, schon hat der Abgeordnete von Palermo I sein Mandat niedergelegt, um den Wahlkreis an Palizzolo zurückzugeben. Diese Saturnalien der Claquewirtschaft, so elastisch sie sind, kimmern uns nicht. Palizzolo ist seinem moralischen Kaliber nach kein Gegner, er ist ein bürgerlicher Loter. Mag der herrschende Pöbel den armen Schelm im Triumph herumtragen: die Reinigung des öffentlichen Lebens in Sizilien von der verbrecherischen Macht der Mafia ist die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterklasse.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. Juli.

Ein Maß Städt.

Eine Beleidigung des preussischen Landtages, ein Versuch, Aufklärung zu verhüten und die Freiheit des Lehrpersonals in nicht zu rechtfertigender Weise einzuschränken, ist ein Verlaß des preussischen Ministers Dr. Studt, aber den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet:

Von Seiten einiger Landtagsabgeordneter sind letzthin privatim Rundfragen über Schulverhältnisse an verschiedene Organe der Schulverwaltung gerichtet worden; da das auf diese Weise gewonnene Material nur unvollständig sein kann und seine Verwertung daher bedenklich erscheinen muß, so hat der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten unter Hinweis auf einen Runderlaß vom 25. Oktober 1886 die königlichen Regierungen veranlaßt, den Schulaufsichtsbeamten, Schuldeputationen, Schulkommissionen, Schuldorständen und Lehrpersonen erneut jede Mitwirkung bei Mittelungen statistischen Materials über Schulverhältnisse an Privatpersonen ohne seine Genehmigung zu untersagen.

Wenn sich die Landtagsabgeordneten durch Umfrags Material zu ihrer gesetzgeberischen Arbeit erditten, befehlt der preussische Unterrichtsminister den ihm unterstellten Personen, sie zu bonfottieren. Mit welchem Rechte? Ebenso wie der einzelne Schulvorstand, Aufsichtsbeamte, Lehrer seine Erfahrungen und Kenntnisse für literarische Arbeiten verwerten kann und sich damit sogar im Interesse der Schule durch Anregung der öffentlichen Diskussion ein Verdienst erwirbt, ebenso gut kann er sein Material einem Dritten zur Verwertung überlassen. Wenn der Unterrichtsminister ihnen dieses gute Recht nimmt, so macht er die Schande der Schulverwaltung, die er durch solche Erschuldungs- und Unterdrückungsgerichte verbergen will, erst recht offenbar.

Herr Studt weiß wohl, daß das Material, das durch private Rundfragen gesammelt wird, ein zerschmetterndes Urteil über die konfessionelle Schule ist. Jetzt eben veröffentlicht Herr J. Teubner — kein Abgeordneter, sondern ein Lehrer — solches durch private Rundfragen gesammeltes Material, das untwiderleglich beweist, wie sehr die konfessionelle Zersplitterung des Schulwesens dem Unterrichtszweck zuwiderläuft. In seiner Schrift „Schulkompromiß. Konfessionelle Schule. Simultanschule.“ (Lübbe-Verlag Berlin) weist er an mehreren hundert Orten nach, daß dort statt vollkaffiger Simultanschulen konfessionelle Kumpfschulen bestehen. Für die Schulkompromißer ein furchtbarer Schlag, dessen Wiederholung jetzt durch Maß verboten wird!

Ist es nicht eigentlich toll? Man verbietet den Offizieren a. D. das Schreiben, man ordnet an, wo die Eisenbahner ihre Kartoffeln kaufen sollen, man unterdrückt den Postunterbeamten-Verband, weil sich ein Vorsichtiger als „Agitator“ bemerkbar macht. Man hindert die Abgeordneten, die ein Gesetz beschließen sollen, sich Einblick in die Verhältnisse zu verschaffen, deren Regelung man von ihnen verlangt, man untersagt den Lehrern, ihre nützlichen und verdienst-

vollen statistischen Feststellungen im Interesse des Schulforschens zu verwerthen — und dann stellt man sich hin und redet vom Terrorismus der Socialdemokraten und vom socialistischen Zuchtstaats! Man thut nichts als verhindern, verbieten, untersagen, unterdrücken und vertuschen und redet von positiver Arbeit! Wäre der preussische Landtag nicht der — preussische Landtag, so müßte er in seiner ersten Sitzung nach den Ferien gegen den Studischen Verhinderungs- und Vertuschungsbericht einmütig Protest erheben. Er wird es nicht thun. Und der freisinnigen Minderheit, die sich bei den Wahlen unter das Joch der Reaction gebeugt hat, geschieht im Grunde recht, wenn man ihrem armseligen bischen Opposition den Studischen Knebel in den Mund steckt. —

Aus dem „befeundeten Nachbarstaate“.

Erster Staatsanwalt in Königsberg: Es giebt nichts Schändlicheres als diese Schriften der russischen Revolutionäre.

Rechtsanwalt Dr. Liebknecht: Ich kenne etwas Schändlicheres: das sind die russischen Zustände!

In dem Königsberger Prozeß sind in düsterem Reigen die unheimlichen Verbrechen des russischen Absolutismus vor der Kulturwelt, vor der richtenden Menschheit vorbeidestilliert: die Auspeitschung eines wehrlosen edlen Weibes im Sara-Zuchtstaus in Sibirien, die Auspeitschung und Vergewaltigung der bäuerlichen Bevölkerung eines friedlichen Dorfes im Charlowter Gouvernement, die bestialische Züchtigung der Wilnaer Klassenbewußten Arbeiter, deren ganzes Verbrechen darin bestand, daß sie den Weltfeiertag des Proletariats friedlich gefeiert hatten, der Massenmord, verübt unter duldender Zustimmung, wo nicht unter Anstiftung der Regierungsorgane, an wehrlosen jüdischer Bevölkerung in Sibirien. . . . Es sind dies nur einige blutige Denkmäler aus dem letzten Jahrzehnt der grauenhaften Geschichte des Absolutismus; nur das Drama in der Kora-Anstalt reicht in die Mitte der 80er Jahre zurück.

Doch wozu auf Vergangenes zurückgreifen? In eben demselben Moment, wo auf erbettelten Antrag der Kautenregierung deutsche Bürger vor ein deutsches Gericht gestellt werden sollten, um sich wegen des schweren Verbrechens des „Hochverrats“ gegen das Kautenregime zu verantworten, in demselben Moment verübten drüben die Träger dieses Regimes neue haarsträubende Verbrechen, bei denen man sich unwillkürlich an den Kopf faßt und sich sagen muß: es gehört wahrhaft eine eiserne Fuchse des Charakters und die ganze geistige Schulung eines wissenschaftlich durchgebildeten modernen Socialdemokraten dazu, um angesichts solcher Gewalthat das kühle Urteil über die Zwecklosigkeit und Verlehrtheit der terroristischen Verzweiflungssakte zu bewahren.

Neulich ist bereits durch die deutsche Presse die Nachricht über Verhandlungen der politischen Inhaftierten im Gefängnis der Stadt Kalisch gelaufen. Uns liegt jetzt ein von der Socialdemokratie Rußland-Polens herausgegebenes Flugblatt vor, das in knappen Worten die ungläublichen Thatfachen bestätigt und beschreibt. Wir lassen das Dokument selbst sprechen:

„Arbeiter und Arbeiterinnen! Zu allen ihren Verbrechen hat die Kautenregierung ein neues schreckliches hinzugefügt, das sogar in der Geschichte des Jarentums zu den Seltenheiten gehört.

Am 19. Juni um 8 Uhr abends stürzte in die Zellen des Kaiserlichen Gefängnisses die betrübte Soldateska, ein paar Hundert Soldaten und ein Duzend Offiziere an der Zahl, und es begann eine unerbürte Mißhandlung der wehrlosen politischen Inhaftierten. Unsere Genossen, die hauptsächlich aus Lodz stammten, wo sie Ende Februar verhaftet waren, um in dem Kaiserlichen Gefängnis interniert zu werden, wurden in der grausamsten Weise geschlagen. Die wutschäumenden Schergen verletzten ihren Körper, auf Befehl der Vorgesetzten, Fußtritte, trieben ihnen in den Mund, banden sie an Hände und Füße, hängten sie auf Fässer und brachen ihnen die Hände durch das Knie oder mit Stockschlägen entzwei.

Dieser Erzech war im Voraus vorbereitet, die Soldaten sind mit Vorbedacht mit Butki betrunken gemacht! Aber damit nicht genug. . . . Als die erkrankten, verwundeten Genossen ins Spital gebracht wurden, hörten auch hier noch die Mißhandlungen nicht auf. Die Kranken wurden im Spital geschlagen — für „Freiheit“ und „Richterweisung des schuldigen Pöbels“. Diese Behörden, diese Schergen verlangen von ihren Opfern auch noch Respekt, der Sklave soll die Hand küssen, die ihn mit der Knute mißhandelt! Unsere Kranken Genossen, zur äußersten Verzweiflung gebracht, griffen zu dem einzigen ihnen gebliebenen Mittel des Protests: sie rissen ihre Bandagen los, sie ließen sich die Bunden nicht verbinden. . . .

Dies sind die Zustände, zu deren Schutze die preussisch-deutsche Reaction sich in Königsberg aufgeworfen hat! Dies das russische „legitime Regime“, an dem der bloße Wunsch eines politischen Systemwechsels bei deutschen Bürgern zum „Hochverrat“ wird! Und wohlgemerkt: in den Kaiserlichen Gefängnismauern sah nicht etwa eine Kotte „blutdürstiger Terroristen“, wie sie die Phantasie des preussischen Staatsanwalts an die Wand gemalt hat. Nein, es waren lauter polnische und jüdische Socialdemokraten, die den Terror principiell verworfen und praktisch niemals ausgeübt haben, lauter einfache Arbeiter, die an der Aufklärung ihrer Massen Genossen mit den Mitteln der mündlichen und schriftlichen Agitation wirkten. Ihr ganzes Verbrechen, das die unmenslichen Mißhandlungen hervorgerufen hat, bestand darin, daß sie, mehr als 100 an der Zahl in dem primitivsten Gefängnis zusammengepackt, die Erfüllung der elementarsten Bedingungen von der Verwaltung zu fordern wagten, die den Aufenthalt halbwegs erträglich — nur nach russischen Begriffen erträglich — machen sollten. Dafür „strafte“ der „befeundete Nachbarstaat“, wie oben geschäffert!

Und deutschen Socialdemokraten winkt Gefängnis und Festung, wenn sie an ihrem bescheidenen Teil etwa an dem heiligen historischen Recht der wehrlosen Soldaten des Jarentums rütteln wollen, an dem Recht — den Freiheitskämpfern Rußlands in den Mund zu speien und ihnen die gefesselten Hände durchs Knie entzwei zu brechen! . . .

Deutsches Reich.

Handelsvertrags-Kombinationen. Der Reichskanzler, der bekanntlich seine Kornerneher Wabelur unterbrochen hat, präsidirte heute vormittag einer Sitzung des preussischen Staatsministeriums, in der unter anderem auch über den deutsch-russischen Handelsvertrag gesprochen sein soll. Verschiedene Blätter, freisinnige wie konservative, folgern aus dieser Beratung und der Thatfache, daß Herr v. Witte noch immer in Berlin weilt, die Vertragsverhandlungen wären bereits so weit vorgeschritten, daß schon in aller nächster Zeit deren Abschluß erfolgen könne. Das sind natürlich nichts als Kombinationen. Eines gewissen Fundaments entbehren sie allerdings nicht. Die russische Regierung gebraucht dringend Geld und es ist schon möglich, daß sie in ihren Räten sich jetzt zu Zugeständnissen betrogen fühlt, die sie bisher höhnisch abgelehnt hat. So sehr billig dürfte sie für ihr „Entgegenkommen“ sich aber auch jetzt noch nicht abfinden lassen. Außer einer neuen Anleihe unter offener oder geheimer Patronanz der deutschen Regierung wird sie sich sicherlich noch allerlei andre politische Liebesdienste garantieren lassen; und daß die deutsche Regierung solche Zumutungen, mögen sie auch für das deutsche Volk noch so demütigend sein, zurückweist, ist nach den Königsberger Erfahrungen kaum anzunehmen. Der Jubel, der bereits in einigen Blättern darüber zum Ausdruck kommt, daß nun endlich mit dem deutsch-russischen Vertrag eine Grundlage für die Verhandlungen mit andern Agrarstaaten gewonnen sei, erscheint deshalb auch völlig verfehlt. Auch bei manchem dürfte später der Jubel in große Stagenjammerstimmung umschlagen. —

Kritisches über Königsberg.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schimpft unwirsch, daß die bürgerlichen Zeitungen zumeist sich den Thatfachen des Königsberger Prozeßes nicht haben verschließen können. Sie fordert, daß alle Welt ihre agrarische Verrohung teile, in jedem Falle jedes Unrecht zu billigen, sobald es sich gegen die Socialdemokratie richtet, die den Feindern nicht jeden Zollwucher und jede Arbeiterverdrängung gewähren läßt. Die „Deutsche Tageszeitung“ will auch indeß haben, „daß es einigen von den Blättern, die es für ihre Aufgabe erachteten, den socialdemokratischen Spießfuß zu verneinen, nachträglich etwas leid geworden zu sein scheint.“ Sie suchen, sagt die „D. Z.“, ein wenig einzulenken und von der Socialdemokratie abzurücken. Wäre diese Bemerkung wahr, so würde sie nur beweisen, daß auch in diesen Blättern das gerechte Empfinden unter dem Einfluß der Königsberger Ereignisse ausgelöscht wurde, durch parteipolitische Erwägungen in die Ungerechtigkeit verwanbelt. In Wahrheit ist die für die bürgerliche Presse beleidigende Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“ nicht zutreffend, und wäre sie zutreffend — um so schlimmer für das Bürgerthum und seine Parteien. Wollten die bürgerlichen Parteien das Uebermaß des Unsißlichen, das Königsberg zu Tage gefördert hat, aus Haß gegen die Socialdemokratie wiederum verschweigen und verkleinern, — um so besser für die Socialdemokratie.

Es mag allerdings bemerkt werden, daß die „Deutsche Tageszeitung“ in der Lage ist, ein freisinniges Blatt für sich zu citieren. Die der freisinnigen Volkspartei sich zurechnende „Königsberger Hartungische Zeitung“ vollbringt eine Besprechung des Prozeßes, in der die mildeste Kritik gegen die Verfehlungen der Anklagebehörde durch lautes Gelächter wider die Socialdemokratie überstrahlt wird. Wir dürfen uns des Eingehens auf die Keuschungen dieses freisinnigen Blattes für überhoben halten, da wir uns erinnern, daß gerade die „Königsberger Hartungische Zeitung“ den ersten Anstoß zum Geheimbunds-Prozeß gegeben hat, indem es der Polizei „ein nihilistisches Schriftenlager“ denunzierte.

Aus den zahlreich weiter eingehenden Aeußerungen der Presse außerhalb Berlins seien einige Ausführungen des national-liberalen „Hamburger Korrespondent“ mitgeteilt. Dieses Blatt stimmt im allgemeinen dem beurteilenden Urteil über das Königsberger Vorgehen zu und macht dann treffende Bemerkungen gegen die Konfuktion der „Geheimbünde!“:

„Die Geheimbünde! ist also das Einzige gewesen, was der Gerichtshof aus dem Bankrott des Prozeßes zu retten vermocht hat, und dabei hat man fast den Einbruch, als ob sich an diesen letzten Punkt die Anklage nur in einer gewissen Verzweiflungssituation geklammert habe, um nicht das mit so großem Applomb begonnene Drama wie eine Harce endigen zu lassen. In der Urteilsbegündung heißt es, daß das Bestehen einer Verbindung behufs Einführung revolutionärer Schriften nach Rußland ungewissheit erwiehlen sei. So ganz unzweifelhaft erscheint auch das freilich nicht. Vorausgesetzt auch, daß in der Schweiz eine geheime Verbindung vorhanden sei, ist der Nachweis erbracht, daß die Personen, an deren Adressen in Deutschland die Schriften versandt wurden, von der Verbindung wußten, oder nicht vielmehr glaubten, es mit einzelnen Personen zu thun zu haben? Ferner ist es zum mindesten fraglich, ob die Angeklagten das Bewußtsein besaßen haben, Mitglieder einer derartigen Vereinigung zu sein. Weiter verlangt der § 128 die Geheimhaltung der Zwecke vor der Staatsregierung. Die Angeklagten haben Schriften verfaßt und empfangen, die zum größten Teil in den Buchhandlungen unter den Linden in Berlin offen zum Verkauf ausgelegt sind. Der Berliner Polizei war bekannt, daß in dem Keller des „Vorwärts“ ganze Ballen von Flugblättern und Prosclären lagerten. Und wenn sie die Absicht hatten, ihr Thun geheim zu halten, dann sind die Angeklagten mit einem Leichtsinne und einer Thorheit zu Werke gegangen, daß man, wie einer der Verteidiger mit Recht hervorhob, auf den Gedanken kommen müßte, sie auf ihre Zurechnungsfähigkeit zu prüfen. Und wie steht es endlich mit dem Vergehen gegen die öffentliche Ordnung aus?

Auch der Gerichtshof ist offenbar der Ansicht, daß als öffentliche Angelegenheiten nur die Angelegenheiten des Deutschen Reiches in Frage kommen. Aber die Art, wie er ein Verbrechen wider die öffentliche Ordnung Deutschlands konstruiert, kommt uns gleichfalls bedenklich vor. Erstens, so sagt er, hätte die Thätigkeit der Angeklagten notwendig zu einer Entfremdung zwischen Rußland und dem Deutschen Reich, wenn nicht zu ernsthaften Differenzen führen müssen, und zum andern sei die Gefahr vorhanden gewesen, daß die Flamme einer revolutionären Erhebung auch nach Deutschland hinübergreife. Können solche hochpolitischen Kombinationen — und nur um Kombinationen handelt es sich — wirklich zum Ausgangspunkte eines Gerichtsurteils genommen werden und haben die Geheimbunds-Paragraphe u. a. den Zweck, der Gefahr einer Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland vorzubeugen? In diesem Falle war es doch in hohem Grade insonsequent, wenn Entfremdungsversuche, wie sie in viel bedenklicherem Umfange beispielsweise durch die Presse ausgeübt wurden, strafflos blieben. . . .

Die Vereitwilligkeit, mit der die preussische Justiz den Wünschen russischer Behörden oder Beamten entgegengekommen ist, kann nicht entschuldigend werden, denn auch die unrichtige politische Freundschaft rechtfertigt nicht die Erhebung von Anklagen, die auf so schwachen Füßen stehen, wie die, die im Königsberger Prozeß verhandelt wurden. An der Schwelle der Gerichtshalle hat die politische Rücksicht Halt zu machen, hätte sie es nicht, so würden Zustände wiederkehren, wie sie die Mitte des vorigen Jahrhunderts zu einer der traurigsten Zeiten der preussischen Geschichte gemacht haben, und die unausbleibliche und bedauerliche Folge davon wäre eine gewaltige Stärkung der Socialdemokratie.“

Richtigstellung. Zum letzten der Citate im Artikel der gestrigen Nummer über „Königsberg im Urteil der Presse“ auf S. 2 Sp. 1 ist durch Versehen die Quelle nicht angegeben worden. Das Citat ist eine Aeußerung der „Frankfurter Zeitung.“

Eine Russenthat deutscher Professoren. Wir haben bereits vor einigen Monaten mitgeteilt, daß das Abgangszeugnis, das dem Studenten Silberfarb von der Berliner Universität ausgestellt wurde, die erfolgte Ausweisung des Schnorrers und Verschwunders triumphierend vermerkt, und daß eine Beschwerde über diesen nicht zu rechtfertigenden Versuch vom akademischen Senat einstimmig abgelehnt wurde.

Jetzt veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ den Schriftwechsel, der in dieser Angelegenheit zwischen dem Vertreter des Ausgewiesenen, Rechtsanwalt Halpert und dem Rektor der Universität geführt worden ist. Nachdem sich Rechtsanwalt Halpert nach den Gründen der Ablehnung seiner Beschwerde erkundigt hatte, erhielt er einen Brief der folgendenten lautet:

Königliche Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, den 4. Juni 1904.

Auf Ihre Eingabe vom 18. v. Mts. in der Angelegenheit, betreffend das dem früheren Studierenden der Medizin diesseits unter dem 21. März d. J. erteilte Abgangszeugnis erwidern wir Ihnen ergebenst, daß der v. Silberfarb, als er am 17. März d. J. sich zur Ausfertigung eines Abgangszeugnisses meldete, infolge seiner der Universitätsbehörde seitens des königlichen Herrn Polizeipräsidenten hieselbst amtlich mitgeteilten Ausweisung aus Preußen durch Verfügung des Rektors der Universität gestrichen und dadurch seiner Eigenschaft als Studierender der Universität verlustig gegangen war.

Da nach dem Ministerialerlaß vom 13. Januar 1825 in dem Abgangszeugnis auch zu vermerken ist, bis zu welchem Zeitpunkt der Studierende Angehöriger der betreffenden Universität gewesen ist,

so war der hier in Rede stehende Vermerk im Abgangszeugnis des v. Silberfarb von selbst gegeben.

Rektor und Senat.

geg. Unterschrift.
Wenn man sich in dem musterhaften Akademisch-Deutsche des Rektors zurecht gefunden hat, merkt man, daß seine Begründung nichts als eine faule Verlegenheitsrede ist. Nach dem citierten Erlaß hat das Abgangszeugnis den Zeitpunkt des Abgangs, nicht aber dessen Gründe zu vermerken. Ueberdies weist Dr. Halpert in seiner Antwort nach, daß die Abmeldung Silberfarbs spätestens genau zur selben Zeit erfolgte, zu der die Ausweisung vom akademischen Senat bekannt geworden sein kann.

Auf diese That trifft jedes Wort zu, das Heine und Börne in der Zeit der tiefsten Schmach über deutsche Professorenhaftigkeit geschrieben haben. —

60 000 M.

In seiner Zeugnisaussage hat Freiherr v. Mirbach mitgeteilt, daß er im Jahre 1899 die Summe von 60 000 M. von der Pommerenbank erhalten habe und daß diese Summe an die Vereine gegeben sei. Die uns mitgeteilt wird und wie übereinstimmend die „D. Z.“ meldet, hat es mit dieser Summe eine besondere Bewandnis. Diese Summe ist den frommen Vereinen nur in der Art zugeflossen, daß die Finanzen des Pastors Diebstallamp damit geholt worden sind. Das Geld ist von der Pommerenbank an das Kabinett der Kaiserin (Freiherrn v. Mirbach) gegeben worden, von da ist es an Pastor Diebstallamp gelangt und die Zeugnisaussage des Freiherrn v. Mirbach zeigt lebhaft, daß die Finanzen des Pastors Diebstallamp unentwirrbar mit den Finanzen der Vereinsgelder verquickt waren. Die Vereine konnten nun finanziell geordnet werden, indem Pastor Diebstallamp sanfter wurde. Beides bedingte einander.

Die Zurückerstattung dieser Summe hat Staatsrat Wudde, im Unterschied zu der andern Summe von 170 000 M., nicht als rechtliches Erfordernis bezeichnet, da eine Schädigung der Bank durch diese Schulden-Spende nicht nachzuweisen ist. Es mußte aber auffallen, daß der Eifer der Mirbach-Vereine, sich von dem Pommerengelde zu befreien, vor dieser Spende zurückwich. Es scheint, als wolle man diese Gabe der verdorbenen Kirchendirektoren nicht herausgeben, sondern im gottesfürchtigen Kirchentempel steden lassen.

Allerdings darf die Abneigung der Mirbach-Vereine gegen die Befreiung von diesem unrechten Gut darin mildernde Umstände beanspruchen, da die Vereine infolge der finanziellen Wirrnisse unter Diebstallamp jene 60 000 M. überhaupt nicht als wirkliche Einnahme zu buchen in der Lage gewesen sind. Das Mirbach-Kabinett hat nur den Schaden gebüßt, den Diebstallamp angerichtet. Und es ist freilich eine ungewöhnliche Zumutung an die frommen Vereine, noch die Thaten des Herrn Diebstallamp büßen zu müssen. —

Keine Duellforderung des Prinzen v. Arenberg. Die Direktion der Kuranstalt Ehrweiler versichert, daß der Prinz v. Arenberg einen Roman „Tropenoller“ überhaupt nicht gelesen und an dessen Verfasser auch keine Duellforderung gerichtet habe. Ist das richtig, so würde sich der feierliche Brief des Herrn Wende n als eine literarische Hochstapelei darstellen, der wider Willen behilflich gewesen zu sein wir sehr bedauern müßten. —

Polengefahr durch — Kinderspiele.

Die Polenbelämpfung zeitigt die merkwürdigsten Wüten. In einer polnischen Buchhandlung in Gleiwitz wurden vor einiger Zeit von der Polizei zwei für Schulkinder berechnete Spiele beschlagnahmt: „Die Oder“ und „Die Reise auf polnischer Erde“. Die Spiele enthalten — man denke! — Abbildungen der polnischen Königskrone, das polnische Wappen und eine Karte Polens. Von den Deutschen wird gesagt, daß sie sich an der blutigen Arbeit der polnischen Vergleute bereichern, die Führer der großpolnischen Bewegung werden lobend erwähnt und schließlich wird den Kindern die polnische Bibel zur Erlernung der Muttersprache empfohlen. Diese polnischen Schleichlichkeiten führen zu einem Verfahren vor dem Landgericht in Gleiwitz, das in der That auf Unbrauchbarmachung der Kinderspiele erlachte, weil bei den bestehenden nationalen Gegensätzen in Oberschlesien solche Spiele zu Gewaltthätigkeiten anreizen könnten! —

Kirchennet. Die „Messezeitung“ meldet aus Roßlum in Braunschweig:

Zum letzten Vormittagsgottesdienst wohnten außer amtierenden Personen zwei Frauen dem Gottesdienste bei. Das in einer Gemeinde von nahezu 1000 Einwohnern. Der gewöhnliche Besuch beträgt 5 bis 15 Personen. Zu den beiden letzten Kommunikationen hat sich keine Person gemeldet, ebenso ist in eine neulich veranstaltete Kollekte nicht ein Pfennig gezahlt worden. Alles übrige mag man sich hinzudenken.

Wäre da nicht bald Zeit, in Roßlum eine zweite Kirche zu bauen? Herr v. Mirbach wird das Nötige dazu schon aufschreiben. —

Aus Sachsen-Weimar wird uns berichtet: Während der letzten Landtagsverhandlungen ist mehrmals betont worden, daß Kulturaufgaben hier zu Lande nicht leiden. Die staatliche Fürsorge zur Unterbringung der Blöden, Siechen und harmlosen Geisteskranken hat es aber noch nicht so weit gebracht, daß für jene Unglücklichen im Lande eine besondere Unterkunft geschaffen werden konnte. In letzter Zeit hat man sich an die private Miltätätigkeit gewendet, durch welche die Mittel zur Erbauung eines Siechenhauses aufgebracht werden sollen. Das, ehe an die Vollendung des Werkes gedacht werden kann, noch eine ziemliche Zeit vergehen wird, liegt nahe, zumal der Staat dazu keine Mittel übrig hat. Nun nimmt bedauerlicherweise die in den beiden Landesheilanstalten unterzubringende Zahl der Geisteskranken immer mehr zu und um Platz zu schaffen, hat jetzt die Regierung veranlaßt, daß eine kategorische Aufforderung an die Stadverwaltungen gerichtet wurde, welche verlangt, daß innerhalb 14 Tagen eine Anzahl dort untergebrachter Geisteskranker abgeholt und in Gemeinde- oder Privatpflege genommen werden. Sollte die Abholung innerhalb 14 Tagen nicht erfolgt sein, dann wird angedroht, diese Kranken auf Kosten der Gemeinden denselben zuzuführen. Die Gemeinden sind nun aber auf derartige Fälle gar nicht eingerichtet, umsoweniger, da sich unter jenen Personen eine ganze Anzahl befinden, die seit Jahrzehnten in der Anstalt untergebracht waren und wenn auch nicht gerade gemeingefährlich sind, so doch aber im Allgemeininteresse dringend der Aufsicht bedürfen. Daß diese Angelegenheit in den betroffenen Gemeinden eine ziemliche Erregung verursacht, ist begreiflich, der Vorgang steht aber auch im schroffsten Widerspruch mit der immer betonten Behauptung, die Kulturaufgaben leiden nicht! —

Zur Aufklärung. In Berlin lebende Litauer senden uns folgende Zuschrift:

Bei dem Königsberger Geheimbunds- und Hochverrats-Prozeß glaubte der Verteidiger Herr Rechtsanwalt Schwarz seinen Klienten Angel durch folgende Erklärung verteidigen zu können:

„Angel ist Litauer. Von einem Litauer kann man nicht verlangen, daß er in jedem Punkte die Wahrheit sagt. Ja, Herr Staatsanwalt, gerade aus Ihrer Praxis sollten Sie wissen, daß es eine Stammeseigentümlichkeit der Litauer ist, bisweilen selbst unter ihrem Eide als Zeugen von der Wahrheit abzuweichen.“

Gegen diese Verallgemeinerung des Herrn Rechtsanwalts Schwarz müssen wir Litauer ganz entschiedenen Protest erheben. Wir müssen es als eine grobe Beleidigung von Seiten des Herrn Schwarz auffassen, wenn er aus einzelnen speciellen Fällen eine Eigentümlichkeit der ganzen litauischen Nation herleitet und damit allen Litauern den Stempel von Lügern ausdrückt. Solche ungerechten Aeußerungen können bei den Litauern nur Mißtrauen und Haß schüren und ihr Vertrauen gegen die Deutschen vollends erschüttern. Die Litauer Berlins.

Wir bemerken dazu auf Grund einer besonderen Information vorläufig folgendes: Die beanstandete Bemerkung des Reichsanwalts Schwarz trägt offensichtlich einen burschösigen-humoristischen Charakter; sie bezog sich nur auf gewisse Schichten der litauischen Grenzbevölkerung, die sich mit dem gewerbmäßigen Schmuggel beschäftigen. Wir sind gewiss, im Sinne des Genossen Schwarz zu handeln, wenn wir erklären, daß ihm jede Beleidigung der litauischen Nation durchaus ferngelegen hat.

Genosse Dr. Karl Liebknecht schreibt uns:

Der „Vorwärts“-Bericht über mein Plaidoyer im Königsberger Prozeß hat unter verschiedenen Umständen erhebliche Wirkung erzielt. Ich bitte Sie, davon Notiz zu nehmen, daß insbesondere meine Ausführungen über den Strafantrag, über Dostojewski, über Turzess und Strumme sowie das Verhältnis vom Radikalismus der Tat zu dem Radikalismus der Ziele, über die Partei-Entwicklung in Rußland, über die Revolutionär-Socialisten und schließlich über Girshans Verteidigungsrede in der Formulierung des Berichtes von mir nicht vertreten werden können.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Triest, 27. Juli. Gestern Abend fanden hier wieder Ansammlungen statt; die Polizei schritt ein, um Zusammenstöße zu verhindern. Es wurden 28 Verhaftungen vorgenommen, von denen 14 aufrechterhalten wurden.

Frankreich.

Paris, 27. Juli. Ueber den Zwist mit dem Vatikan wird berichtet, der Bischof von Nabal habe dem Papste eine Rechtfertigungsschrift überreicht, in welcher er u. a. erklärt, daß es ihm unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich sei, der Aufforderung der Kurie Folge zu leisten und nach Rom zu kommen. Gleichwohl könne man mit einiger Bestimmtheit behaupten, daß die Exkommunikation unmittelbar bevorstehe. Die im Vatikan herrschende Enttäuschung sei außerordentlich, besonders wegen der Veröffentlichung der Briefe, welche die beiden Kardinele Bannetelli und Merry del Val an den Bischof von Nabal geschrieben haben. Die Hoffnung des Vatikans, daß das Jugendsündnis betreffend die konfessionswidrige Einmischung des Nuntius Lorenzelli eine glückliche Entwicklung der Angelegenheit verbürge, sei nach wie vor sehr gering. Aus Dijon wird gemeldet, daß der dortige Bischof der Aufforderung des Vatikans folgend nach Rom abgereist ist.

England.

London, 27. Juli. Vor Beginn der heutigen Sitzung des Unterhauses hatte der Verteidigungsausschuß eine längere Sitzung im auswärtigen Amt unter dem Vorsitz des Premierministers Balfour abgehalten. Der Oberbefehlshaber der Armee, Carl Roberts, General Lyttelton, Prinz Louis von Battenberg, der Schatzkanzler Austen Chamberlain und Generalstaatsanwalt Sir Finlay wohnten der Sitzung bei. Die Anwesenheit des letzteren wird darauf zurückgeführt, daß der Ausschuß die mit Rußland stehende Frage erörtern haben dürfte, wobei der Generalstaatsanwalt über die einschlägigen völkerrechtlichen Fragen Auskunft erteilen sollte.

London, 27. Juli. Bei der Erziehung in Ostwestry wurde Bright (liberal) mit 4542 Stimmen gewählt. Der konservative Gegenkandidat Bridgeman erhielt 4157 Stimmen. Das frühere Mitglied des Unterhauses für Osmestry Osmestry-Gore war konservativ und mit einer Majorität von 1088 Stimmen gewählt worden. Bei der Wahl handelte es sich um die Frage des Freihandels.

Rußland.

Petersburg, 27. Juli. (B. T. W.) Die Gesellschafterversammlung der Eisenbahn- und Gewerbetreibenden, sowie für Handwerker zur Erteilung von Darlehen und zur Vermittelung bei dem Ankauf der für den Betrieb nötigen Gegenstände, sowie bei dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zur Entgegennahme von Einlagen.

Türkei.

Konstantinopel, 26. Juli. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die russische Botschaft erklärt die Nachricht, es seien Verhandlungen eingeleitet worden über die baldige Restzahlung der türkischen Kriegsschuldsumme, für vollkommen unbegründet. — Generalinspektor Hilmi-Pascha richtete der Pforte, daß am 21. d. M. eine 80 Mann starke, durchweg mit Maschinengewehren ausgerüstete bulgarische Bande die Weg über die Nilo-Planina überschritten und sich nach Melnik gewandt habe. Die Pforte hat infolgedessen den türkischen Vertreter in Sofia beauftragt, die Aufmerksamkeit der bulgarischen Regierung auf diesen Vorgang zu lenken und Aufklärungen darüber zu verlangen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Ueber die Gefechte bei Tschitschiao

liegt noch folgende russische Meldung vor:

Petersburg, 27. Juli. Die General-Kuropatkin dem Kaiser von Gekern meldet, besetzten die Japaner am 25. Juli um 2 Uhr nachmittags nach einer unbedeutenden Kanonade und einem Gefecht mit den sich zurückziehenden russischen Abteilungen Tschitschiao. Etwa eine Division der feindlichen Infanterie rückte etwas weiter nordwärts auf der großen Straße Tschitschiao-Haitsheng vor. Ein ausführlicher Bericht über die Kämpfe und die Verluste vom 23. und 24. Juli ist noch nicht eingegangen. — In der Richtung auf Ssujan wurden am 24. Juli zwei japanische Bataillone, die im Thale des Suaho marschierten, von einer russischen freiwilligen Abteilung beschossen. Die japanische Compagnie an der Spitze zerstreute sich in Unordnung und verlor gegen 50 Mann. Man versucht also noch immer auf russischer Seite, die Bedeutung des Kampfes bei Tschitschiao zu überschätzen.

Die japanischen Verluste werden nach einer „Neuter“-Meldung auf 800 Mann angegeben.

Die Befehung Nintschwangs

durch die Japaner wird durch neuere Meldungen bestätigt. Zwei japanische Schwadronen sind in die Stadt eingerückt.

Die japanischen Verluste in den vorhergehenden Gefechten, bei denen die Russen 700 Mann verloren haben sollten, werden auf 850 Mann beziffert.

Die Freigabe der „Malacca“.

Mgler, 27. Juli. (Meldung der „Agence Havas“.) Der russische Konsul und später der englische Konsul begaben sich heute vormittag an Bord der „Malacca“ zu einer Besprechung mit den englischen und russischen Kapitänen des Schiffes. Dem Vernehmen nach wird die „Malacca“ heute Abend wieder die englische Flagge hissen, die russische Besatzung wird das Schiff verlassen und dieses wird seine Fahrt nach Ostasien wieder aufnehmen.

Die Stimmung in England.

London, 27. Juli. Unterhaus. Auf eine Anfrage wegen der Beschlagnahme der „Malacca“ und anderer Dampfer im Roten Meer erklärte Premierminister Balfour, er hoffe, morgen eine kurze Erklärung über diese Angelegenheit abgeben zu können. Auf eine weitere Anfrage betreffend die Versenkung des Dampfers „Knight Commander“ erwidert der Premierminister, zu seinem Bedauern müsse er sagen, daß eine ihm heute morgen zugegangene Meldung ihm wenig Zweifel lasse, daß dieser bedauerliche Vorfall vorgekommen sei. Es handle sich hierbei nicht um einen Menschenverlust, aber er fürchte, daß eine Verletzung des Völkerrechts vorliege.

Die englische Presse wendet sich in schärfster Weise gegen Rußland. Die tiefste Erbitterung erregt die Versenkung des „Knight Commander“. Der inspirierte „Daily Telegraph“ rät zur Geduld, erklärt aber, die Versenkung des „Knight Commander“ habe den Befehlungen, die sonst jedenfalls schon am Montag zu einer Verständigung geführt hätten, eine ganz neue Wendung gegeben. Ein neutrales Schiff in den Grund zu bohren, ohne es erst vor ein Preisengericht zu bringen, sei nicht nur allen Prinzipien des Völkerrechts zuwider, sondern ein kriegerischer Akt gegen das Land, dessen Flagge das Schiff führte. Vom Standpunkte des Völkerrechts aus befänden sich Rußland und England jetzt im Kriegszustand, falls England den Vorgang als casus belli anzusehen beschliesse. Bezüglich der „Malacca“ habe Rußland die britische Ansicht acceptiert, und dieser Zwischenfall sei geschlossen. Aber der Status der freiwilligen-Flotte bleibe streitig. Weder die Regierung noch das Land wolle den Krieg, doch könnten sie die unberechtigte Zerstörung britischer Handelsschiffe nicht dulden.

Die hungernden russischen Soldaten.

In der „Jotra“ lesen wir:

Offenbar ist die Wirtschaft der Intendantur auf dem Kriegsschauplatz eine derartige, daß sie die schlimmsten Vermutungen in den Schatten stellt. Das ergibt sich schon daraus, daß sogar Nachrichten, die in die censierte russische Presse hineingelangen, nachdem sie durch das feinste Sieb der militärischen und der politischen Censur durchsicht worden sind, alle Begriffe übersteigen. Offenbar sind die Soldaten buchstäblich dem Hunger preisgegeben. So ist in dem Blatte „Süd-Rußland“ („Juchnoja Rossija“) der Brief eines Soldaten veröffentlicht, der an der Schlacht am Jalu beteiligt war. Der Briefschreiber sagt direkt, daß „während der Schlacht und acht Tage nach derselben dieselben kein Brot gesehen haben. An Stelle von Brot wurde ihnen Mehl gegeben, das die einen mit Wasser vermengt, die andern sogar ohne Wasser aßen.“

Es wäre interessant zu erfahren, ob während dieser Schlacht, die eine fürchterliche Kraftanstrengung forderte, auch die Generale und Offiziere sich mit Mehl nährten. Und was trieb indessen die Intendantur? Wie viel ist von ihr bereits gestohlen — auf Kosten der Soldaten, die in den Tod gehen?

Die Zeitung, die den Brief veröffentlicht, dem wir das obige Citat entnommen haben, fügt hinzu, es sei auch ohne die Angaben des Briefschreibers klar, daß „die Knappheit groß war“, und beruft sich dabei auf die Teuerung der Lebensmittel auf dem Kriegsschauplatz. Aber müssen denn die Soldaten, die von der Regierung an die Schlachtfront geliefert werden, sich noch auf eigene Kosten ernähren?

Uebrigens gesteht die Regierung offen, daß, nachdem sie dem Volke Hunderte von Millionen Rubel für die Armee abprecht, sie nicht einmal im Stande ist, die Soldaten mit Schwarzbrod und Soldatenzwieback zu ernähren. Und die von dem heuchlerischen Munde der Regierung in der reaktionären Presse in allen Tonarten glorifizierte „Geldern“ sind gezwungen, zu betteln, um nicht zu verhungern. Denn was ist es andres als das offizielle Geständnis der Notwendigkeit, die Soldaten „im Namen des Varmherzigen“ zu ernähren, wenn wir in den „Russischen Nachrichten“ (Ruskija Wjedomosti) Nr. 163 die Erklärung des Hauptbevollmächtigten des „Roten Kreuzes“ lesen, „es habe sich herausgestellt, daß es notwendig sei, nicht nur für Kranke, Verwundete und das medizinische Personal, sondern auch zur Verproviantierung von Armeeteilen Proviant vorrätig zu halten und zu verausgaben. Derselbe „Hauptbevollmächtigte“ erzählt, (übereinstimmend mit dem citierten Soldatenbriefe), daß „während der Schlacht am Jalu und bei Bafanglou das „Rote Kreuz“ gezwungen war, nicht nur Thee, Zucker, Tabak u. a., sondern auch Brot unter die Soldaten zu verteilen!“ Jetzt tritt das „Rote Kreuz“ gar dazu heran, „Ernährungsstationen“ für drei Regimenter zu errichten, und bittet die „Wohlthäter“ um die Zusendung aller möglichen Produkte, darunter Soldatenzwieback! Das ist ja auf ein Paar das Bild einer „Rettungsaktion“ in einem hungernden Dorf!

Aus Industrie und Handel.

Saatenstand im Deutschen Reich. Dem amtlichen Bericht über den Saatenstand in Preußen ist jetzt der Bericht über das ganze Reichgebiet gefolgt. Danach war der Stand der Saaten um die Mitte des laufenden Monats im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren folgender (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel (durchschnittlich), 4 = gering, 5 = schlecht):

	Weizen		Winterweizen		Roggen		Sommergerste		Hafer	Kartoffeln	Klee	Luzerne	Wiesen
	Wint.	Somm.	Wint.	Somm.	Wint.	Somm.	Wint.	Somm.					
Juli 1904	2,5	2,8	2,0	2,5	2,6	2,6	3,0	2,7	3,3	3,0	3,1		
„ 1903	2,7	2,6	2,1	2,5	2,5	2,5	2,7	2,6	2,8	3,0	2,6		
„ 1902	2,2	2,4	1,9	2,3	2,4	2,3	2,6	2,6	2,5	2,7	2,4		
„ 1901	3,5	2,8	2,6	2,0	2,7	2,6	2,9	2,5	3,5	3,2	3,0		
„ 1900	2,4	2,4	2,2	2,0	2,4	2,3	2,3	2,2	3,1	2,6	2,6		
„ 1899	2,2	2,4	2,0	2,4	2,4	2,3	2,5	2,5	2,6	2,5	2,4		

Danach hat sich der Saatenstand seit Mitte Juni ganz beträchtlich verschlechtert, besonders der Stand des Hafers, Klees, der Luzerne und des Wiesenheus. Mit Ausnahme des Jahres 1901 stehen heute das Getreide, wie auch die Kartoffeln, Klee und Wiesen gras schlechter, als während der fünf Jahre 1899/1903. In den amtlichen Erläuterungen zur obigen Tabelle heißt es denn auch:

„Kennzeichnend für den abgelaufenen Berichtsmoat — Mitte Juni bis Mitte Juli — ist die große Dürre, die in allen Teilen des Deutschen Reichs auf die Saaten und vor allem auf das Wachstum der Futterpflanzen einen ungünstigen Einfluß ausübte. Während in der zweiten Hälfte des Juni noch die einzelnen Kieberschläge den Früchten etwas Erholung brachten, trat mit Anfang Juli allgemeine Trockenheit ein, die bis zum Schlusse des Berichtsmoats ohne jede Unterbrechung andauerte. Dazu kamen scharfe nördliche Winde und ungewöhnlich große Temperaturschwankungen. Auf die Ende Juni ziemlich kalten Tage und kalten Nächte, die in verschiedenen Gegenden sogar Nachtfröste zur Folge hatten, folgte schnelle Erwärmung bis zu fast tropischer Hitze um die Mitte des Juli. Schwere Gewitter mit Hagelschlag haben am 17. Juni in zahlreichen Bezirken West- und Mitteldeutschlands mehr oder minder starken Schaden verursacht.“

Der Weizen hat meist gut verblüht, wird aber vielfach frühreif und ist mancherorts ziemlich stark von Frost befallen. Auch der Roggen hat sehr schnell gereift, sodas seine Aberntung früher als in anderen Jahren begonnen und besonders in Süddeutschland zum Teil schon beendet werden konnte. Fast allgemein wird berichtet, daß die Ausbildung der Körner infolge der Trockenheit und großen Hitze mangelhaft ist. Immerhin haben sich die Notizen der Winterfrüchte nur wenig geändert. Im Reichsdurchschnitt stellt sich die Note für Winterweizen auf 2,5 gegen 2,4 im Juni, während Winterroggen und -Spez mit 2,5 bezw. 2,0 ihren vormonatlichen Stand behauptet haben.

Niemlich erheblich hat sich im allgemeinen der Stand der Sommerernte verschlechtert. Sie reifen fast durchweg zu schnell und bleiben infolgedessen kurz im Stroh und leicht im Morn. Auch über dünnen Bestand, Verunreinigung und Windbruch wird geklagt. Vor allem steht spät geernteter Hafer sehr mangelhaft; er kommt vielfach nicht zum Auskornern und muß als Grünfutter verwendet werden.

Auch der Stand der Kartoffeln läßt meist zu wünschen übrig. Sie stehen vielfach lückenhaft und ungleich, sterben vorzeitig

ab und zeigen mangelhaften Ansatz; die Knollen bleiben im Wachstum zurück. In Preußen haben die Kartoffeln die Note des Vormonats behauptet, in einigen nordwestlichen Bundesstaaten haben sie sich sogar etwas gebessert, während sie in ganz Mittel- und Süddeutschland zum Teil nicht unerheblich schlechter beurteilt werden.

Die Futterpflanzen hatten unter der großen Dürre am meisten zu leiden. So gut die ersten Schnitte von Klee und Luzerne nach Menge und Blüte ausgefallen sind, so gering sind bis jetzt fast allgemein die Aussichten auf einen weiteren Schnitt. Viele Klee- und Luzernefelder haben nach ihrer Aberntung noch nicht wieder ausgeschlagen und sehen wie ausgebrannt aus. Die Reichsdurchschnittsnote für Klee und Luzerne stellen sich auf 3,3 bezw. 3,0 gegen 2,7 und 2,2 im Juni.

Der Außenhandel Deutschlands mit Belgien und Großbritannien im Jahre 1903. Das kaiserliche Statistische Amt hat vom Band 158 der Statistik des Deutschen Reiches über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebietes im Jahre 1903 sieben die Beste I Belgien und XI Großbritannien und Irland erscheinend lassen. Den Tabellen, in welchen bis 1897 zurück der Special- und Gesamt-eigenhandel nach Warengruppen und Warengruppen zur Darstellung gelangt, ist je eine allgemeine Beschreibung vorausgeschickt, in der die Hauptmerkmale des bezüglichen Handelsverkehrs und dessen Entwicklung seit den letzten zehn Jahren dargestellt und die Verschiedenheit der Statistiken erläutert wird.

Aus Belgien werden hauptsächlich Erzeugnisse der Viehzucht (Pferde, Schaafwolle), des Bergbaues usw. (rohes Zinn und Blei, Steinkohlen, Coals, Kalk und Schlacken von Erzen), des Gartenbaues (lebende Gewächse, Blumenzwiebeln), ferner halbfertige Waren, wie Wollen- und Leinwand, Leder, Hüte und Felle eingeführt, während die Ausfuhr nach Belgien weniger Rohstoffe als Industrie-Erzeugnisse, besonders solche der Textil-, chemischen und Metallindustrie umfaßt. Die gesamte Einfuhr aus Belgien im Specialhandel, von der im übrigen ein großer Teil nicht aus Erzeugnissen des Landes besteht, wie umgekehrt auch nicht alle aus dem deutschen Zollgebiet bezogenen Waren in Belgien verbleiben, betrug im Jahre 1903 einschließlich der Edelmetalle 207,4 Millionen Mark, ohne dieselben 205,8 Millionen Mark, gegenüber 196,7 bezw. 194,5 Millionen Mark im Vorjahre, die Ausfuhr einschließlich Edelmetalle 268,0 Millionen Mark, ohne Edelmetalle 267,9 Millionen Mark gegen 260,7 und 260,7 im Vorjahre.

Der Gesamtwert des Specialhandels mit Großbritannien betrug im Jahre 1903 in der Einfuhr einschließlich Edelmetalle 833,5, einschließlich derselben 594,0 Millionen Mark, in der Ausfuhr 957,7 bezw. 982,3 Millionen Mark, die Kolonien mit eingerechnet in der Einfuhr sogar 1329,7, in der Ausfuhr 1213,5 Millionen Mark. Die hervorragendsten Einfuhrartikel aus Großbritannien sind: Gold (218,4), Garn (außer seidenem und Garn aus Rindviehhäuten (132,5), Steinkohlen (76,6), Hüte und Felle zur Pelzverarbeitung, von Belgien, auch Vogelbälge (34,8), Kautschuk und Guttapercha (24,2), Silber, roh (20,5 Millionen Mark). Die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel dorthin: Zucker (123,6), halbseidene Zeuge, Tücher, Schawls (41,6), wollene Tuch- und Zeugwaren, unbedruckt (37,9), Frauenkleider aus Baumwolle, Leinen, Wolle (33,3), Lappeneisen, Rohsilber, Ingots (28,6), Farbendruckbilder, Kupferstiche (20,9 Millionen Mark).

Zur Schiffsahrtförderung. Wie der „Ostsee-Zeitung“ geschrieben wird, verringert sich durch den anhaltend niedrigen Wasserstand der oberen Oder und deren Nebenflüsse die Fahrtiefe auch im unteren Stromlauf derartig, daß Dampfer und Rähne mit einem für den Finow-Kanal zulässigen Tiefgang (1,40 Meter) ohne Störung die Hohenstaehner Schleuse nicht mehr erreichen können. Es haben sich zwischen der Hohenstaehner Schleuse und Luhnower Fähre derartige Sandablagerungen gebildet, daß eine Vagerung unbedingt notwendig wird, wenn der Verkehr zwischen Stettin und Berlin nicht auch ins Stocken geraten soll. Es dürfte sich deshalb empfehlen, daß die zuständige Wasserbauverwaltung die nötigen Vagerungen sofort in Angriff nehmen läßt, damit eine Störung der Schiffsahrt verhindert wird.

Som amerikanischer Baumwollmarkt. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Die Baumwollfabriken in Nordcarolina, Südkarolina, Georgia, Alabama und Mississippi schränken den Betrieb um ein Viertel ein.

Elektrische Schnellbahn Berlin-Hamburg. Nach einer Mitteilung des „Börsen-Couriers“ hat die Verwirklichung des Projekts einer elektrischen Schnellbahn zwischen Berlin und Hamburg einen bedeutenden Fortschritt gemacht, indem Herr v. Bubbe an die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft und die Siemens u. Halske A.-G., die dem Minister vor einigen Monaten eine gemeinsam ausgearbeitete Denkschrift über dieses Projekt eingereicht haben, die Einladung zu kommissarischen Beratungen hat ergehen lassen, die Ende August im Eisenbahn-Ministerium stattfinden, und an denen der Minister sowie die Leiter der beiden genannten Gesellschaften teilnehmen werden. Der Eisenbahnminister hat sich bisher gegen eine baldige Inangriffnahme des Baues von elektrischen Schnellbahnen ablehnend verhalten und darüber im Landtage wiederholt Erklärungen abgegeben. Dabei dürfte im wesentlichen das Bedenken maßgebend gewesen sein, daß durch den Bau elektrischer Schnellbahnen die Rentabilität der preussischen Staatsbahnen, die eine so ausschlaggebende Rolle im Budget spielen, beeinträchtigt werden könnte. Wenn nun Herr Bubbe, wie aus der Unberaumung der Konferenzen hervorgeht, wenigstens seinen prinzipiellen Widerstand aufgegeben und sich bereit erklärt hat, in eine Erörterung desjenigen elektrischen Schnellbahnprojektes, das zuerst greifbare Gestalt angenommen hat, und für welches konkrete Vorschläge bereits vorliegen, nämlich der elektrischen Schnellbahn Berlin-Hamburg, einzutreten, so ist dies, wie der „Börsen-Courier“ meint, immerhin als ein gewisser Erfolg anzusehen, wenn auch an eine baldige Ausführung des Projektes kaum zu denken ist.

Partei-Nachrichten.

Die japanischen Genossen gegen den Krieg.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Brüssel: Die japanische socialdemokratische Partei hat für den internationalen Socialistenkongreß in Amsterdam einen Antrag zu einer Resolution gestellt, die zu Schritten für die Beendigung des russisch-japanischen Krieges auffordert. Der Krieg werde von den kapitalistischen Regierungen der beiden Länder geführt, was große Leiden für die Arbeiter Rußlands und Japans verursache.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Die Polizei in der Abwehr.

Vor der Aresfelder Strafkammer hatte sich unser Genosse Wolters als Redakteur unseres Parteiorgans in Aresfeld wegen Beamtenbeleidigung zu verantworten. In einem Artikel der Zeitung war behauptet worden, daß ein Arrestant in dem Polizeigefängnis geprügelt worden sei. Wegen dieses Artikels stellte der Oberbürgermeister von Aresfeld Strafantrag wegen Beleidigung des Gefängnisvorstehers. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Inhaftierte geprügelt worden war, doch behaupteten die Beamten, in Notwehr gehandelt zu haben, der Arrestant habe sich widersetzt und zuerst einen thätlichen Angriff auf den Gefängnisvorsteher gemacht. Für diesen Angriff muß der betreffende Arrestant 150 R. zahlen, während Genosse Wolters zu 100 R. Geldstrafe verurteilt wurde. Der Schluß des Paragraphen 193, Wahrung berechtigter Interessen, wurde unserm Genossen nicht zugestanden.

Es lebe die preussische Versammlungsfreiheit! Aufgelöst wurde Sonntag, den 17. Juli, in Elbing eine öffentliche Landarbeiter-Versammlung, in der Genosse Crispian-Königsberg über das Kontraktbruchgesetz sprach. Der Redner kritisierte die Leichtfertigkeit, mit der unsere Minister heutzutage Gesetze machen, die jeder Arbeit entbehren und führte aus, daß man sich darüber allerdings bald nicht

mehr wundern dürfte, weil sich die Herren Minister fast ständig auf Reisen befinden. Ein Mitglied habe sich sogar den Birk, der nebenbei gar nicht so übel ist, erlaubt, in Vorschlag zu bringen; daß es vielleicht angebracht wäre, wenn die Regierung sich Sautier'sche Besorgte, da ja — — bei diesen äußerst staatsgefährlichen Worten löste der überwachende Beamte die Versammlung auf und forderte die Anwesenden auf, binnen drei Minuten den Saal zu verlassen.

Wie lange noch und wie sind Rußland über

Gewerkschaftliches.

Das „zwecklose Hin- und Hergehen“.

Der Stadtrat in Gera hat, wie so viele andere Polizeibehörden, das Bedürfnis gefühlt, eine „Strafpolizei-Verordnung“ zu erlassen, welche — wie alle Verordnungen dieser Art — die Eigentümlichkeit hat, nur immer den Streikposten hinderlich zu sein. Gegen diese Verordnung hatten sich drei streikende Maurer vergangen. Sie waren mit Strafmandaten von 15 M. bedacht worden, weil sie „auf den Straßen gestanden haben, bezw. zwecklos hin- und hergegangen sein sollen.“ Das Schöffengericht unter dem Vorsteher des Oberamtsrichters Dr. Niegold erkannte gemäß dem Antrage des Verteidigers Rechtsanwalt Degenold auf kostenlose Freisprechung und legte die den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auf. In der Urteilsbegründung hieß es: Der Stadtrat möge gewiß berechtigt sein, Verordnungen zu erlassen, die der Verkehrssicherheit dienen, zum Erlaß einer solchen Verordnung sei der Stadtrat aber nicht berechtigt. Zudem sei die Verordnung rechtlich nicht durchführbar, denn sie beeinträchtigt die Freiheit der Bürger und gebe die Entscheidung darüber, was „zweckloses Hin- und Hergehen“ sei, den Schulheuten anheim.

Diese Entscheidung ist so vernünftig, daß wir leider nicht an ihre Aufrechterhaltung vor einer höheren Instanz glauben. Aber wenn selbst eine solche die Rechtsgültigkeit der Verordnung wieder anerkennen sollte, muß unfres Erachtens die Freisprechung der Maurer auch dann erfolgen. Sie haben Streikposten gestanden, sind also nicht „zwecklos“ hin- und hergegangen, sondern haben eine wichtige Mission erfüllt. Diese Thatsache schließt sie vor der Anwendung einer Polizeiverordnung, die den Wortlaut der gegen sie ins Feld geführten hat.

Berlin und Umgegend.

Streikbrecher gesucht. Die „Volks-Zeitung“ bringt ein Streikbrechergebot der Lederwarenfabrik von David, Ritterstr. 75. — Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Streik der Sattler bei der Firma fortdauert.

Die Steinseher hielten gestern Abend bei Wille in der Braunenstraße eine öffentliche Versammlung ab, in der der Verbandsvorsitzende Knoll einen Bericht von den Verhandlungen vor dem Einigungsamt gab, der hauptsächlich für diejenigen Kollegen bestimmt war, die in der Versammlung am Donnerstag nicht anwesend sein konnten. Dann wählte die Versammlung die durch die Verhandlungen vor dem Einigungsamt eingeführte Schlichtungskommission; zunächst als unparteiischen Verhandlungsleiter Herrn Dr. Leo, als dessen Stellvertreter Herrn Dr. Schalhorn. Als Mitglieder der Kommission wurden gewählt: Schenk, Erbe, Hoppach und Bergemann, Potsdam und Döring-Steigly. — Ferner wählte die Versammlung als Streikfonds-Kassierer Kiaulehn, als Hilfskassierer Krieger.

Deutsches Reich.

Die Bewegung der Bauhofsler in Breslau hat mit dem Abschluß eines Tarifvertrages geendet, der am 1. August in Kraft treten soll und am 1. Oktober jeden Jahres mit Wirkung für den 1. Januar gekündigt werden kann. Die Einzelheiten des Vertrages haben zwar nicht den vollen Beifall der Arbeiter gefunden, dieselben stimmten demselben aber dennoch zu, da sie in dem Abschluß eines Vertrages an sich schon einen Vorteil gegen den früheren Zustand erblickten.

Zur Lohnbewegung der Tischler in Dresden wird berichtet: Obgleich die korporativen Verhandlungen die beiderseitige Zustimmung gefunden haben, so kann die Lohnbewegung durchaus noch nicht als beendet betrachtet werden. Einzelne Unternehmer wollen sich den Vereinbarungen nicht fügen, während andere Unternehmer sonstige arbeitserwidrigende Maßnahmen treffen. Es befinden sich noch über 100 Tischler im Streik, in der Umgegend ist die Lohnbewegung auch noch nicht beendet, dort sind noch ca. 200 Arbeiter im Streik. Bürgerliche Blätter berichten allerorts, die Lohnbewegung sei beendet, wodurch ein größerer Zuzug veranlaßt wird. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden ersucht darauf hinzuweisen, daß die Lohnbewegung noch nicht beendet und Zuzug nach wie vor streng fernzuhalten ist.

Der Abschluß eines Tarifvertrages für das Feingoldschlägergewerbe ist von den Dresden'ner Unternehmern dieser Branche nun völlig bereinigt worden. Auf den Schiedsspruch des Einigungsamtes haben die Unternehmer schriftlich erklärt:

„In Erwiderung des uns zugestellten Schiedsspruches, welcher den Abschluß eines Kollektiv-Arbeitsvertrages empfiehlt, sind wir nicht in der Lage, uns demselben unterwerfen zu können, da das System der Kollektiv-Arbeitsverträge den Abschluß derselben mit Vertrauensleuten der Arbeitnehmer bedingt. Wir haben jedoch bestimmte Gründe, bei dem Abschluß unsrer Arbeitsverträge Mittelspersonen auszuscheiden. Wir werden daher nur mit jedem einzelnen der Arbeitnehmer Arbeitsverträge abschließen und bemerken dazu, daß bereits 82 Personen unsern am 4. Juli 1904 in Kraft getretenen Tarif unterschrieben haben und zu demselben arbeiten. Die Bezahlung ist in allen Verhältnissen gleichmäßig und garantieren sämtliche Arbeitgeber, eine Herabminderung oder Aenderung bis Ende 1905 nicht vorzunehmen.“

Die Bewegung zu Gunsten einer Tarifgemeinschaft ist damit endgültig gescheitert. Den Dank für dieses bedauerliche Ereignis muß man nach der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ den Gefährten abstaten, die, ohne die Verhandlungen abzuwarten, mit ihrem Prinzipal ein Abkommen getroffen hatten und sich verpflichteten, ein Jahr zu den neuen Bedingungen zu arbeiten und aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande auszutreten. (1) Besonders hervorzuhellen ist dabei das Vorgehen des Goldschlägers Hermann Niegole, Vorstandes der Dresdener Gewerkschaften-Stranten- und Sterbekasse, der schon bei früheren Verhandlungen mit den Unternehmern sich auf deren Seite stellte, ihre Behauptungen unterstützte und somit die eigentliche Veranlassung gab, daß die Unternehmer eigenständig und die anderen Gefährten mankeltüchtig wurden. Noch ehe die Versammlung der Goldschläger sich mit der neuen Accordabelle beschäftigte, machte genannter Herr schriftlich den Vorschlag, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten, damit dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande das Geld erspart werde und die Mitglieder erhalten bleiben. Dabei war er aber einer der ersten, die der Aufforderung des Unternehmers, aus dem Verbande auszutreten, Folge leistete und somit für die anderen das Signal gab, das Gleiche zu thun. Diese Haltung war es, die die Unternehmer mütig machte, so daß sie nicht nur die Verhandlungen ablehnten, sondern jetzt auch kurz und bündig verlangen, daß, wer arbeiten will, aus dem Verband auszutreten habe.

Der Streik der Glaser in Leipzig ist zu deren Gunsten beendet.

Schuhmachereistreik. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik von Breuß u. Möbius in Weichen sind in einen Streik eingetreten, um Lohnabzüge abzuwehren. Der Streik wurde in geheimer Abstimmung mit 110 gegen 1 Stimme beschlossen.

Husand.

Vom Streikhaupplatz in Vorklam.

Am Montagmittag brach in der Kaphthagrube der Firma Wiluck u. Perus ein Brand aus, der auch zwei Arbeitsherdeire ergriff. Dem Militär gelang es nach mehreren Stunden, den Brand zu löschen. Die vollständige Windstille erleichterte die Rettungsarbeiten. Der Brandstiftung wurde der Arbeiter Johann Fron beschuldigt, der zufällig unweit der Grube sich befand. Statthalterrat Piwodi untersagte den Streikenden die Abhaltung einer Versammlung und begründete das dem Einberufer Genossen Gorski damit, daß einer der Streikenden den Brand gelegt habe. Genosse Dr. Drobner intervenierte und bewies dem Regierungsvertreter durch Zeugen, daß Fron unschuldig sei. Ueberdies gehört Fron gar nicht zu den Streikenden, denn er ist kein Kaphtha-Arbeiter, sondern ein Tischler. Dr. Drobner machte den Statthalterrat Piwodi auch darauf aufmerksam, daß der Brand wahrscheinlich durch die Unvorsichtigkeit der in der Grube arbeitenden Streikbrecher hervorgerufen wurde. Jedenfalls müsse er aber gegen die Verleumdung der Streikenden protestieren. Piwodi bestritt die Behauptung Dr. Drobners, eine Einvernahme der Streikbrecher zeige aber, daß diese Darstellung sehr wahrscheinlich ist. Bei dem Brande wurden drei Soldaten schwer verletzt.

Die Gewerkschaften Norwegens im Jahre 1903.

Der Geschäftsführer der Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften A. Federsen hat kürzlich eine Uebersicht über den Stand der gewerkschaftlichen Organisation Norwegens veröffentlicht, aus der zu ersehen ist, daß jetzt 15 Verbände vorhanden sind, wovon 10 der Landesorganisation angehören. 13 der Verbände haben zusammen 286 Ortsabteilungen mit 14 267 Mitgliedern; von den übrigen zwei Verbänden fehlen die Angaben. Der Landesorganisation gehören noch 10 alleinstehende Fachvereine von Kristiania an mit zusammen 478 Mitgliedern, und außerdem existieren in der Hauptstadt noch 10 Fachvereine mit 480 männlichen, 4 mit 127 weiblichen Mitgliedern. Hierzu kommen noch mehrere alleinstehende Fachvereine in den übrigen Städten. Im ganzen beträgt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Norwegen ungefähr 16 000. — In Kristiania, wie in mehreren anderen Städten bestehen lokale Kartelle unter dem Namen „Da samvirkende fagforeninger“; sie haben jedoch für den gewerkschaftlichen Kampf wenig Bedeutung, da in solchen Fällen die Verbandsleistungen oder die Landesorganisation die Leitung übernehmen.

Das fünf Verbände — darunter auch der Frauenverband der Arbeiterpartei, den diese Statistik nicht mit umfaßt, — nicht der Landesorganisation angehören, hat verschiedene Ursachen; die wichtigste ist aber wohl die, daß man den Mitgliedern nicht die damit verbundenen Kosten auferlegen will, die, da bei größeren Streiks und Ausperrungen wöchentliche Extrabeiträge bis zu 50 Ders pro Mitglied erhoben werden, erheblich höher sind, als sie z. B. in Deutschland der Anschluß an die General-Lommission mit sich bringt.

Zwölf Verbände — von den übrigen fehlen die Angaben — hatten im Jahre 1902 insgesamt 159 121,63 Kr. Vermögen, 1903: 191 670,29 Kr. An Streikunterstützung wurden im Jahre 1903 171 896,66 Kr. ausbezahlt. Arbeitslosenunterstützung ist in 5 Verbänden und in 5 Fachvereinen eingeführt; dafür wurden 40 991,15 Kr. ausgegeben. Reise-Unterstützung ist in 5 Verbänden und in 4 Fachvereinen eingeführt; Kranken- und Sterbe-Unterstützung in 3 Verbänden und 3 Fachvereinen. Invalidenunterstützung in einem, dem Typographenverband. 12 Verbände haben ein eigenes Fachorgan, teils vierteljährlich, teils monatlich oder wöchentlich erscheinend in einer Gesamtzahl von 22 150 Exemplaren. 2 Verbände haben je 2 besoldete Beamte, 4 je einen, und die übrigen teilweise besoldete Funktionäre.

Aus der Frauenbewegung.

In einer öffentlichen Frauenversammlung, die speziell der Agitation unter den Hausangestellten dienen sollte, sprach am 26. Juli in Cöln die Frauencorrespondentin Elise Lüders über: Warum fordern die arbeitenden Frauen das politische Stimmrecht? Unter den arbeitenden Frauen versteht Rednerin die ernsthaft arbeitenden Frauen aller Stände. Sie meint, die Frauen aller Stände und Berufe müßten einheitlich für das politische Stimmrecht der Frauen eintreten. Mit dem Stimmrecht würden die Frauen einen größeren Einfluß auf die Gestaltung ihrer sozialen und rechtlichen Stellung gewinnen. Soweit die Gesetzgebung diese berührt, würde mehr Rücksicht genommen werden müssen auf die Forderungen der Frauen, denn sonst gehe den Beschäftigten manche Stimme verloren, auf die sie sonst vielleicht rechnen könnten. Ohne das Stimmrecht müßten die Frauen wehrlos über sich ergehen lassen, was über sie und gegen sie bestimmt werde. Rednerin führt verschiedene Beispiele an und verweist unter anderem darauf, wie man mit den Petitionen der Hausangestellten um Aufhebung der Besindeordnungen usw. umgehe, weil man politisch nicht mit ihnen rechnen brauchte. Ganz anders wäre das, wenn sie die Waffe des politischen Stimmrechts gebrauchten könnten. Auf die Lage der Hausangestellten geht Rednerin noch näher ein. So manches junge Ding, das ganz unvorbereitet in Stellung komme, werde von der Hausfrau, die zu seiner Heranbildung keine Geduld habe, herumgeprügelt, von einem Diensthilf zum andern getrieben, werde dessen müde und gehe schließlich in die Fabrik und dann beklage man sich über den Mangel an „Dienstboten“. Eine der ersten Forderungen müsse die sein nach obligatorischem Fortbildungsunterricht für Mädchen jeden Standes, wo namentlich auch eine gründliche hauswirtschaftliche Ausbildung geboten werde. Es sei sehr schlimm, daß die Hausangestellten vom Regen der Kranken- und Unfallversicherung ausgeschlossen seien. Es werde immer sehr viel vom „Sinn des Hauses“ in moralischer Beziehung gefabelt. In Wirklichkeit seien die Hausangestellten auch in der Bezahlung weniger geschützt wie die Angehörigen anderer Berufe. Bestellungen über den verhältnismäßigen Anteil an den unehelichen Geburten und an der Prostitution bewiesen dies. Nun könnten Dienstboten sagen: „Wenn alle Frauen das Stimmrecht erhielten, dann würden die bürgerlichen Frauen es zu Gunsten der Aufrechterhaltung der Besindeordnung in die Waagschale werfen.“ Diese Befürchtung habe Rednerin nicht. Sie glaube, wenn die bürgerlichen Frauen selber mehr Freiheit erhielten, würden sie auch für die Dienstboten mehr Freiheiten fordern. (1 Red.) Mit warmen Worten erkannte Frau Lüders an, daß die in der Sozialdemokratie vereinigte Arbeiterklasse, die das allgemeine Stimmrecht schon habe, das Freiheitsstreben der Frauen anerkenne und voll und ganz unterstütze. Trotzdem könne sie nicht den Standpunkt billigen, daß neben der Sozialdemokratie eine besondere Frauenstimmrechts-Bewegung nicht erforderlich sei. Der Standpunkt der unabhängigen Frauenstimmrechts-Bewegung sei, überall Einfluß zu gewinnen zu suchen. Auch könne man doch nicht verlangen, daß Frauen, die auf andern Gebieten im Meinungsgegenstand zur Sozialdemokratie ständen, sich lediglich auf diese beschränken, trotz aller hohen Anerkennung ihres Strebens für die Frauen. Natürlich müsse jede Frau der Partei zu neuem können, die ihre allgemeinen politischen Anschauungen vertritt. — Zum Schluß gedachte Rednerin (wohl ein Hinweis auf Königberg) „mit Born und Verachtung“ derjenigen, die bestrebt seien, in Husland die barbarischen und absolutistischen Zustände aufrecht zu erhalten. (Demonstrativer Beifall.) Den Stimmen, die in Deutschland die Abschaffung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts forderten, werde die Regierung nicht folgen können, weil sie die dann sicher hell auslodende Empörung fürchten müsse. Wenn sich so das allgemeine Wahlrecht habe einbüßern können, dann gebe es Hoffnung, daß auch die Zeit komme, wo man Staaten nicht mehr begreifen werde, die die Hälfte der Bevölkerung, die Frauen, unter politischer Vormundschaft hielten. (Beifälliger Beifall.)

Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Ein Herr Konrad erklärte das Frauenstimmrecht zwar für eine Forderung der Gerech-

tigkeit, hatte aber andererseits so vielerlei Bedenken, daß Reichstags-Abgeordneter v. G. r. l. a. c. h. ihm vortwerfen konnte, er habe eine eben selbst als gerecht anerkannte Forderung zugleich bekämpft. Herr von Verlach trat am Schluß seiner längeren Rede gegen Konrad dafür ein, daß die Hausangestellten ihre Standesforderung vertreten, daneben aber auch die großen politischen Forderungen, von denen die Referentin gesprochen, im Auge zu behalten. Herr Dießing riet dazu, vor allem sich zu organisieren und die Lage im Stande zu verbessern, dann könne man weitergehen. Rosenhals trat kurz für den politischen Anschluß an die Sozialdemokratie ein. — Mehrere weibliche Hausangestellte ließen sich über die bekannten Verhältnisse im Bejndendienst aus und hoben hervor, wie schwer es sei, sich zu organisieren und die Organisation vorwärts zu bringen. Die eine Rednerin mußte sich sogar die Vereinskassendrucke zu ihren Eltern schicken lassen. — Fraulein Lüders hielt dann noch ein kurzes Schlußwort.

Verfammlungen.

Der Verband der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter beschäftigte sich in seiner Generalversammlung am Montag mit der Frage des Anschlusses an den Holzarbeiterverband, die schon seit längerer Zeit erörtert worden ist. Im Prinzip ist man auf beiden Seiten für Anschluß, jedoch konnte wegen der Bedingungen des Uebertritts keine Verständigung erzielt werden. Insbesondere sind es zwei Punkte, über die man sich nicht einigen konnte. Die Maschinenarbeiter wünschen, daß sie im Holzarbeiterverband eine besondere Branchenorganisation bilden, die sich auf Berlin und die Vororte erstreckt. Der Holzarbeiterverband ist mit der Branchenorganisation einverstanden, da er aber für Berlin und die Vororte besondere Zahlstellen hat, glaubte er einer Maschinen-Arbeiterbranche, die Berlin und die Vororte gleichzeitig umfaßt, also die Zahlstelleneinteilung durchbricht, nicht zustimmen zu können. Ferner wollten die Maschinenarbeiter ihre Krankenzusatzklasse als eine obligatorische Einrichtung beibehalten, während der Holzarbeiter-Verband dem Obligatorium nicht zustimmt. — Die Generalversammlung des Verbandes der Maschinenarbeiter erklärte, von ihren Forderungen hinsichtlich dieser beiden Punkte nicht abgehen zu können. Sie beschloß gemäß einem Antrage ihres Verbandsvorstandes, die Einigungsverhandlungen als erledigt zu betrachten, sich dem Holzarbeiter-Verbande unter diesen Bedingungen nicht anzuschließen, sondern als besondere Organisation weiter bestehen zu bleiben.

Zum Bericht der Generalversammlung der Lithographen erhalten wir folgende Zuschrift: Der Bericht der Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Steindruckere etc. in Dresden vom 21. Juli in der Sonnabend-Nummer bringt ein Referat von mir in entstellter Weise. Mein Referat verbreitete sich nur über den Steindruckere-, Lithographen- und Steindruckere-Tarif und nicht über den Chemigraphen-Tarif. Letztere haben einen in fast allen Firmen durchgeführten Tarif. Auch sprach ich nicht von einem Sonderverbanden der „Chemigraphen“, sondern von einem solchen der Lithographen. Ebenso sprach ich nicht von wenig Interesse der Chemigraphen an der Organisation, denn für alle untre Berufe ist die Organisation gut und besonders die Chemigraphen sind zu circa 96 Proz. organisiert. Weiterer wurde hervorgehoben, daß auch die starke Meinungsverschiedenheit beeinflussend auf den Lithographen- und Steindruckere-Tarif wirkte.

Der Bericht vom 23. Juli in der Dienstag-Nummer erwähnt zur Wahl des Kassierers Bral, daß dieser mit 2400 M. Jahresgehalt angestellt sei. Hierzu ist zu berichtigen, daß das Jahresgehalt auf 2300 M. inkl. Ranflogeld festgesetzt wurde.

Otto Siller.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Bischof von Dijon geht nach Rom.

Paris, 27. Juli. (B. L. B.) Der Bischof Renozet von Dijon ist ohne Genehmigung der Regierung nach Rom abgereist. Vor der am nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung des Ministerrats soll über seine Angelegenheit keine Entscheidung getroffen werden. Die Antwort des Vatikans auf die Note der französischen Regierung soll morgen Abend hier eintreffen.

Roosevelt wieder als Präsidentschaftskandidat nominiert.

Oysterbay, 27. Juli. (B. L. B.) Präsident Roosevelt wurde heute formell davon in Kenntnis gesetzt, daß die republikanische Nationalkonvention ihn zum Präsidentschaftskandidaten nominiert hat. Als der Sprecher des Repräsentantenhauses Cannon ihm im Auftrage des Komitees des Repräsentantenhauses die Nachricht brachte, nahm Roosevelt die Nomination an und erklärte seine freudige Zustimmung zu den Erklärungen und Grundsätzen der Konvention.

Som ostasiatischen Kriegshauptquartier.

Tosio, 27. Juli. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Das Wladivostok-Geschwader wurde heute bei Tagesanbruch 60 Seemeilen von der Koriobai nach Süden steuernd gesehen.

Petersburg, 27. Juli. Der Russischen Telegraphenagentur wird aus Ruden von gestern gemeldet: Bei den Kämpfen am 24. und 25. d. M. befehligte der Kommandeur des vierten Sibirischen Armeekorps, Generalleutnant Sarubajew, die Truppen unsrer Südfront. Da sich während dieser Kämpfe herausstellte, daß die Japaner vom Dain- und dem Khamin-Paß aus in der Richtung auf Schmutzschöng und Hantschöng vordrängten, sah sich Generalleutnant Sarubajew veranlaßt, gemäß den ihm erteilten Anweisungen unsrer Truppen den Befehl zum Rückzug nach dem Norden von Tschitschiao zu geben. Die Japaner zeigten keine Absicht, uns zu verfolgen. Der Rückzug der Truppen vollzog sich in voller Ordnung.

Brasilia, 27. Juli. (B. L. B.) In der Nachbarstadt Winterberg sind durch einen Brand 44 Häuser eingeschert, 181 Familien sind obdachlos. Der Verlust von einem Menschenleben ist zu beklagen.

Bern, 27. Juli. Die hiesige städtische Gesundheitskommission teilt mit: Die hiesige unrichtigen und übertriebenen Nachrichten in der in- und ausländischen Presse über die verhältnismäßig unbedeutende Typhusepidemie in Bern veranlassen uns zu folgender Mittheilung. Vom 27. Juni bis zum 26. Juli wurden bei einer Gesamtinzidenzzahl von 70 000 Seelen als krank oder verdächtig insgesamt 240 Typhusfälle angemeldet, wovon 12 Personen als nicht typhuskrank befunden und mehrere als geheilt entlassen wurden. Zur Zeit sind nur 10 Todesfälle zu verzeichnen. Die Krankheitsbesiedelung besonders die Arbeiterklasse, in den Hotels und Fremdenpensionen hat sich keine einzige Erkrankung gezeigt. Mit Rücksicht darauf, daß besonders Deute erkrankten, bei denen eine häusliche Pflege nicht möglich war, mußte eine ausgiebige Spitalkpflege in Anspruch genommen werden. Dank dem Entgegenkommen der Spitäler und der Erwerbung eines Privatpitals durch die Gemeinde zu vorübergehender Verwendung als Absonderungshaus konnten von 240 Erkrankten 150 in Spitalkpflege gegeben werden. Von 60 in häuslicher Pflege befindlichen Personen werden in den nächsten Tagen eine Anzahl in die Spitäler geschafft werden. Durch diese Maßnahmen und die strenge Kontrolle der Desinfektion bei den zu Hause verpflegten Personen, wird einer Weiterverbreitung der Epidemie möglichst Einhalt getan werden.

Sofia, 27. Juli. Die „Agence Bulgare“ ist ermächtigt, die Meldungen des Generalinspektors Hilmi Pascha an die Pforte, daß eine bewaffnete bulgarische Bande bei Nis die Grenze nahe Wilajet Saloniki überschritten habe, entschieden zu dementieren.

Port Said, 27. Juli. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Die Völkermannschaften von der „Scandia“ und „Arbora“ sind heute nachmittag an Bord des „Gesarenitsch“ von hier nach Odessa abgefahren.

Soziales.

Durch den Fabrikbetrieb veranlaßter Schred mit Krankheitsfolgen (Epilepsie) als Betriebsunfall. Ein interessanter Rentenstreit ist durch eine wichtige Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts erledigt worden.

Das Schiedsgericht beurteilte die Berufsgenossenschaft zur Rentenversicherung und führte aus: Es steht fest, daß die Klägerin früher nicht an Epilepsie gelitten habe.

Die Berufsgenossenschaft legte Rekurs beim Reichs-Versicherungsamt ein und bestritt nach wie vor das Vorliegen eines Betriebsunfalls.

Die Klägerin war durch den Reichs-Arbeitersekretär Robert Schmidt vertreten, welcher darlegte, daß die Epilepsie der Klägerin zweifellos die Folge eines plötzlichen, zeitlich bestimmbar Ereignisses sei.

Wichtige Gerichtsentscheidung für Handlungsgehilfen. Bekanntlich darf ein Handlungsgehilfe ohne Einwilligung des Prinzipals weder ein Handelsgewerbe betreiben noch in dem Handelszweige des Prinzipals für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte machen.

Ludwig Feuerbach.

Am 28. Juli dieses Jahres vollenden sich hundert Jahre seit der Geburt Ludwig Feuerbachs. Sein Geburtsjahr fiel zusammen mit dem Todesjahr Kant, der die klassische deutsche Philosophie einleitete.

Auf den ersten Blick giebt es keinen größeren Gegensatz, als zwischen dem Vater Anselm und dem Sohne Ludwig. Hier der Philosoph, der in sehr eingeschränkten Verhältnissen, mit einer knapp zugemessenen Einnahme zufrieden, den besten Teil seines Lebens auf einem deutschen Dorfe verbringt.

Früh schon ziehen die beiden Köpfe auseinander. Ludwig Feuerbach zählt erst zwanzig Jahre, als er dem Vater das Studium der Theologie aufgab.

doch bei Zeiten ein geeignetes Ladenlokal mieten, Einkäufe besorgen, vielleicht auch Gehilfen anstellen usw. Freilich gehört eine derartige vorbereitende Thätigkeit schon zum Betriebe eines Handelsgewerbes.

Zum Leipziger Krankenkassenstreit. Das sächsische Ober-Verwaltungsgericht hat die Anfechtungsklage der Leipziger Ortskrankenkasse gegen die Verfügung der Kreisoberhauptmannschaft nach dem jetzt vorliegenden Urteil aus formellen Gründen abgewiesen.

Sonntags- und Ueberarbeit. Der preussische Handelsminister hat an die zuständigen Behörden eine Verfügung erlassen, nach der in Zukunft bei allen Anträgen auf Gestattung von Sonntags- und Ueberarbeit vor der Entscheidung in der Regel eine gutachtliche Äußerung des Gewerbe-Inspektors einzuholen ist.

Berliner Partei-Angelegenheiten. Der Königsberger Prozeß.

Am Freitag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, findet im Palais-Theater (früher Feenpalast), Burgstraße, Ecke St. Wolfgangstraße, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Dr. Karl Liebknecht über den Königsberger Prozeß referieren wird.

Lokales.

Berliner Zwangstausch.

Ich möchte nur den Herrn Vorredner ersuchen, mit denjenigen Fall mitzutheilen, wo ein Waisenkind gegen den Willen der Eltern getauscht worden ist.

schlappsten, verküppeltesten Apfelschnitt einordnete; ich konnte schließlich jenseits mit dem Sänger David, Winter, Frühling, Sommer und Herbst brachte mir der Wechsel seiner tiefen Empfindungen, den Menschen gab mir die Lieblichkeit seiner Hirtenlieder.

Gleich seine ersten Schriften machten ihn unendlich für die akademische Laufbahn, die ihm in den vorwärtigen Zeiten allein die Aussicht eröffnen konnte, in halbwegs unabhängiger Stellung seinen philosophischen Arbeiten zu leben.

handelt es sich nicht darum, daß die Kinder von der Waisenverwaltung gegen den Willen der Eltern getauscht werden.

Der Herr Oberbürgermeister fand es dann äußerst komisch, daß ein Vater die Streidung im Kirchenregister beantragt hätte, und die bürgerlichen Stadtverordneten wollten sich wegen der „Annullierung der Taufe“ fast ausschütten vor Lachen.

Armen-Direktion, Berlin SW. 68. Abt. für die Waisenverwaltung. Alte Jakobstraße 83.

Frau M... M... hier. Kramer, Magistratssekretär.

Dieses Aktenstück wird auch die schändliche Weiterleit der Herrn Oberbürgermeisters und seiner Getreuen nicht fortlassen können, es bildet eine treffliche Illustration zu den vorangehenden Worten des Herrn Kirchner.

„Wer sich auf Zusagen und Versprechungen der königlichen Regierung verlassen will, der soll zwei- und dreimal präsen, ob er auch auf festen Grund baut, und wenn die Regierung uns manchmal mit entgegenkommenden Worten kommt: — so möchten wir uns bewußt sein, daß das unter Umständen Sirenenrufe sind.“

Ja im Herrenhaus ist man „seiner Majestät aller getreueste Opposition“ und im Rathhaus ist man „Regierung.“

Ueber den Streit um das Stadtverordneten-Mandat für den 17. Bezirk der dritten Abteilung, das der Freisinn durch Ungültigkeitserklärung untern mit geringer Mehrheit gewählten Genossen Kerstin wieder abzugeben gesucht hat, wird in bürgerlichen Blättern Unsinns verbreitet.

Ein Parteigenosse, dessen Tüchtigkeit weit über den Rahmen seiner engeren Thätigkeit hinaus anerkannt wird, unser Freund Leopold Riepmann nämlich, feiert heute seinen fünfzigsten Geburtstag.

zu erlangen, getrennen eine nach der anderen, soweit sie überhaupt auftauchten. Seit dem Jahre 1836 lebte er in dem Dorfe Brudberg bei Ansbach, wo ihm eine geringe Pension, die er als Sohn seines Vaters aus der bayerischen Staatskasse bezog, ein geringes Gehalts-gut seiner Frau und das geringe Honorar seiner Schriften eine bescheidene Existenz ermöglichten.

Entscheidend war, daß Feuerbach trotz seines ländlichen Lebens den großen Kampf der Zeit in vorderster Reihe mitkämpfte. Gleich nachdem er sich in Brudberg angesiedelt hatte, begann Arnold Ruge die „Hallischen Jahrbücher“, denen und namentlich deren Nachfolgerin, die „Deutschen Jahrbücher“, Feuerbach den geistigen Stempel aufdrückte.

Männer besitzen. Aber auch wir auf der Redaktion sind Viepmann in diesen Stellen dank schuldig. Als Mitglied der Pressekommision war er in früheren Jahren ein Bindglied zwischen uns und der Masse der Genossen und auch in anderen Vertrauensämtern stand er uns nahe. Aber nicht nur in amtlicher Eigenschaft trat Viepmann zum „Vorwärts“ in Beziehung; auch als Mitarbeiter lernten wir ihn schätzen, und manches Ailo Druderschwäre fällt auf sein Konto. Seine Parteifrage ist wohl aufgeworfen worden, in die er nicht hineinzuleuchten wollte; und bei der Vielfältigkeit seines Wirkens wird es kaum noch Ueber- raschung erregen, wenn wir verraten, daß mehr als ein Festgedicht, das an festlicher Tafel die Heimkehr eines Kämpfers aus dem Gefängnis oder sonst ein die Partei ehrendes Ereignis pries, Viepmanns Wagemut zugeschrieben ist. Aber auch die Prosa unsres Freundes fällt selbst dann, wenn sie sich in ihrem Aeußern relativ unscheinbar giebt, durch das Verdienst, das er sich um die Entwicklung des Nothpostwesens erworben hat, angenehm in die Augen. Sein mit Notizen sachkundigster Finanztechnik verteidigter Brauch, auch minder bedeutende Meldungen mit der Nothpost zu versenden, hat in früherer Zeit nicht wenig zur Förderung unsres Selbstbewußtseins beigetragen. Die langen Jahre hindurch, wo wir noch unscheinbar und schwach und klein waren, war Viepmann der einzige Mitarbeiter, der Veröffentlichungen im „Vorwärts“ für so bedeutsam hielt, daß daran das Geld für einen Nothpostbrief zu riskieren sei. Langsam fand sein uns ehrender Brauch Nachahmung; jetzt allerdings kommt es vor, daß auch andre Leute im Verkehr mit uns die Nothpost in Anspruch nehmen. Leider hat unser Geburtsstadt- lind die letzten Jahre nicht in der allerbesten Gesundheit verbracht; aber sein Eifer für das Gedeihen der Partei ist der alte geblieben. Da auch sein Sinn für einen gutgemeinten Scherz unerschütterlich ist, so hoffen wir, daß Viepmann unsre im Namen der Berliner Parteigenossen dargebrachte Gratulation standhaft hinnehmen und als waderer Kämpfer sich des heutigen Ehrentages noch lange Jahre hindurch in rüstigem Frohsinn erinnern möge.

Ein Steigen des Wasserspiegels der Spree ist endlich festgestellt worden. In den letzten 24 Stunden ist der Fluß innerhalb des Berliner Weichbildes um sechs Centimeter gestiegen und nach Meldungen von der Oberspree ist noch ein weiteres Wachsen des Gewässers zu erwarten. Da auch anscheinend die Fabel den niedrigsten Wasserstand überwunden hat, ist die baldige Wiederaufnahme der Schifffahrt zu erhoffen.

Zu dem Unfall des Rangierers Dornbusch erhalten wir folgende Zuschrift:

„Die in der ersten Beilage der Ausgabe vom 18. Juli d. J. — Nr. 163 — und in der ersten Beilage der Ausgabe vom 14. Juli d. J. — Nr. 163 — enthaltenen Notizen „Abermals ein Opfer des Eisenbahnbetriebes“ und „Aus dem Reiche des Herrn Budde“ entsprechen nicht dem wahren Sachverhalt. Letzterer ist vielmehr folgender:

Der Unfall des Rangierers Dornbusch ereignete sich am Sonntag, den 10. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Bahnhof Vichtenberg-Friedrichsfelde. Dornbusch wurde am linken Arm und linken Bein schwer verletzt. Der im Samariterdienst ausgebildete Hilfsrangiermeister Bösel hat dem Verletzten um 3 Uhr 5 Minuten die erste Hilfe angedeihen lassen, einen Nothverband vorchriftsmäßig angelegt und die verletzten Gliedmaßen sachgemäß abgedeckt. Um 3 Uhr 10 Minuten traf schon der herbeigerufene Bahnarzt, Herr Dr. med. Birnbaum, auf der Unfallstelle ein, welcher sogleich mit der weiteren Behandlung, Reinigung der verwundeten Körperteile usw. forsierte. Der vom Samariter bereits angelegte erste Verband wurde für sachgemäß und zweckentsprechend befunden und konnte bestehen bleiben. Alsdann wurde um 4 Uhr 5 Minuten, nachdem also die ordnungsmäßige und notwendige bahnrätliche erste Behandlung stattgefunden hatte, der Verletzte im Krankentrage mit besonderem Wagen und Lokomotive unter Begleitung von 7 Mann — darunter auch der Samariter — nach dem Schleifischen Bahnhof überführt. Hier erwartete den Verletzten bereits der um 3 1/2 Uhr nachmittags telephonisch bestellte Krankenwagen, mit welchem die Weiterbeförderung des Verunglückten nach dem Krankenhaus „Bethanien“ unverzüglich erfolgte.

Die Rangierkolonne, welcher der Verletzte angehörte, bestand aus einem Rangiermeister und fünf Mann. Der in Frage kommende Rangierzug war an diesem Tage nur etwa 80 Wagen- achsen stark. Es war somit die Kolonne genügend besetzt und waren hinreichend Arbeitskräfte vorhanden.

Nachdem der Unfall sich ereignet hatte, waren der im Bad- wagen desselben Rangierzuges befindliche Verbandkasten sowie der in der Nähe der Unfallstelle aufbewahrte Rettungskasten in denkbar kürzester Zeit — in etwa 2 Minuten — zur Stelle geschafft. Gleich- zeitig wurden auch der etwa 50 Meter von der Unfallstelle entfernt aufgestellte große Rettungskasten sowie die dazwischen untergebrachte Tragbohrer herbeigebracht. — Naum 10 Meter von der Unfallstelle entfernt befand sich ein Wasserhydrant. Die erforderliche Seife zum Reinigen der Hände usw. wurde in ausreichender Menge den Rettungskesten entnommen.

Es ist zwar richtig, daß der Verunglückte eine Stunde auf dem Bahnhof gelegen hat, bevor er in das Krankenhaus überführt wurde.

wegung hat er so gut wie gar keinen Anteil genommen. Er hielt nur auf Wunsch Heidelberger Studenten vom Dezember 1848 bis März 1849 in der Redaktions Vorlesungen über Religionsphilosophie, und auch das letzte ihm die größte Selbstüberwindung auf. „Ich habe“, schrieb er aus Heidelberg an seine Frau, „seit der traurigsten Zustände durchlebt, die nur immer der Mensch erleben kann. Ich hatte die grenzenlose Sehnsucht nach Euch, nach Bruderg, nach meinem alten, stillen, einfachen und doch so gehaltvollen Leben. Alles, alles war mir unheimlich, unbegreiflich, ekelhaft.“ Der Sieg der Reaktion brach ihn freilich nicht; als ihm sein junger Freund Knapp die Ueberwindung nach Amerika empfahl, schrieb er nicht ohne berechtigtes Selbstbewußtsein: „In Amerika ist ein Mensch wie ich ein gleichgültiges Ding, ein Nichts, aber in Europa: ist eine persona ingrata ein höchst bedeutendes Etwas, ein Dorn im Auge der Regierung, ein Pfahl im Fleische der geistlichen und weltlichen Polizei, der ihr Tag und Nacht keine Ruhe läßt.“ Allein so ehrenhaft diese Gesinnung war und so wenig sie Feuerbach verhehlte, so schätzte er sich doch, wenn er meinte, daß die Reaktion sehr wohlthätig auf ihn wirkte.

Sie legte ihn trotz alledem völlig lahm, nicht durch äußere Mittel, sondern weil Feuerbach die Welt nicht mehr verstand, über die der Revolutionssturm hinweggefegt war. In den fünfziger Jahren schuf er mit „menschlicher Arbeit und unsäglich Mühe seine Theogonie, die er selbst immer als das größte Ergebnis seines geistigen Schaffens betrachtet hat, so daß er aufs tiefste eintauscht wurde, als sie kein Mensch beachtete, weder Freund noch Feind. Und doch war die Sache erklärlich genug. Auges Kritik, daß die Theogonie nur Variationen eines schon im „Weisen des Christentums“ abgedroschenen Themas enthalte, war leichtfertig genug und mochte insofern mit Recht Feuerbachs Jörn gegen den alten Freund wachrufen, jedoch sie enthielt den richtigen Gedanken, daß Feuerbach noch immer da stände, wo er zehn Jahre früher gestanden hatte. Allein hier stand die deutsche Bourgeoisie nicht mehr, die sich von Feuerbach, der Hegel verstand und eben dadurch überwunden hatte, vielmehr abwandte zu jenem Schopenhauer, der Hegel niemals verstand, aber immer beschimpfte. Gewiß war die Philosophie auf diesem sinnreichen Wege nicht loszuwerden, aber wer den reich- gemordenen oder reichwerdenden Philosophen wieder die nötige Dialektik einpauken konnte, hieß nicht Feuerbach, sondern Marx.

Am ehesten hätte sich Feuerbach zu dem naturwissenschaftlichen Materialismus der fünfziger Jahre ein Herz fassen können, aber er war ein viel zu tief angelegter Geist, um an den Reispredigten der Dührer, Roeschott und Vogt mehr als ein sehr gemischtes Ver- gnügen zu finden. Er stimmte ihnen rückwärts zu, aber nicht vorwärts. In einer Rezension über eine Schrift Roeschotts schrieb

Der Verletzte hat aber nicht — wie leicht aus der Zeitungsnote herausgesehen werden kann — etwa hilflos dazuliegen, sondern diese Stunde war vielmehr zur Anlegung des Nothverbandes und zu der sonstigen ärztlichen Behandlung des Verletzten erforderlich. Diese Behandlung wurde in einem bedeckten Eisenbahnwagen durch den Bahnarzt, welchem alle erforderlichen Hilfsmittel zu Gebote standen, vorgenommen. Es ist erwiesen, daß das Rangier- personal ausreichend vorhanden war. Es ist falsch, daß die Kräfte des Verletzten über Gebühr in Anspruch genommen worden sind, auch kann von der Zumutung einer besonderen Umficht überhaupt nicht die Rede sein. p. Dornbusch hatte eine sechsechsstündige Ruhe- pause hinter sich und war derselbe erst eine Stunde im Dienst, als er durch dieses Versehen verunglückte.

Es ist ferner erwiesen, daß für genügendes Verbandzeug in auskömmlicher Weise gesorgt und daß solches auch augenblicklich zur Stelle gewesen ist.

Die Beschaffung von Wasser und Seife hat nicht die geringste Schwierigkeit bereitet, indem — wie oben ausgeführt — der nächste Wasserhydrant in einer Entfernung von kaum 10 Meter von der Unfallstelle sich befand und daher in kürzester Zeit zu erreichen war. Die erforderliche Seife, welche in allen Rettungskästen vorhanden ist, kann ohne Schwierigkeiten durch das Personal entnommen werden. Es ist somit die Behauptung, daß die Beschaffung von Seife und Wasser Schwierigkeiten bereitet, widerlegt.

Die Behauptung in Nr. 163 des „Vorwärts“, daß diejenigen Bediensteten, welche sich nach den Vorschriften richten, „un- brauchbar“ wären, entbehrt jeglicher Grundlage, gerade das Gegenteil ist zutreffend.

Berlin, den 22. Juli 1904.
Königliche Eisenbahn-Betriebsinspektion 9.
J. B.: Horn,
Betriebsingenieur.

Ein Opfer der April-Stürme des vorigen Jahres ist nachträglich der Cigarrenhändler Glaser, Weimmeisterstr. 18, geworden, der seiner Zeit in der Invalidenstr. 125 noch ein zweites Geschäft unterhielt. Durch den Sturm am 14. April 1903 wurden die beiden großen Schaufenstertheile eingedrückt, ein großer Teil der Waren durch den Wirbelwind auf die Straße geschleudert, aber auch unter den im Laden verbliebenen Warenvorräten ein bedeutender Schaden herbeigeführt. Bei dem Sturm, der 14 Tage später stattfand, wurden die Scheiben abermals eingedrückt und unter dem erneuerten Lagerbestande bedeutende Verwüstungen angerichtet. Zwar eröffnete G. bald danach einen Ausverkauf der durch den Sturm beschädigten Waren, doch gelang es ihm nicht, den Verlust auch nur annähernd einzubringen. Der Cigarrenhändler war genötigt, um seine beiden Geschäfte halten zu können, eine bedeutende Schuldenlast einzugehen, umso mehr, als das zweite Geschäft nicht besonders florierte. G. war gezwungen, Wechselverbindlichkeiten nachzukommen und geriet so immer mehr in pekuniäre Bedrängnisse. Am Sonnabend wurde über das Vermögen des Cigarrenhändlers der Konkurs eröffnet. Den Aktiven in Höhe von 3000 M. steht eine bisher ermittelte Schuldenlast von mehr als 38 000 M. gegenüber.

Von der Zunahme der Weisestranken in Berlin. In der städtischen Irrenpflege befanden sich Ende Juni dieses Jahres 6854 Kranke, während Ende Juni vorigen Jahres die Zahl dieser Kranken erst 6589 gewesen war. Die Zunahme beträgt wieder 265 Kranke. Von den Kranken des laufenden Jahres wurden Ende Juni nur 3941 in den eignen Anstalten der Stadt, in Dalldorf, Herzberge und Wuhl- garten, verpflegt. 2890 Kranke waren in den zur Ausbülfe mit- beamteten Privatinstanzen und 683 in Familienpflege untergebracht. Ende Juni vorigen Jahres hatten sich 3082 Kranke in den eignen Anstalten, 2114 in privaten Anstalten und 543 in Familienpflege befunden. Fast der ganze Zuwachs an Kranken, den die städtische Irrenpflege seit dem vorigen Jahre hatte, hat wieder den privaten Anstalten und der Familienpflege zugeführt werden müssen. Ramentlich die Verlegung privater Anstalten nimmt immer mehr zu, weil die eignen Anstalten der Stadt seit langem voll besetzt sind. Wenn die Irrenanstalt in Buch fertig ist, wird auch sie nur die Hälfte der in privaten Anstalten oder in Familienpflege untergebrachten Kranken aufnehmen können.

Der Bau des neuen Schulhauses für das Andreas-Realgymnasium, das in der Kopenstraße errichtet werden soll, weil das alte Haus in der benachbarten Langstraße zu eng geworden ist, wird jetzt in Angriff genommen. Auf dem dazu anzuerhebenden Grundstück Kopen- straße 76 ist mit den Ausschachtungen begonnen worden. Das Grundstück ist schmal, aber sehr tief. Das eigentliche Schulhaus wird auf Hinterland zu stehen kommen.

Ein nichtruhiger Substanzreich, der leicht schlimme Folgen hätte haben können, wurde gestern auf der Bahnstrecke Gesundbrunnen- Stettiner Bahnhof verhaftet. Eine Rote halbwildhücker Durstige ver- gnügte sich damit, von der Straße aus nach den die Brücke an der Weisenstraße postierenden Zügen mit Steinen zu werfen. Es gelang ihnen durch einen Steinwurf die Vorderachse der Lokomotive des um 1 Uhr 20 Minuten von Dramenburg auf dem Stettiner Bahnhof eintreffenden Vorortzuges zu zertrümmern. Die Splitter fielen auf den die Maschine bedienenden Zug- führer. Einer der Glasplitter traf ihn am Auge und hätte ihm beinahe das Augenlicht gelostet. Im übrigen erlitt der Beamte auch an den Händen und im Gesicht leichtere Verletzungen. Der Polizei wurde Anzeige erstattet, doch gelang es nicht, der jugendlichen Rowdies habhaft zu werden.

er das geflügelte Wort, das seitdem von tausend akademischen Streibern totgepeitscht worden ist: Der Mensch ist, was er ißt. Als dann im Jahre 1859 wieder ein freischerer Wind zu wehen begann, stand Feuerbach der deutschen Einheitsfrage mit der kindlichen Anti- these gegenüber: Preußen hat wohl den Kopf, aber nicht das Herz, Oesterreich wohl das Herz, aber nicht den Kopf.

Und doch wie sehr immer die Entfremdung vom Kampfe den Geist dieses geborenen Kämpfers verödete, er blieb doch allezeit ein eckter Denker. Liegt man jenes unendlich geschmähte Wort: Der Mensch ist, was er ißt, in seinem Zusammenhang, so will Feuerbach damit nur die tiefe Wahrheit aussprechen, daß von menschlicher Ge- sultung niemals anders als in heuchlerischem Sinne gesprochen werden könne, ehe sich die Massen der Menschheit in menschlichen Zu- ständen befinden. Und wenn er dem deutschen Dualismus im Jahre 1859 mit völliger Unbolschheit gegenüberstand, so hat er den preussischen Sieg von 1866 mit dem epigrammatisch feinen Worte gewürdigt: „Man muß allerdings für Preußen sein, weil man nicht dagegen sein kann, ohne für Oesterreich zu sein. Man muß sich freuen, daß die Kleininstanzen von Teil wenigstens auf- gelassen sind, aber sich ärgern über diese Freude, wenn man bedenkt, daß die preussische Großthat dasselbe Princip, wie diese, nur im großen verfolgt. Sagt man, es sei doch ein Schritt zur Einheit; ja, aber auch zur Unterwerfung unter einen, der sich nicht von den andern Untertanen wesentlich unterscheidet.“

Als Feuerbach so schrieb, lebte er nicht mehr in seinem geliebten Bruderg. War es seine Schuld, um seiner ländlichen Einsamkeit willen aus dem Vorkampfe geschieden zu sein, so hat er sie allzu schwer dadurch gebüßt, daß er am Abend seines Lebens sein feiltes Philo- sophenhemd verlor. Sein letztes Jahrzehnt hat er auf dem Regen- berg bei Nürnberg verbracht, wo er sich vorlam „wie eine Blume ohne Wurzelstumpf, wie ein Fluß ohne Bett, wie ein Bild ohne Rahmen“. Es war eine Martirerstation, wie sie ähnlich Lessing in seinem ver- wundenen Schloße zu Wolfenbüttel erlitten hat. In diesen Jahren des Elends und der Krankheit hat Ludwig Feuerbach noch die deutsche Arbeiterbewegung aufsteigen gesehen und ihre Wälder mit freund- licher Teilnahme verfolgt. Arbeiter stellten dann auch das Haupt- kontingent des gewaltigen Juges, der den toten Denker zu Grabe geleitete. Am 12. September 1872 ist Ludwig Feuerbach gestorben.

Er ruht auf dem Johannisfriedhof in Nürnberg, wo auch Albrecht Dürer und Hans Sachs schlafen. Nachdem die deutsche Bourgeoisie ihn hatte verdingern lassen, hat ein reicher Bourgeois eine prächtige Säule auf sein Grab gestellt. Dauernsler als dies Erzt die das Denkmal, das Ludwig Feuerbach sich selbst gesetzt hat, als einer der großen Befreier, die in der Vorkalle des deutschen Socialismus die ewige Wacht halten. („Neue Zeit“.)

In polizeilicher Obhut. Auf Polizeiwachen passieren doch wirklich die merkwürdigsten Dinge. Das Neueste ist die Nachricht, daß in der Nacht zum Dienstag im Hause Kavalisstraße 8 auf dem im ersten Stock gelegenen Polizeibureau ein von Schulheuten sitztes Mädchen sich zum Fenster hinausgestürzt hat. Wir hatten bisher immer geglaubt, wer in polizeiliche Obhut genommen ist, der werde stets und sofort so gut vermahnt, daß ihm der Weg durchs Fenster un- möglich sei. Aber das war ein Irrtum.

In dem vorliegenden Fall handelt es sich um die durch den Sternbergprozeß bekannt gewordene Ch. L. E. r. t., der seit jenem Prozeß von der Polizei und andren Behörden mehr Aufmerksamkeit gewidmet worden ist, als dem Mädchen dienlich war. Sie war damals in Fürsorgeziehung genommen worden, hatte dann die Erziehungs- methoden verschiedener Anstalten über sich ergehen lassen müssen, denen sie sich gelegentlich durch die Flucht zu entziehen versuchte, war nachher durch ein paar Arrestanstalten hindurchgewandert und sah sich schließlich aus der Fürsorgeziehung entlassen. Trodem verblieb sie noch immer in öffentlicher Pflege. Zuletzt befand sie sich im Berliner Waisenhaus, und von dort entfloß sie gegen Ende vorigen Monats. Die Schulheute, die sie in der Nacht zum Dienstag auf der Straße aufgriffen und sie in ihre Obhut nahmen, erlarmten selbstverständlich, wen sie vor sich hatten. Auch darüber hätten sie eigentlich wohl nicht in Zweifel sein können, daß die Ch. L. E. r. t. zum Neusehen fähig war. Sie soll auf dem Bureau den Schulheuten, die sie vornehmen, sogar gesagt haben, wenn man sie nicht in Ruhe lasse, werde sie sich zum Fenster hinausstürzen. Die Beamten ver- suchten diese Drohung, aber plötzlich schwang sich die Ch. L. E. r. t. Fensterbreit und sprang auf den Hof hinab. Mit schweren Ver- letzungen mußte sie nach der Ch. L. E. r. t. geschickt werden.

Es ist, wie man sieht, nicht immer heilsam, in polizeiliche Obhut zu kommen. Einen Fall anderer Art, und doch in einer Hinsicht ähnlich, haben wir vor einigen Tagen gehabt. Da war auf dem Wedding ein Knischer W. t. t. h. e. r., der einen Unfall erlitten hatte, von der Unfallstation wegen ungebührigen Benehmens ohne Hilfeleistung abgewiesen worden, war nach der Polizeiwache gebracht worden und hatte dort Stunden hindurch ohne ärztliche Hilfe liegen müssen. Wir haben darüber berichtet. Das Polizeipräsidium veröffentlicht jetzt über dieses Vorkommnis eine amtliche Darstellung, die den Verletzten als einen gewaltthätigen Menschen hinstellt, im übrigen aber durchaus das bestätigt, worauf es hier ankommt, nämlich die Thatsache, daß der Verletzte auf der Polizeiwache zurückgehalten wurde und dort ohne ärztliche Hilfe blieb. Der Knischer W. t. t. h. e. r. kann allerdings noch von Glück sagen, denn er hat ja die Polizeiwache lebend verlassen. Es ist aber schon vorgekommen, daß ein trunkener Arrestant in eine Zelle gesteckt und nachher tot darin aufgefunden wurde. „Bermutlich Herzschlag“ hieß es dann. Es ist aber, wie gesagt, nicht immer gut und dienlich, wenn einer in polizeiliche Obhut genommen wird.

Mancher wird hier fragen, ob denn die Polizei nicht verant- wortlich sei für Gesundheit und Leben derjenigen, die sie festnimmt und auf der Wache zurückhält. Ja, wir haben das auch immer gemeint, aber vielleicht ist auch das ein Irrtum.

Auch eine Thätigkeit der Heilsarmee! Eine Arbeiterin war mehrere Jahre im Dienste der Heilsarmee thätig. Sie verkaufte Kriegsrupe und war sonst neben ihrer täglichen Berufsarbeit bemüht, die Interessen der Heilsarmee wahrzunehmen. Schließlich aber zog die Arbeiterin sich von dieser die Heilsarmee fördernden Thätigkeit zurück. Da geschah, was wohl niemand der Heilsarmee zugetraut hätte: Der Fabrikant, bei dem die Arbeiterin beschäftigt ist, wurde durch diese verurteilt, die Arbeiterin wegen ihres Abfalls zu ent- lassen. Ja, man ging soweit, auf die Witin des jungen Mädchens einzuwirken, diesem die Wohnung zu kündigen. Kurzum, die Heils- armee schlug ein Verfahren ein, das mehr nach Gehässigkeit als nach der doch von der Heilsarmee angepriesenen Duldsamkeit ausfiel.

Einen traurigen Abschluß fand ein Erntefest, an dem der Eisen- bahnarbeiter Dalemann mit der Ehefrau und zwei Töchtern teil- genommen hatte. Am Dienstag zu früher Morgenstunde lebte die Familie in ihre Tegelerstr. 51 belegene Wohnung zurück, und Frau Dalemann, die das Kleid schon abgelegt hatte, wollte noch für ihre Angehörigen eine Tasse Kaffee bereiten. Sie legte Holz in die Kochmaschine und darauf Papier, das sie anzündete. Da das Feuer sich nicht schnell genug entfaltete, riß sie das glimmende Papier mit der Hand auf den Fußboden, wo Zugluft durch das geöffnete Fenster fast augenblicklich helle Flammen erzeugte. Diese ergriffen zunächst den Unter- rock der Frau und züngelten mit rasender Geschwindigkeit bis zum Hals hinauf. Obgleich der Ehemann und die beiden Töchter sogleich befsprangen und durch Ueberwerfen von Kleidern das Feuer erlöschten, so konnten sie doch nicht verhindern, daß die Frau schwere Brandwunden an den Füßen, der Brust und am Hals davontrug. Auch der Mann erlitt Brandwunden an der rechten Hand. Nachbars- leute, die durch den Vorgang aufgeschreckt waren, holten einen Arzt, der die Frau nach dem Augusta-Hospital schickte und dem Mann einen Verband anlegte. Die Verletzungen der bewußtlos eingelieferten Frau waren aber so schwer, daß sie eine Stunde später starb.

Vom Dach abgestürzt ist vorgestern vormittag um 11 Uhr in Tegel der 28 Jahre alte Schlosser Adolf Brecher aus der Kemstraße 40. Er war bei dem Neubau der dortigen Gasanstalt auf dem Dach des Beamtenhauses, um daselbst Eisenbleche anzubringen. Dabei verlor er das Gleichgewicht und fiel in die Tiefe. Vermunungslos wurde er nach der Rettungswache in Tegel gebracht, wo drei Rippen- brüche, eine schwere Gehirnerschütterung und ein Bruch des rechten Armes festgestellt wurden. Ein Kopscher Krankenwagen brachte ihn nach dem Paul Gerhardt-Stift, wo er gestern morgen das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt hatte.

Von einem Hengst erschlagen wurde der 47 Jahre alte Knischer Karl Walecki aus der Greifswalderstr. 110. Er bereitete in dem Stall seines Herrn daselbst dem Pferd abends die Streu und erhielt dabei einen Hufschlag vor den Unterleib. Im Krankenhaus am Friedrichshain, wohin W. gebracht wurde, ist er der Verletzung jetzt erlegen.

Den Tod auf den Eisenbahnschienen suchte gestern der 22-jährige Schuhmacher Reibe aus Neu-Weihensee. Er fuhr nach dem Vorortbahnhof Pankow und löste dort eine Fahrkarte nach Berlin. Als er um halb zehn Uhr von Bornsdorf kommende Vorortzug einfuhr, sprang R. plötzlich vom Bahnsteig auf das Geleise. Im letzten Augenblicke schien ihm sein Plan zu gereuen, er erhob sich und wollte das Geleise wieder verlassen. Es gelang ihm jedoch nicht schnell genug. Obgleich der Zugführer mit aller Kraft bremste, konnte er doch nicht mehr verhindern, daß der Unglückliche vom Zuge erlcht ward. Dem Bedauernswerten wurden beide Hüfe oberhalb der Knöchel abgefahren. Außerdem erlitt er schwere innere Ver- letzungen, so daß er hoffnungslos in der Ch. L. E. r. t. darniederliegt.

Infolge eines Traums verunglückte der 38 Jahre alte Kohlen- händler Karl Troschke aus der Steglitzerstraße 65. Er war von einer Vereinskönigin nach Hause gekommen und hatte sich ruhig schlafen gelegt. Am 2 1/2 Uhr hörten die Familienmitglieder vom Hof her einen Schrei, und der 19-jährige Stiefsohn fand seinen Vater auf dem Pfahler liegend vor. Als er hinaufgetragen wurde, konnte er mitteilen, ihm habe geträumt, daß er seinen Knischerobd bestiegen müsse. In dieser Traumvorstellung verließ er das Bett, schwang sich auf das Fensterbrett der 1 1/2. Stock hoch gelegenen Hofwohnung und stürzte hinab. Er wurde mehrere Stunden später mit inneren Ver- letzungen nach Bethanien gebracht und ist dort vorgestern gestorben.

Den Verletzungen erliegen ist der 57-jährige Sohn Willi des Arbeiters Lau aus der Rangierstraße 79. Dort wurde er vor einigen Tagen beim Spielen von einem Wagen überfahren und erlitt sehr schwere Verletzungen beider Oberschenkel.

Gestern gestorben ist die Witwe Wramschmidt aus der Blumen- thalstraße 24. Gestern morgen wurde Frau W. angefallen, auf der Kante ihrer Bettstelle sitzend, tot aufgefunden. Sie ist allem Anschein nach am Abend vorher an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Da ein sofort hinzugerufener Arzt die Todesursache nicht mit Sicher- heit festzustellen vermochte, wurde die Leiche von der Staatsanwalts- schaft beschlagnahmt. Ein Verbrechen ist jedoch nach den bisherigen Ergebnissen des Befundes vollständig ausgeschlossen.

Die Gänsejagd hat wieder begonnen. In der letzten Woche gelangten in Friedrichshagen 74 000 Gänse, 2900 Enten und 8000 Föhner auf den Markt. Der Preis für eine Gans schwankte zwischen 2,70 M. und 3,50 M. Während die Gänse in früheren Jahren fast sämtlich aus russisch-polen kamen, gehen die deutschen Händler mit ihren Anläufen jetzt bedeutend weiter in das Innere von Russland hinein, bis nach Wilna, Minsk und Tschernigow. Nachdem die russischen Behörden sich endlich entschlossen haben, eine veterinäre Ueberwachung des Gänsehandels einzurichten und vor allem dafür Sorge zu tragen, daß zum Gänsetransport gereinigte Wagen zur Verfügung gestellt werden, hat auch das Gänsegeschäft nicht mehr unter der Westgügelcholera zu leiden. In dieser Saison sind auf dem Magerviehhofe noch keine choleraverdächtige Gänse angekommen.

In dem großen Platinadiebstahl, der in dem Laboratorium von Siemens u. Halske in Charlottenburg verübt wurde, wird mitgeteilt, daß die behördlichen Nachforschungen bereits zu wichtigen Ergebnissen geführt haben. Durch Vermittelung einer Platingesellschaft, bei der durch einen Uhmacher ein größeres Stück Platin angeboten wurde, konnte festgestellt werden, daß die Spitzbuben die Schalen bereits zerschritten haben und, wie erwartet wurde, in kleineren Stücken zu verkaufen bemüht sind. Das eine ausgebotene Stück wog 167 Gramm und wurde dem Uhmacher, der in der Landsbergerstraße wohnt, durch einen Auktionshändler aus Charlottenburg zum Anlauf vorgelegt, und der Uhmacher setzte sich mit der Platingesellschaft in Verbindung. Der Charlottenburger Händler G. und ein zweiter Händler aus Berlin wurden beobachtet und heute einem eingehenden Verhör unterworfen. Der erstere, der in der letzten Nacht seine Wohnung nicht aufgesucht hat und das Stück Edelmetall veräußern wollte, wurde vorläufig festgehalten. Die weiteren Nachforschungen, die zugleich von der Charlottenburger und der Berliner Kriminalpolizei betrieben werden, haben bereits zu Ergebnissen geführt, die sich aber im Interesse der Untersuchung zur Veröffentlichung noch nicht eignen.

Eine Gefahr für den Berliner Baumarkt bildet der niedrige Wasserstand. Steine, Sand, Kies, Sand und Mörtel fangen, da die Zufahren auf dem Wasserwege stoden, an Knapp zu werden. In vielen Fällen mußte das Baumaterial, um keine Baumunterbrechung herbeizuführen, per Bahn hergeschafft werden, was bei der sehr erheblichen Preisdifferenz das Bauen wesentlich verteuert.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Ein „inhibierter“ Fadelzug. Der Droschkenbesitzer-Verein von Charlottenburg veranstaltete kürzlich ein Sommerfest in der Schildhorn. Zu diesem Zwecke hatte man auch ein Festkomitee gewählt, welches sich der Mühe unterziehen mußte, Stadlaternen zu besorgen. Ein guter Freund gab ihnen den Rat, sich dieselben aus dem *Volks* Hause kommen zu lassen. Gesagt, gethan. Die Stadlaternen wurden gekauft, und hinaus ging's nach Schildhorn.

Als nun die Zeit herankam, wo Fadelzüge veranstaltet werden, wurden die Stadlaternen angezündet. Der Zug gruppierte sich und die Musik intonierte die Arbeiter-Marseillaise. Der erste Vorführende ging dem Zuge voraus und schlug den Takt dazu. Vorher hatte der Zug seine Kunde gemacht, da, o Graus, wurde man gewahrt, welche Wilder sich auf den Laternen befanden: Marg. Raffalle, Liebnecht, Bebel und andre mehr. Die Sprüche waren durchweg Arbeiterprüche wie: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ und ähnliche. Ein grauenerregender Schrecken bemächtigte sich der Festteilnehmer. Vorstand und Festkomitee stürzten sich wie rasend auf die Kinderkar, rissen ihnen die Laternen aus den Händen und zertraten dieselben. Dann stürmte man auf die Musiker los und fragte sie, wie sie ein derartiges Spiel spielen könnten? Die Musiker antworteten: „Die Kinder zu einem Fadelzuge passe man den Laternen an; aber wenn man es verlange, spiele man auch „Deutschland über alles“ oder „Heil Dir im Siegerkranz“. Die Musik intonierte nun den letzteren Kantus. Die Gemüter beruhigten sich wieder, und der Fadelzug konnte nun, ohne Laternen, zu Ende geführt werden. Das Ansehen und die Autorität des Vereins waren wieder hergestellt!

Niedorf. Aus Verzweiflung einen Selbstmordversuch begangen hat der 22 Jahre alte Bauarbeiter Mag. Hoinacki, welcher Hermannstr. 206 bei den Eltern wohnt. Der bedauernswerte junge Mann leidet seit einigen Jahren an Krampfanfällen; sobald dies nun auf den Bauten, auf welchen H. Beschäftigung findet, bekannt wird, erfolgt seine Entlassung, da die Vorgesetzten bei einem Unglücksfall des H. natürlich Scherereien fürchten. Nachdem H. in letzter Zeit wiederholt lediglich wegen seines Leidens die Arbeit verloren hatte, packte ihn eine solche Verzweiflung, daß er beschloß, seinem Dasein ein Ende zu machen. Am Dienstagmorgen befand er sich in einem Solal in der Hermannstraße, wo er, bevor es der Wirt verhindern konnte, eine Flasche Lysol austrank. Man brachte den Lebensmüden sofort nach der Unfallstation XII, wo der Arzt eine Magenentleerung vornahm. Nachdem dies geschehen, wurde H. nach der städtischen Krankenanstalt geschafft. Sein Zustand ist aber ein derartiger, daß er kaum am Leben zu erhalten sein wird. — Ein schwerer Bau-Unfall ereignete sich auf dem Neubau Cammerstraße 16. Durch Bruch eines Gerüstbrettes stürzte der verheiratete Maler Hermann Riech aus der Prinz Handjerystraße 86 aus dem vierten in den dritten Stock hinab und zog sich dabei außer schweren Kopfverletzungen einen Bruch des linken Armes zu. M. wurde nach dem Krankenhaus geschafft. — Einbrecher suchten nachts einen im Hause Berlinerstraße 99 belegenen Schlächterladen heim und entwendeten einen größeren Kasten Salamitwürste und drei rote Schinken. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Schöneberg. Zur Einleitung des Enteignungsverfahrens des zum projektierten Schöneberger Stadtpark und der Straßen R und T benötigten Geländes ist jetzt Termin seitens des Regierungspräsidenten anberaumt. Es kommen im ganzen etwa 209,04 A in Betracht, von denen der größte Teil der zur bebauungsmäßigen Anlegung des Stadtparkes und der genannten Straßen erforderlichen Terrains den bekannten Familien Willmann und Wette gehören. Der seiner Zeit geforderte Preis war ein solch hoher, daß die Kommune notwendigerweise diesen Weg beschreiten mußte. Offenbar wird das Verfahren nicht zu sehr in die Länge gezogen, damit Schöneberg schon in den nächsten Jahren zu seinem Stadtpark kommt.

Gerichts-Zeitung.

Das Todesurteil gegen den Heiligheisen Walthar.

Einem Appell an die Gnade giebt Justizrat Dr. Stranz in der „Deutschen Juristenzeitung“ in folgender Weise Ausdruck: „Der Heiligheise Hugo Walthar ist am 29. April vom Schwurgericht II Berlin wegen Mordes, begangen an seiner Frau, zum Tode verurteilt worden. Das Reichsgericht hat formale Mängel nicht entdedt und die Revision verworfen. Das Todesurteil ist also rechtskräftig. Soll es vollstreckt werden?“

Die That hat keines Sterblichen Auge gesehen, keines Sterblichen Mund sie bezugt. — Der Angeklagte — eine wenig sympathische Erscheinung — leugnete, beteuerte seine Unschuld. Die Frau war von einem gemeinschaftlichen Auszug der Eheleute, auf dem sie sich trennten, nicht zurückgekehrt. Sie ist in der Lage einer Erhängten nahe einem Vorortbahnhof aufgefunden worden. Verdachtsmomente, Indizien, aber keine zwingenden Beweise, wurden gegen den Angeklagten ins Feld geführt. In der Weisheit liegt eine entscheidende Lücke. Der Rechenbefund schließt die Möglichkeit nicht aus, daß die Frau freiwillig aus dem Leben geschieden ist, ja hierfür spricht die Wahrscheinlichkeit. Zu diesem Endergebnis gelangten die vernommenen Gutachter, darunter

Ramen von Klang, Kerzle und Chemiker. „Eine Selbsterhängung in der Lage, wie die Leiche gefunden wurde, ist möglich.“ Darüber hinaus gaben zwei andre Sachverständige ihre Gutachten wie folgt ab: „Die Strangulationsmarke war die typische, wie man sie bei Erhängten findet. . . . Es mußte nach allem Selbstmord angenommen werden.“

„Wie man auch principiell zur Todesstrafe steht, hier handelt es sich geradezu um einen typischen Fall, der die Ausübung der Gnade, die Nichtvollziehung der Hinrichtung erheischt. Zu viel Zweifel, zu viel der Möglichkeit, es könne der „Wahr“spruch der Geschworenen ein Fehlurteil sein. Und selbst die fernste Möglichkeit eines Irrtums gebietet hier, Gnade walten zu lassen. Denn diese Strafe, der Tod, ist unwiderruflich. Ist das Rad der Gerechtigkeit über das Leben eines Menschen hinweggegangen, dessen Blutschuld nicht erweisen ist, so kommen die Folgen des durch den Justizirrtum erzeugten Schadens auf den Staat zurück. Das Vertrauen auf die Gerechtigkeit ist erschüttert; das Opfer wird zum Rächer.“

Eine wahre Unglücks-Automobilkatastrophe führt der Droschkenführer Matthias Wolf, der gestern unter der Anlage der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung vor der zehnten Ferienstrassammer des Landgerichts I stand. Als der Angeklagte am 25. Juni d. J., von der Charlottenstraße kommend, langsam in die Friedrichstraße einbog, hatte er das Unglück, zwei Arbeiterburden zu überfahren, von denen der eine sich an seinem Rade zu schaffen machte, während der andre zufuhr. Einer der Ueberfahrenen ist infolge der erlittenen Verletzungen verstorben, der zweite ist wieder genesen. Der Angeklagte erklärte, daß es ihm ein Rätsel sei, wie das Unglück habe passieren können. Er sei ganz langsam und vorsichtig gefahren. Mit einem Male habe das Auto dem Steuer nicht mehr gehorcht, sondern habe seinen Weg direkt auf die beiden Burden zu genommen. Er könne nur annehmen, daß ein Stein oder irgend ein anderer Gegenstand auf dem Pflaster gelegen habe und dem Wagen eine andre Richtung gegeben habe. Der gerichtliche Sachverständige Altmann erklärte, die fragliche Automobilkatastrophe sei eine der ältesten, welche in Berlin im Betriebe sind, ihre Konstruktion stehe auf dem niedrigsten Niveau. Es sei dieselbe Automobilkatastrophe, durch welche derzeit Frau Professor Schulte-Aien tödlich verunglückte. Er müsse die Konstruktion der Maschine als mangelhaft bezeichnen und halte es sehr wohl für möglich, daß durch einen Stein oder einen sonstigen von dem Willen des Angestellten unabhängigen Umstand die verhängnisvolle Wendung des Automobils herbeigeführt sei. Auf Grund dieses Gutachtens beantragte der Staatsanwalt die Verurteilung. Er war der Meinung, daß sich die Verschuldigung im Sinne der Anlage nicht aufrecht halten lasse, daß aber eine Fahrlässigkeit sowohl für den Eigentümer der Droschke als auch für den Fahrer sich infolgedessen annehmen lasse, weil ersterer eine Droschke von so mangelhafter Konstruktion, durch welche jeden Augenblick ein Unglücksfall herbeigeführt werden könne, überhaupt noch im Betriebe halte, letzterer aber eine solche Droschke fahre.

Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalts Mühlmann, an und erkannte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

An den Prozeß gegen das Professor Meyersche Ehepaar erinnerte die Verhandlung, die die vierte Ferienstrassammer des Landgerichts I zwei Tage hindurch beschäftigt hat. Auf der Anklagebank befanden sich, des Arztschuldens in vielen Fällen beschuldigt, der 63jährige frühere Bankbeamte Ludwig Joel, dessen gleichaltrige Ehefrau Elise Joel und deren Sohn, der frühere Lieutenant Otto Joel. Gleich den Meyerschen Eheleuten sollen die Angeklagten es verstanden haben, auf Kosten ihrer Mitmenschen Jahre hindurch ein frohes, genußreiches Leben zu führen. Der erste Angeklagte ist 33 Jahre lang bei der Berliner Diskonto-Gesellschaft angestellt gewesen. Er bekleidete dort zuletzt die Stellung eines Abteilungschefs und Prokuristen und bezog ein Jahresgehalt von 8000 M. Die Ehe war mit fünf Kindern, zwei Knaben und drei Mädchen, gesegnet, die sämtlich jetzt erwachsen sind. Der älteste Sohn widmete sich der militärischen Laufbahn, der zweite studiert Jura, von den drei Töchtern ist eine an einen Pastor verheiratet. Ende der neunziger Jahre zeriet der Angeklagte mit seiner Direction in Differenzen, er wurde plötzlich entlassen, erhielt aber eine Pension von 5000 M. Es hat sich später herausgestellt, daß Joel damals bereits sich in Spekulationen eingelassen hatte, die fehlerhaft waren. Damals schon drückten ihn Schulden. Sein Sohn, der als Lieutenant bei einem Infanterie-Regiment stand, erhielt jährlich 1000 M. Zuschuß, als die Tochter heiratete, erhielt sie außer der Aussteuer 3000 M. Mitgift, das Studium des zweiten Sohnes erforderte ebenfalls erhebliche Kosten, dazu kam der tägliche Aufwand, der sich nicht immer in den bescheidensten Grenzen bewegte. Als nun plötzlich die Jahreseinnahme um 3000 M. herabgesetzt wurde, war es dem Familienoberhaupt nicht möglich, den ihm obliegenden Verpflichtungen nachzukommen. Dazu kamen noch Unglücksfälle anderer Art. Der Lieutenant Joel stürzte mit dem Pferde, er hatte ein längeres Krankenlager zu bestehen, wurde beurlaubt und erhielt schließlich seinen Abschied, da auch er damals schon erhebliche Schulden gemacht hatte. Es ging nun schnell bergab mit der unglücklichen Familie, die von einer Wohnung zur andern zog, bald in Charlottenburg, bald in Halensee wohnte. Der Vater verlor auf jede Weise Geld zu verschaffen, und als der Sohn nach Hause kam, verfolgte sie dies Ziel gemeinschaftlich. Es wurden Besuche durch die Zeitungen veröffentlicht, wonach „ein höherer Staatsbeamter“ ein Darlehen gegen hohe Zinsen suchte. Namen die Geldgierigen zu dem Geldbedürftigen, so wurde ihnen die prunkvolle Einrichtung der großen Wohnung gezeigt und versichert, daß alles unumfängliches Eigentum des Mieters sei. An diesen falschen Verspiegelungen beteiligte sich auch die Ehefrau Joel, obgleich sie wußte, daß die eignen Sachen längst bis aufs letzte Stück abgeholt waren und sie sich mit Leihmöbeln behelfen mußten. Ein einziger Vertrauensvollstehender hatte bei dem Angeklagten allein über 100 Pfändungen vorgenommen. Der eingeschlagene Weg konnte nur dazu dienen, die Schuldenlast bis ins Ungeheure zu erhöhen. Der Sohn verfuhr in gleicher Weise wie der Vater. Er gab sich in seinen Darlehensgesuchen immer noch als Offizier aus, obgleich er es längst nicht mehr war, liebte es auch, durch Erscheinen in Uniform seiner Behauptung den Stempel der Wahrheit aufzudrücken. Schließlich versagten alle Hilfsquellen und die Katastrophe brach über die Familie herein. Der Vater wurde in Haft genommen.

Zum gestrigen Termin waren gegen 50 Geschädigte als Zeugen geladen, welche die Angeklagten schwer belasteten. Der Angeklagte Joel sen. verfuhr die ganze Schuld auf sich zu nehmen, seine Mitangeklagten mühten nichts von seinen Geldgeschäften. Der Staatsanwalt hielt alle drei Angeklagte für schuldig und beantragte gegen Joel sen. 1 Jahr, gegen die Ehefrau 1 Monat, gegen Joel jun. 8 Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Davidsohn, hob eine Menge Milderungsgründe hervor und bat um ein möglichst niedriges Strafmaß. In betreff der Ehefrau Joel plaidierte er auf Freisprechung.

Nach mehrstündiger Beratung verurteilte Landgerichtsdirektor Geheimer Justizrat Brande das Urteil. Es lautete gegen Ludwig Joel auf 1 Jahr Gefängnis, gegen die Ehefrau Joel auf 150 M. Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle auf 1 Monat Gefängnis, gegen Otto Joel auf 4 Monate Gefängnis.

Vermischtes.

Gewitter und Feuersbrünste.

Aus Breslau wird gemeldet: Von einer furchtbaren Feuersbrunst wurde die Ortschaft Wabinitz im Kreise Lublinitz heimgesucht. Zwölf Wohnhäuser und elf Scheunen nebst

Nebengebäuden sind niedergebrannt. Da die Bewohner auf dem Felde beschäftigt waren, konnte fast nichts gerettet werden. Alles Inventar, ein Teil der Ernte und viel Vieh ist verbrannt. Das Elend ist groß.

Bei Preßler im Kreise Westphalensland traf der Blitz einen beladenen Erntewagen; eine darauf sitzende Arbeiterfrau ist, da das Korn in Brand geriet und sie, vom Blitz betäubt, sich nicht in Sicherheit bringen konnte, vollkommen verbrannt. In der Kolonie Kupferhammer bei Eberswalde ist die Arbeiterfrau Friedrich, während sie am Nachher stand, vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet worden; ihr Körper wurde halb verbrannt.

Aus London schreibt man: London wurde gestern nachmittag von ungewöhnlich starken Gewittern heimgesucht, die von wolkenbruchartigem Regen begleitet waren. Verschiedene Personen wurden vom Blitz getroffen und teilweise sofort getötet, teilweise schwer verletzt. In verschiedenen Teilen der Stadt waren die Straßen demmaßen überschwemmt, daß der Verkehr nicht aufrecht erhalten werden konnte. Die Untergrundbahn, die bei solchen Gelegenheiten immer besonders zu leiden hat, war wieder an verschiedenen Stellen demmaßen unter Wasser gesetzt, daß einige Züge in die größte Gefahr gerieten. Zwei Züge wurden von den Fluten in den Tunneln unerwartet erfasst und zwar so, daß sie sich weder vorwärts noch rückwärts bewegen konnten. Die Verwirrung unter den Passagieren sowohl, als unter den Beamten der Bahn war groß, und die Erschrecken konnten nur mit Mühe die Stationen zu Fuß erreichen. Die Westminster Hall war ebenso wie viele Häuser in den verschiedensten Distrikten vollkommen unter Wasser gesetzt. Aus allen Teilen der Provinz kommen übrigens Berichte über gleichartiges Unwetter, und überall scheinen die Früchte auf dem Felde außerordentlich gelitten zu haben. In Nordwales wurden ein Herr und eine Dame, die gerade über den Stamm eines Berges gingen, von dem Blitz getroffen und sofort getötet. Auch verschiedene Landleute, die auf dem Felde arbeiteten, wurden vom Blitze erschlagen. Kurz vor dem Unwetter war die Hitze so unerträglich, daß viele Personen an Hitzschlägen starben.

Ein schändliches Verbrechen haben am Sonnabend in Binzerla bei Jena mehrere junge Leute an einer verheirateten Frau verübt. Sie machten dieselbe betrunken, führten sie dann ins Freie, entkleideten sie bis aufs Hemd und vergewaltigten sie. In diesem Zustand wurde die Unglückliche am Sonntagmorgen von ihrem Ehemann, einem Gutsknecht, aufgefunden. Die Mörder hingen auf Bäumen. Den Verbrechen ist man auf der Spur.

In der Verbrechergalerie! Die Weltausstellung in St. Louis hat auch eine Verbrechergalerie. Die Gesichter der Räuber, Mörder, Diebsteher, Hehler und Schwindler aller Arten, oder vielmehr nur der unteren Arten, kann man dort studieren. Die „Chicagoer Arbeiter-Zeitung“ berichtet, daß in dieser Verbrechergalerie auch die Porträts von August Spies, Albert Parsons, George Engel, Adolf Fischer und Louis Lingg zu erblicken waren. Das sollte man kaum für möglich halten. Die genannten fünf standen an der Spitze der Arbeiterbewegung von Chicago im Jahre 1886. Sie mußten am Galgen sterben als Mädeoper für den Bombenwurf auf dem Heumarkt am 4. Mai 1886, durch welchen mehrere Polizisten ihr Leben verloren. Tausende von Arbeitern feierten in Amerika jährlich den 11. November 1887, den Todestag jener Männer, als einen Tag, dem Andenken von Märtyrern gewidmet. Der demokratische Gouverneur Aligeld von Illinois hat in einer Rechtfertigungsschrift, herausgegeben am 28. Juni 1893, jene „Verbrecher“ als Opfer eines infamen Justizmordes der ganzen Welt gezeigt. Durch diese Schrift begnadigte er zugleich drei Mitangeklagte, die seit jenem Prozeß im Gefängnis schmachteten, weil sich noch kein Gouverneur gefunden hatte, der so ehrlich und furchtlos war wie Aligeld. Auch unsere Reichstagsfraktion trat 1887 für jene „Verbrecher“ ein, weil sie von der Unschuld derselben überzeugt war und telegraphierte dementsprechend an den damaligen Gouverneur von Illinois. Die kapitalistische Presse in den Vereinigten Staaten hat nie aufgehört, von diesen Mädeopern der Bourgeoisie als von gemeinen Verbrechern zu reden, und diesem Verhale der Presse entspricht allerdings die Einreihung in einer Verbrechergalerie. Vorurteil und Unwissenheit haben diese Klüte getrieben, sonst müßte man eine absichtliche Verunglimpfung des Andenkens jener Männer annehmen.

Ohliss. In der verfloffenen Nacht erschloß aus Eifersucht ein Schuhmachermeister ein Dienstmädchen und hieauf sich selbst.

Ein Opfer der Arbeit. Ein Arbeiter des Kruppischen Establishments wurde durch aus dem Hochofen stehenden glühenden Schlackenand an beiden Beinen lebensgefährlich verletzt.

Sagen i. B. Ein hiesiger Sattler war mit einem andern Arbeiter auf Wildbeute ausgegangen. Infolge eines unglücklichen Zufalles wurde der Sattler durch einen Schuß aus dem Gewehr seines Complicen getötet. Der Arbeiter stellte sich der Polizei.

Salzburg. Zwei Bedienstete der Aluminiumfabrik Leud, Josef Schmidgruber und Frau Müller, sind beim Ebelweihpfänden vom Varnlogel abgestürzt. Die Leichen wurden nach Auris gebracht.

Ebesheim (Wfalz). Durch einen von Kindern verursachten Brand wurden hier drei Häuser eingäschert. Zwei Pferde kamen in den Flammen um.

Strasbourg. In dem Grubenschacht in de la Roue bei Homecourt ereignete sich ein gräßliches Unglück. Durch die Explosion einer Mine wurden zwei Bergleute getötet, zwei andere trugen schwere Verletzungen davon.

Lemberg. Bei dem schon gemeldeten Brande in Sotolow sind 600 Wohnhäuser niedergebrannt.

Kastel (Ungarn). Durch eine gewaltige Feuersbrunst wurden hier 50 Gebäude eingäschert. Große Futtermittelvorräte sind verbrannt.

Fransösischer Blitz. Im Bureau des Herrn Direktors. — „Ich würde Sie ja gern engagieren, mein Fräulein, aber haben Sie schon jemals Raiventrollen gespielt?“ — „Aber natürlich, Herr Direktor, ich war ja dreimal verlobt!“ — Konsultation. — „Ich sage Ihnen, Kollege, es ist ein ganz schredlicher Fall. Der Patient ist in seinem Leben schon von zwölf Ärzten aufgegeben worden!“ — „Was für eine Krankheit hat er denn?“ — „Er bezahlt die ärztlichen Rechnungen nicht!“ — Im Redaktionsbureau. — „Wie kommt es denn, Herr Doktor, daß wir schon seit längerer Zeit nicht mehr Ihre geistreichen Schwiegermutterserge in unserer Scherzede finden?“ — „Ich bin jetzt verheiratet, Herr Redakteur, und ich kann Ihnen sagen, daß mir die Lust zu scherzen vergeht, wenn ich meine Schwiegermutter ansehe.“ — Unter Freundinnen: — „Ich sage Dir noch einmal, mein Mann ist ein Lump!“ — „Du übertriebst vielleicht, Besie. Du solltest erst einmal mit meinem Mann zusammenleben!“ — „Ohi sei nur ruhig, den kenne ich auch!“ — Fräulein de Barriere, eine sehr kleine Schauspielerin an einem sehr großen Theater, hat von der Geographie und von der Mathematik nur sehr unklare Begriffe. „Wie weit ist es eigentlich von Paris nach Zouville?“ fragt sie einen ihrer Freunde. — „220 Kilometer!“ — „Auch in der ersten Klasse?“

Eingegangene Druckschriften.

Dr. med. H. Smith, Dergührungen und Neuralgien. Neue Gesichtspunkte und Methoden zur Erkenntnis, Beurteilung und Behandlung von Herzleiden und von allen abhängigen Nervenstörungen. — Preis 50 Pf. Verlag von Hans Baas Köhler, (L. Abel), Berlin S. 14.
Dr. Max Hpt., Kaufmannsgericht, Gutentagliche Sammlung deutscher Reichsgerichte. Nr. 74. Preis gebunden in ganz Leinwand 1,50 M. Berlin 1902. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H.

Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Catifer und Berufs-Genossen Deutschlands "Gefinnung" (G. D. Nr. 64). Sonnabend, den 30. Juli, im Gewerkschaftshaus: Quartalsversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Wahl des halben Vorstandes. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Jahrestages Erbknecht der Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Wohnanschrift beizulegen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Schlußzeit: 7 Uhr.

N. S. 40. Wenn bei der Annahme der Teilzahlung kein Vorbehalt gemacht ist: in der Regel nein. Was in Ihrem Falle zutrifft, läßt sich ohne Kenntnis des Mietvertrages und der näheren Umstände des Falles nicht beurteilen. — **N. S. 3.** Ihr Freund kann sowohl rechtlich das Krankentamb ohne Kaufteil für sich verlassen. Andererseits läßt sich nur bei einer genaueren Kenntnis des Sachverhalts eine sichere Antwort erteilen. Die Rechtslage ist folgende: Es kann die Berufsgenossenschaft an Stelle der ärztlichen Behandlung dem verheirateten Verletzten freie Kur und Versorgung in einer Heilanstalt gegen den Willen des Verletzten genehmigen, wenn die Art der Verletzung Anforderungen an die Behandlung oder Versorgung stellt, denen in der Familie nicht genügt werden kann, oder wenn der für den Aufenthaltsort des Verletzten am liebsten bestellte Arzt bezeugt, daß Zustand oder Verhalten des Verletzten eine fortgesetzte Beobachtung erfordert. Der Entschädigung kann der Verletzte nur verweigert werden, wenn er ohne zureichenden Grund die Krankenbehandlung abgelehnt hat, wiewohl die Berufsgenossenschaft in einem beratungsfähigen Weisheit auf die Folgen hingewiesen hatte. Sein volles Entschädigungsrecht lebt mit dem Zeitpunkt

weiter auf, wo er die Bereitwilligkeit erklärt. — Handelt es sich aber um eine Einordnung einer Krankenkasse, so sind deren Statuten maßgebend. — **N. S. 65.** 1. Rein. 2. Vollzweier. 3. Vielleicht läßt sich eine Klage gegen den Vornamen durchsetzen. — **G. R. 1899.** 1. Bis zur Heirat kann die Einwilligung zur Heirat vom Vater der minderjährigen Braut zurückgezogen werden. 2. Die Rechte ehemaliger Verlobter gegen einander richten sich danach, ob der Rücktritt ohne Grund erfolgt ist: das würde in Ihrem Falle nicht angenommen werden. Die Verlobungszeit und Geschenke sind stets anzuzurechnen. 3. Geburtsurkunden und Militärpapiere gebrauchen Sie zwecks Verschleierung. 4. Rauberei befreit vom Militärdienst. — **N. S. 77.** Wenden Sie sich an die Stellenbesetzung. — **Wiederzuerstehen.** Wenn in dem Mietvertrag nicht das Gegenteil vereinbart ist: ja. — **Schmoor.** Das Geld fließt in die Gemeindefasse. — **S. Vernon.** Städtische Dienstboten sind in Preußen nicht krankensicherungspflichtig, gehören also, falls sie nicht selbst einer Krankenkasse freiwillig beigetreten sind, einer Krankenkasse nicht an. Im Falle einer Erkrankung ist die Herrschaft verpflichtet, bis zur Dauer von sechs Wochen für die erforderliche Verpflegung und ärztliche Behandlung zu sorgen. Wegen die hierdurch entstehenden Kosten kann sie den in die Erkrankungszeit fallenden Lohn ausrechnen. Demnach wäre die Herrschaft zum Ersatz des von Ihnen veranlagten Betrages verpflichtet. — **M. W. 100.** 1. und 2. Wenden Sie sich an die Direktion der Eisenbahn und der Post. 3. Kauf Grund des alten Urteils können die Juugsohnverträge vornehmen lassen. — **Gen. Sch.** Friedensübungen. Die Familien der zu Reserve-, Landwehr- oder Seewehr-Übungen Einberufenen haben einen Anspruch auf Unterstützung. Die Höhe der täglichen Unterstützung beträgt: für die Ehefrau 30 Proz. für jedes eheliche Kind unter 15 Jahren sowie ferner falls Kinder über 15 Jahren, Eltern, Großeltern oder Geschwister von dem Einberufenen unterhalten werden, auch für diese je 10 Proz. des ordentlichen Tagelohns für erwachsene männliche Arbeiter am Aufenthaltsort des Einberufenen. Jedoch darf der Gesamtbetrag der Unterstützungen 60 Proz. des Betrages des ordentlichen Tagelohns nicht überschreiten. Der Antrag ist mündlich oder schriftlich von dem Einberufenen oder den Unterstützungsberechtigten bei der Gemeindebehörde anzubringen, in deren Bezirk der Unterstützungsberechtigten seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat. Der Anspruch auf Unterstützung erlischt, wenn er nicht binnen vier Wochen nach

Beendigung der Übung gestellt ist. Die Unterstützung wird in halbmönatlichen Raten gezahlt. Der ordentliche Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter beträgt sowohl für Berlin wie für Schöneberg 2 M. 90 Pf. — **Zwei Wettende 23. M. 3. und M. 127.** Der Lust hat, kann zur katholischen, evangelischen, jüdischen, mohamedanischen oder sonst einer Religion übertritten. Der Übertritt erfolgt durch ausdrückliche Erklärung. Welche Schritte erforderlich sind, ob und welches Bekenntnis abzulegen ist usw., um als Mitglied der Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden, darüber führt der Heberungsamtliche durch einen schriftlichen Bescheid seinen Religion. 2. Vor der Heirat müssen mindestens 300 Mark geleistet sein, um einen Anspruch auf Rückzahlung zu begründen. — **Z. 100.** Leider ja.

Marktpreise von Berlin am 26. Juli. Nach Ermittlungen des Igl. Voller-Präsidenten. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,40—17,38 M., mittel 17,36—17,34 M., geringe 17,32—17,30 M. Roggen**, gute Sorte 13,70—13,68 M., mittel 13,66—13,64 M., geringe 13,62—13,60 M. Hafer**, gute Sorte 14,00—13,70 M., mittel 13,60 bis 13,70 M., geringe 12,60—11,70 M. Gerste**, gute Sorte 16,00—15,30 M., mittel 15,20—14,50 M., geringe 14,40—13,80 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—28,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—26,00 M. Linfen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, neue, 12,00—8,00 M. Nichtroh 4,32—4,00 M. Senf 7,40—5,60 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,00 M. Eier per Schock 4,00—2,40 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 26. Juli. Elbe bei Magdeburg — 0,77 Meter, bei Dresden — 2,19 Meter, bei Regensburg + 0,10 Meter. — Unstrut bei Stanghüt + 0,60 Meter. — Oder bei Breslau Ober-Regel + 4,14 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 1,83 Meter, bei Frankfurt + 0,16 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 1,75 Meter. — Barthe bei Posen — 0,18 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 28. Juli.

Anfang 7^{1/2} Uhr:

Neues königl. Opern-Theater.
Der Prinzgemahl. (Lo Mari de la Reine.)

Belle-Alliance. Gastspiel von Emil Winter-Tymians 15 Humoristen und Sängern. (Zweite Woche!) Vollständig neues Programm. Zum Schluß: Ein Polkaabend-Schnee bei Leutenants.

Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.)

Der Troubadour.

Wekten. Liebeshandel.

Central. Die Kamellen. Wünsche und Nimmels. Hanne Nites Abschied. Jochen Pöfel. Ein kleiner Beamter.

Carl Weh. Der Weg zum Herzen. Metropol. Ein tolles Jahr.

Nipoko. Venus auf Erden. Spezialitäten.

Stadt-Theater Moabit. Großstadt-gauber.

Reichshallen. Gastspiel von Max Junghähnel humoristisch. Herren-gesellschaft.

Passage-Theater. Terka Semmeloff. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.

Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Morwitz-Oper.

Donnerstagabend 8 Uhr:

Gastspiel Heinrich Büdel. Der Troubadour.

Große Oper in 4 Akten von G. Verdi. Freitagabend 8 Uhr:

Zum 1. Male:

Der polnische Jude. Volkoper von Carl Weh.

Sonnabendabend 8 Uhr:

Gastspiel Heinrich Büdel. Fra Diavolo.

Der Sommergarten ist eröffnet.

Im Garten des Schiller-Theaters N. Täglich großes Militär-Konzert.

Central-Theater

8 Uhr: Einakterabend aus Fritz Reuters Werken: 1. Die Kamellen. 2. Wünsche und Nimmels. 3. Hanne Nites Abschied. 4. Jochen Pöfel. 5. Bräutigam letztes Stündlein. 6. Ein kleiner Beamter.

Emil Richard, Igl. Hofkapellmeister, a. O. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres: Ein tolles Jahr.

Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollander. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

7^{1/2} Uhr: Gr. Gartenkonzert.

8—9^{1/2} Uhr: Letzte Woche der Attraktionen des gr. Juli-Spezialitäten-Programms.

9^{1/2} Uhr:

Venus auf Erden.

Operette von

Paul Lincke.

Fritz Leichter. — Robert Steidl.

W. Noacks Theater.

Direktion: Ass. Dir. Brunnstr. 16. Kolossaler Lacherfolg des Volksstücks

Abel und Nadel,

oder: Berlin W. und Berlin N. Anf. 6 Uhr. Kaffeetische von 3 Uhr ab. Während und nach der Vorstellung: Ball. Bei schlechtem Wetter Vorh. im Saal.

Verantwortl. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania.

Taubenstr. 48/49.

Um 8 Uhr im Theater:

Die Insel Rügen. Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.

Der unverwundbare Fakir!!

Die zusammengewachsenen Schwestern Rosa u. Josefa.

Passage-Panopticum.

Das Bärenweib, lebend.

Der 16-jährige Rissanknabe

Der lange Josef

217 cm gross.

Nada und Anemos.

Gedankenleser.

Der Leichenfund.

Agä, die schwebende Jungfrau.

Alles ohne Extra-Entree.

Etablissement Fuggenhagen

Moritzplatz.

Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.

Zu großen schattigen Naturgärten jeden Abend 8 Uhr:

Konzert.

Dienstage, Donnerstage, Sonntage:

Führmann—Walde-Sänger.

Sonnabend:

im Kaiseraal: Tanz.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.

Nur noch 4 Aufführungen.

Der Weg zum Herzen.

Anfang 8 Uhr.

Sonntagvormittag 3 Uhr halbe Preise:

Der Weg zum Herzen.

Im Garten: Neue Benefiz für

Los Violettas.

Theater und Spezialitäten-Vorstellung

Anfang 5^{1/2} Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Im Theater abends 7^{1/2} Uhr:

Winter-Tymians

Humoristen und Sänger.

Urförmliche Szenen und Vollen!

Zum Schluß: Ein Polkaabend-

Schnee bei Leutenants. Urförmliches

militärisches Gesangsstück von Winter-

Tymians.

Am Sommergarten von 6 Uhr ab:

Carl Goldmann-Konzert.

8 Uhr ab: Glänzendes Spezialitäten-

Programm. U. a.: Dr. Zaccari, Regere-

centrist. — Bender u. Richter, Humo-

risten. — Paul Quintel. — Die

Ballis. — Die Schäfers. — Ho da

Tolla, sensationelle Kabarett.

Sonnabend, d. 30. Juli: Sommer-

nachtsfest und Witzige-Konzert.

„Perzopolonast“, Ueberraschungen

und Tanz. Entree 1 M.

Gebrüder

Herrnfeld-Theater.

Montag, den 1. August d. J.:

Wieder-Eröffnung.

(XIII. Berliner Winter-Saison.)

Die bedeutendsten Schläger

aller Genres, die mit denen

Neue Freie Volksbühne

Die I. Serie der Vereins-Vorstellungen für das Spieljahr 1904/5

beginnt am 4. September im Neuen Theater mit

Die Kindesmörderin.

Bürgerliches Trauerspiel von Heinrich Heppold Wagner.

Die II. Serie am 2. Oktober im Schiller-Theater N. mit

König Lear.

Tragödie von Shakespeare.

Die Mitgliedskarten müssen bis spätestens 15. August um-

getauscht werden; Mitglieder, die diese Umtauschkarte verfallen,

können sich erst nach dem 15. August, und nur für die Abteilungen,

in denen noch Raum vorhanden ist, neu einschreiben lassen. (Ein-

schreibgebühr 1 M.)

Eine neue Abteilung (VI)

wird im Oktober eröffnet.

Anmeldungen hierzu werden in allen Zahlstellen entgegen-

genommen. 150/14*

Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.)

Sonnabend, 30. Juli, abends 8 Uhr:

Fra Diavolo.

Romische Oper von Kuber.

Heinrich Büdel als Gast.

Billets für Mitglieder a 1,25 M., für Gäste a 1,50 M. sind in

allen Zahlstellen sowie beim Kassier zu haben.

Der Vorstand.

S. K.: Heinrich Nest, Kassierer, Bismarckstr. 6.

Montag, 1. August, abends 8 Uhr:

Der Postillon von Lonjumeau.

Romische Oper von H. Adam.

Heinrich Büdel als Gast.

Billets für Mitglieder a 1,25 M., für Gäste a 1,50 M. sind in

allen Zahlstellen sowie beim Kassier zu haben.

Der Vorstand.

S. K.: Heinrich Nest, Kassierer, Bismarckstr. 6.

Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13—15. — Heftige Leitung: Paul Mühlitz.

Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten

Kinderspiele. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

2 hochlegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.

In den Sälen:

Grosser Ball.

Flotten-Schauspiele

Kurfürstendamm 159/160. Fernsprecher: Amt Wl. No. 343.

Strassenbahn-Verbindung mit Linien 91, A, T, V, A/E.

Wochentags Vorstellungen 4 und 8 Uhr,

Sonntags 3, 5^{1/2}, und 8 Uhr.

Grösste Wasserschauspiele der Welt.

Die Flotte im Frieden und im Kriege.

Beschlossener von Port Arthur und in die Luftsprangen von

Kriegsschiffen durch die japanische Flotte.

◆ Vollständig gedeckte Tribüne. ◆ Konzertmusik. ◆

Preise der Plätze: Nachmittags M. 3,10, 2,60, 1,60,

1,10, 0,85, 0,40, abends M. 4,10, 3,10, 2,10, 1,60, 1,10, 0,55

einschließlich Programm.

Tagesskassa von 10 Uhr vormittags an geöffnet.

Vorverkaufskarten sind in den durch Plakate kennt-

lichen Geschäften von Loeser & Wolf und im

Warenhaus A. Wertheim zu haben. 17/8*

Berliner Prater

Theater

Kastanien-Allee 7-9

Täglich: Vieta.

Bantomime: Ein ruhiges

Zimmer zu vermieten.

Satanello-Trio. Wardenia.

Clown Stoffli. Ball, Konzert,

Spezialitäten. Anf. 4 Uhr.

Eintr. 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

Reichshallen-Theater.

Gastspiel des berühmten

Oskar Junghähnel

mit seiner

humoristisch-ge-

rechten

Gesellschaft.

Grossartiges,

völlig origin-

Programm.

Anf. 8 Uhr,

Sonntags

7 Uhr.

Hasenheide Neue Welt. Arnold Scholz.

Donnerstag, den 28. Juli 1904:

Elite-Tag und Sommerfest

des Vereins der Berliner Weissbierwirte.

Gala-Monstre-Feuerwerk

Schlussfront: Die Mitternachtssonne Grönlands.

Militär-Konzert.

Regts.-Musik des IV. Garde-Regts. 3. Fuß. Dir. Frz. A. Borgtor.

Specialitäten-Vorstellung. 58102

Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Willeis im Vorverkauf 40 Pf. Bassepartout 25 Pf. Nachzahlung.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:

Militär-

Doppel-Konzert

Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.

Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Sanssouci.

Königsplatz — Stat. der Ostbahn

Täglich im Garten:

Hoffmanns

Norddeutsche

Sänger.

Sonntag, Montag,

Donnerstag,

Freitag, Samstag

haben Vor-

zugskarten, auch die zu den Theater-

abenden abgegebenen, Gültigkeit.

Schweizer-Garten

am Königspl., am Friedrichshain 29/30.

Täglich: Theater

u. Spezialitäten-Vorstellung.

Volksbelustigungen und Ball.

Liesecke in Italien.

10 U. : Gefangenschaft in Lang v. L. W.

Verfassungen.

Kärntner Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag in Leydors Saal eine gut besuchte Generalversammlung ab. Der Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Genossen Jungmann und Dieß durch Erheben von den Sätzen. Hieraus wurden 67 neue Mitglieder als aufgenommen bestätigt. Sodann gab Zucht den Bericht des Vorstandes und der Vertrauensleute für die letzten fünf Monate. Obwohl eine politisch ruhige Zeit vorherrschte, habe der Verein doch eine rege agitatorische Tätigkeit entfaltet, die gute Früchte brachte. Besonders seien auf Grund der politischen Wählerlisten eine Anzahl neuer Mitglieder für die politische Organisation gewonnen worden. Freilich ließe diesem Zugang an Mitgliedern auch ein beträchtlicher Abgang solcher Leute gegenüber, die wegen restierender Beiträge gestrichelt werden mußten; immerhin verblieben der Verein gegenwärtig über 1400 Mitglieder. Redner bemerkte weiter, daß sich das neueingeführte System der Zahlende seinen Wahrnehmungen nach sehr gut bewähre; die Bezirksvereine seien durcheinander gut besetzt. Der Verein hat ebenfalls bei der Nachwahl in Frankfurt-Rebus mitgewirkt, wenn auch der Erfolg ein negativer gewesen sei. Entschieden rügte er aber die laue Beteiligung bei der Verbreitung des letzten Wählerflugblattes; es seien hierzu aus einzelnen Bezirken nur 1-2 Mann erschienen. Zum Schluß ermahnt Redner, auch fernerhin unablässig für die Ausbreitung unserer Ideen tätig zu sein. Gegenwärtig bietet der Königsberger Prozeß das denkbar beste Werbematerial für die Partei. Nichtig ausgenutzt würde der Prozeß mit seinem Urteil besser für uns wie tausend Versammlungen und Millionen von Flugblättern. (Beifall.)

Den Kassenbericht gab Liepmann. Vereinnahmt wurden 5127,25 M., verausgabt 3893,74 M., so daß ein Kassenbestand von 1233,51 M. verbleibt. Die finanziellen Verhältnisse des Vereins gestalten sich andauernd günstig. So wurden im letzten Quartal allein 6354 Mitgliederbeiträge abgeführt, das sind 1011 mehr wie im selben Quartal des Vorjahres. Der Sonderverkauf brachte 841,80 Mark und die Zellerfassungen 233,68 M. Besonders günstig gestalteten sich auch die Einnahmen bei der Kaiserfeier, woran gleichzeitig der gute Besuch des Festes ermessen werden konnte. Es haben sich nicht weniger wie 3418 zahlende Personen an der Feier beteiligt, so daß die Gesamtzahl der Besucher sich jedenfalls auf ca. 4500 Personen belaufen hat. An Mitgliedsbeiträgen wurden 2020 und an Märzbeiträgen 1555 umgelegt. Unter den Ausgaben figurieren 1000 M. an den Parteivorstand und 400 M. an die Agitationskommission der Provinz Brandenburg. Die Wahl in Frankfurt-Rebus hat dem Verein 445,60 M. geliefert.

Ueber die Tätigkeit der Prekominmission berichtete Friedländer. Es haben die Prekominmission zwar wieder reichliche Beschwerden vorgelegt, doch wie gewöhnlich bezogen sich dieselben nur auf Kleinigkeiten, wie Nichtaufnahme oder Kürzungen von Versammlungsberichten usw. Jedem welche Beschwerden über die prinzipielle Haltung des „Vorwärts“ lagen dagegen nicht vor. Die Auflage des „Vorwärts“ sei auch jetzt erfreulicherweise wieder gestiegen; sie beträgt gegenwärtig 83 600 gegen 80 000 zu Anfang des Jahres. Während im ersten Quartal nur ein Ueberschuß von 12 000 Mark erzielt wurde, dürfte sich derselbe am Schlusse dieses Quartals auf 20-25 000 M. beziffern. Die Steigerung des Ueberschusses sei teils auf die Mehreinnahmen aus Annoncen, teils auf die von der Prekominmission bewirkte Reduzierung der Beilagen zurückzuführen. Es sei der Redaktion in Bezug auf Herausgabe von Beilagen infolge der dadurch ersparenden Kosten eine weisse Wäsche empfohlen worden. Als berechtigt habe man die Klagen der Vororte über Vernachlässigung im „Vorwärts“ anerkennen müssen. In Zukunft würden die Vororte jedenfalls einen wogen pro Woche für ihre Angelegenheiten fordern, um der Amtsblattpresse mehr Abdruck thun zu können, und diesen Verlangen werde sich der „Vorwärts“-Verlag auch fernerhin nicht zu entziehen vermögen. Um die Einnahmen des „Vorwärts“-Geschäfts auch fernerhin noch weiter zu steigern, sei die Errichtung von eigenen Filialredaktionen für Berlin und Umgegend nach dem Muster anderer Blätter ins Auge gefaßt. Durch die jetzige Art des Zeitungsvertriebs durch Privatpediteure usw. gingen dem Geschäft jährlich erhebliche Summen verloren; das Ganze sei nicht mehr zeitgemäß. Ebenfalls sei beachtenswert, den Druck der „Neuen Welt“, wenigstens für Mitteldeutschland, in Regie des „Vorwärts“ zu übernehmen. Der jetzige Zustand, daß die Redaktion der „Neuen Welt“ in Berlin sei, das Blatt selbst aber in Hamburg gedruckt werde, lasse sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten. Bei einer Umänderung in oben angedeutetem Sinne würden gleichfalls erhebliche Ersparnisse gemacht werden. Redner ersucht sodann, noch mehr für die Verbreitung des „Vorwärts“ zu wirken, so daß es unser Zentralorgan demnächst auf 100 000 Abonnenten bringe.

In der Diskussion bemängelte Dr. Wehl zunächst die fragwürdigen Annoncen in der Inseratenbeilage der „Neuen Welt“, die bekanntlich an einen bürgerlichen Unternehmer verpackt ist und in einem auffallend nachteiligen Gegensatz zu den einwandfreien Annoncen der übrigen Parteipresse steht. Weiter wandte er sich gegen die Haltung der Prekominmission, die diese bei Besprechung der Beschwerde der Parteiarzte gegen die Redaktion des „Vorwärts“ anlässlich des Streites um die freie Arztwahl zur Schau getragen habe. Im sozialen Teil des „Vorwärts“ seien eine Reihe von Artikeln erschienen, die in der Veretzstange eine sehr einseitigen Standpunkt hervorhoben und den Lesern unwürdige Motive in der Behandlung dieser Frage unterstellten. Das sei um so bedauerlicher gewesen, als noch vor einigen Jahren die freie Arztwahl in der Parteipresse geradezu als allein seligmachend empfohlen wurde. Bis vor kurzem — erst in den letzten Wochen sei es besser geworden — aber habe der Redakteur des sozialen Teils die Veretze wegen ihres Standpunktes unterschiedslos einseitig heruntergerichtet, als wenn jeder, der den Standpunkt jenes Redakteurs nicht teilt, gar kein Parteigenosse mehr wäre. Nicht um die Prekominmission zu einer Parteieinnahme in dieser Frage zu drängen, hätten sich die Veretze an sie gewandt, sondern um sich über die Art, wie gegen eine bestimmte Richtung losgezogen sei, über die Kampfform zu beschweren. Da aber sei die Haltung der Prekominmission unentschieden und schwächlich gewesen, denn mit Ausnahme eines einzigen Redners habe in der betreffenden Sitzung kein Prekominmissionsmitglied den Mund aufgethan. Wenn man die Prekominmission in solcher gewiss nicht unwürdigen Sache gewissermaßen als Richter anrufe, dann mache es doch einen keineswegs erhebenden Eindruck auf die Beschwerdeführer, die Prekominmissionsmitglieder unschlüssig und schweigend dastehen zu sehen.

Wehl erwiderte darauf: Er bedauere ebenfalls, daß sich der Annoncenteil der „Neuen Welt“ nicht einwandfrei präsentiere, doch sei an dem gegenwärtigen Zustande nichts zu ändern, als bis der Vertrag mit der Firma Eisler abgelassen ist. Was die Beschwerde der Parteiarzte gegen die „Vorwärts“-Redaktion anbelange, so hätten es sich die Beschwerdeführer selbst zuzuschreiben, daß in der Prekominmission eine etwas kühle Stimmung ihnen gegenüber Platz gegriffen habe. Die Beschwerde richtete sich gegen den Ton der „Vorwärts“-Artikel, dabei habe aber Dr. Zeppler bei der mündlichen Begründung der Beschwerde selbst einen „Ton“ angeschlagen, der die üblichen Unterhaltungsformen noch weiter hinter sich ließ, als wie dies in den „Vorwärts“-Artikeln der Fall gewesen war. Uebrigens hätten die Parteiarzte alle Ursache gehabt, sich in erster Linie über den Ton ihrer eigenen Berufscollegen und der Veretzstange bei diesem Streit zu entrichten, ehe sie sich über den „Vorwärts“ beschwerten. Er erinnere nur an die Kampfbühne eines Dr. Mugdan. Wo seien da die Parteiarzte mit ihrer Entrüstung geblieben? Wer also selbst einen derben Ton anschlägt und gegen den Ton der nicht-parteilichen Veretze nichts anzuwenden habe, dem stehe die Entrüstung über den Ton des „Vorwärts“ nicht besonders gut an. Zur

Sache selbst aber wolle er sagen: Die Prekominmission habe die Veretzstange nicht als eine mit der prinzipiellen Haltung des „Vorwärts“ im Zusammenhang stehende Angelegenheit betrachten können. Insofern sei sie schon an sich außer Stande gewesen, in dieser Sache auf die Redaktion einzuwirken. Sie habe dazu aber auch um so weniger Ursache gehabt, als sie der Redaktion niemals Vorschriften über den Ton machen werde, wenn diese durch gegnerische Angriffe provoziert zu einer scharfen Polemik gezwungen wird. — Dr. Wehl weist den Gedanken zurück, als hätten die Parteiarzte die Ausfälle des als Streiber bekannten Dr. Mugdan gegen die Partei irgendwie gebilligt.

Nach einem Bericht der Genossen Kausch und Stange über die Tätigkeit der Lokalkommission gab Davidsohn eine Uebersicht über die Wirksamkeit der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. Hierbei erwähnte er besonders die vielen noch schwebenden Uebersetzungsprozesse und die behördlichen Chikanierungen gegenüber thätigen Parteigenossen und Gastwirten, die ihre Lokale der Partei während der vorjährigen Reichstagswahlen zur Verfügung gestellt hatten. Es werde nicht berührt werden, sowohl diese Schurkegeleien als auch ganz besonders das jetzige preussische Kontrollmarken-Gesetz agitatorisch bei der Provinzbevölkerung auszunutzen.

Zum Schluß wurde ein Antrag, den kürzlich wegen abschließlicher Versammlung der Wahlpflicht aus dem Verein ausgeschlossenen Schanzwitz Veltzer, Neue Königsstraße, wieder aufzunehmen, bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

Sächsischer Wahlkreis. Am Dienstag wurde in dem „Germania-Saal“ in der Chausseestraße die Generalversammlung des Wahlvereins abgehalten. Als erster Punkt stand ein Vortrag des Genossen Stadthagen auf der Tagesordnung. An einer Reihe von Ereignissen der letzten Zeit kennzeichnete der Redner die reaktionären Strömungen der Gegenwart. Am Schluß seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen kritisierte der Redner den Königsberger Prozeß und im Zusammenhang damit die unwürdige Kriecherei vor Ausland und dem Jarrismus, er zeigte, daß die Buzgal aller der schmachvollen Zustände, unter denen das deutsche Volk leidet, im Kapitalismus, in der Klassenherrschaft zu suchen ist, deren Beseitigung wir uns aneignen sein lassen müssen.

Der Vorsitzende Freythal erhaltete Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im abgelaufenen Halbjahr. Hinsichtlich der Sperrung von Lokalen, wo die Forderungen der Redner nicht anerkannt werden durch die Organisation der Gastwirtsgehilfen, ist eine Verständigung dahin erzielt worden, daß vor Verhängung der Sperre eine Rücksprache der Gastwirtsgehilfen-Organisation mit den in Frage kommenden Faktoren des Kreises stattfindet. — Auf Grund der Landtags-Wählerlisten ist eine Agitation im Kreise entfaltet worden, welche die Gewinnung von Mitgliedern aus der Zahl derer, die für uns stimmen, zum Ziel hatte. — Der Vorstand und die Kreisorganisation haben übereinstimmend die Haltung der Reichstagsfraktion bei der ersten Abstimmung über die Forderung eines Kredits für den Hererokrieg gemißbilligt und dies der Fraktion mitgeteilt. Eine Antwort hat die Fraktion darauf nicht erteilt. — Besuche einzelner Orte und Organisationen um Unterstützung aus Mitteln des Kreises wurden den geltenden Grundsätzen gemäß abgewiesen und die Geschäftsführer an die Parteifläche verwiesen. — Die Nichtnächste der Fraktion ist „Rad“ soll auf Grund eines Vorstandesbeschlusses an die Mitglieder verteilt werden. — An der Unterstützung des Wählerstreits haben sich die Genossen des Kreises rege beteiligt. Anlässlich der Verbreitung von Wählerflugblättern haben verschiedene Genossen polizeiliche Strafmandate erhalten; soweit bis jetzt bekannt, ist aber in allen diesen Fällen gerichtliche Freisprechung erfolgt. — Das Ergebnis der Stadtverordneten-Wahlen im 32. und 40. Bezirk war über Erwarten günstig. — Der Vorstand hatte sich mit einem Antrag des Genossen Rahn zu beschäftigen, welcher fordert, daß die Beteiligung der Mitglieder an Flugblattverbreitungen und ähnlichen Parteiarbeiten durch Kontrollmarken in den Wählerbüchern bescheinigt wird. Dieser Antrag liegt der heutigen Generalversammlung zur Beschlußfassung vor. — Eine Resolution des Kreises, die ein einheitliches Zusammenarbeiten der Vertrauensleute des Kreises mit denen der übrigen Berliner Kreise wünscht, ist in ganz Berlin angenommen worden mit Ausnahme eines Teils des vierten Kreises, der aber nachträglich seine Haltung geändert haben soll. — Im Laufe des Halbjahres sind 31 Mitglieder gestorben und 28 ausgeschlossen. Die Zahl der Mitglieder ist von 11 588 auf 14 000 gestiegen, sie hat also innerhalb des letzten halben Jahres um annähernd 2400 zugenommen. — Während der Berichtszeit wurden abgehalten: 1 außerordentliche Generalversammlung, 7 Vereinsversammlungen, 6 Kreis Konferenzen, 27 Vorstandssitzungen, 11 Volksversammlungen.

Genosse Kiesel verlas die Namen der verstorbenen Mitglieder; dieselben wurden in der üblichen Weise geehrt. Hierauf erhaltete Zahro den Kassenbericht. Eingenommen wurden 57 744,36 M., ausgegeben 55 058,22 M., darunter 40 200 Mark an den Parteivorstand. Der verbleibende Bestand beträgt 2686,14 M. Nachdem noch der zweite Kassierer über den ihm abliegenden Teil der Kassengeschäfte berichtet hatte, wurden beide Kassierer entlassen.

An den Vorstandsbericht schloß sich eine ausgedehnte Besprechung, die sich vorwiegend auf einige geschäftliche Maßnahmen des Vorstandes, andererseits aber auch auf allgemeine, nicht zur Kompetenz des Vorstandes gehörende Angelegenheiten erstreckte. Unter anderem rügte er, daß der Vorstand in diesem Jahre keine Versammlungen zur Feier des 18. März veranstaltet hat. Dieser Redner mißbilligte auch den Beschluß des vierten Kreises, der sich gegen das von Eb. Bernstein herausgegebene „Neue Montagsblatt“ wendet und im Anschluß daran fragte der Redner, warum der „Vorwärts“ sich nicht endlich zur Herausgabe eines Abendblattes versetze. Wenn das geschähe, würde ein Bedürfnis nach besonderen Montagsblättern nicht vorhanden sein. Unter Hinweis auf die Vorgänge beim Königsberger Prozeß meinte er: Wie war es möglich, daß ein Mensch wie Abel beim „Vorwärts“ angestellt werden konnte. Gibt es denn nicht brave Arbeiter und Parteigenossen genug, die derartige Stellen ausfüllen können? (Sehr richtig!) Wenn man Leute braucht, möge man sich an die Kreisorganisationen wenden. Wenn solchen Elementen wie dem Abel Gelegenheit gegeben wird, in die Expedition und Redaktion zu kommen, dann müssen die Genossen dagegen Stellung nehmen. In den Betrieb des „Vorwärts“ darf keiner hinein, der nicht als guter Parteigenosse bekannt ist. Hinsichtlich des Wählerstreits sagte der Redner, die Partei solle sich nicht von vornherein bei gewerkschaftlichen Lohnkämpfen engagieren. Wenn aber eine solche Unterstützung, wie sie die Partei den Wählern zuteil werden ließ, plangegreift solle, dann hätten die Metallarbeiter zur Unterstützung des Mannheimer Verbandes in erster Linie Anspruch auf Unterstützung. — Auf die Ausführungen Krohns erwiderte er: Um unter anderem: Wegen der Verschleppungen Abels treffe die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ kein Vorwurf. Abel habe sehr gute Zeugnisse gehabt, es habe doch niemand vorandsehen können, daß er seine Stellung zu unlauteren Zwecken mißbrauchen würde. Mit dem Wählerstreit habe die Partei als solche nichts zu thun. Daß die Parteigenossen eine Lohnbewegung wie die der Wähler nach Kräften unterstützen, sei selbstverständlich. Wenn die Metallarbeiter einmal gegen die Mannheimer vorgehen würden, fänden sie zweifellos ebenfalls die thätigste Unterstützung der Parteigenossen.

Nach Schluß der Diskussion wurde der Antrag Rahn, die Einführung von Kontrollmarken für Flugblattverbreitung, mit großer Mehrheit angenommen. Der Jahrvorstand der Raunynstraße hielt am 26. Juli bei Gromann in der Raunynstraße seine Generalversammlung ab. Zunächst verlas der Kassierer Densel die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Einnahmen betragen 2118,50 M., die Ausgaben 1699,90 M., der Ueberschuß also 418,60 M. Dazu kommt ein alter Kassenbestand von 3041,16 M., so daß am Schlusse des zweiten Quartals das Vermögen auf 6354,76 M. angewachsen war.

Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. Sodann wurden die Namen von 74 neu aufgenommenen Mitgliedern verlesen; Einwendungen wurden gegen keinen der Aufgenommenen erhoben. — Die Erschaffenen zum Vorstand hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Haffner, 1. Schriftführer Barshin, 2. Schriftführer Sahlmann, 2. Kassierer Bergmann, Bibliothekar Partrich, Beisitzer Kamens, Revisor Bröfel. — Als Arbeitsvermittlungskommission wurden gewählt: Jügner, Ditrich, Schulz, Dreiner, Steintrauf, Jäger, Rofin, Thormann, Nähig, W. Fischer, Münzer und Babil. Dann nahm die Versammlung den Bericht über den Streik in der Pianofortefabrik von Gast u. Co., Frankfurter Allee 117a, entgegen. Um fortgesetzten Lohnrücklagen ein Ende zu machen, wurden im vorigen Monat die Orgelbauer bei der Firma vorstellig und verlangten, daß ihre Stundenlöhne auf 50 bis 63 1/2 Pf. festgesetzt würden; bis dahin betrugen sie 40 bis 61 Pf. Diese für qualifizierte Arbeiter gewiß nicht unbedeutende Forderung wurde von dem Unternehmer abgelehnt, worauf am 27. Juni die Arbeitsniederlegung erfolgte. Auch bis jetzt ist es nicht gelungen, die Firma zum Nachgeben zu veranlassen. Einige Streikbrecher sorgen dafür, daß der Betrieb aufrecht erhalten wird, können jedoch die Streikenden nicht ersetzen. Am 18. Juli wurde mit dem Firmenvorstand verhandelt. Er verbarnte bei seiner Ablehnung, aber weniger unter dem Vorbehalt, daß die Forderungen zu hoch seien, als vielmehr, weil er sich durch das Vorgehen der Streikleitung gekränkt fühlte und auch nicht gern in der Öffentlichkeit als der Unterlegene erscheinen möchte. — Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß der Streik unverändert fortgesetzt wird. — Zur Unterstützung eines kranken und in Not befindlichen Kollegen bewilligte die Versammlung 50 M.

Zentrale Bibliothek und Lesesäle zur unentgeltlichen Benutzung für jedermann, Alexandrinerstr. 26, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5 1/2 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 500 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Sitzung haben Donnerstag:

- Lebe- und Diktierklub, Nordwest, Gumbald, Alt-Roabit 46.
Demosthenes, Dornbusch, Veing Auguststr. 81.
Arbeiter-Bildungsverein „Eintracht“, Jülich, Reumarkt Nr. 5, Vereinslokal alle 14 Tage je Donnerstagsabend 8 1/2 Uhr.
Konsumgenossenschaften Berlin und der Umgegend. Verkaufsstellen: Norden: Eismeniederstr. 44; Chorinerstr. 46; Buttmannstr. 19; Willenowstr. 30; Gartenstr. 3. — Konitz: Wilsdorfstr. 31; Emdenerstr. 45; Oberbergstr. 6; Kolloderstr. 21. — Schlättere: Wilsdorfstr. 8. — Nordost: Wilsdorfstr. 64. — Ost: Ebelingstr. 14; Kraußstr. 7; Wehligstr. 7; Jördenstr. 68; Röhrenstr. 82. — Ost: Stealener Allee 10a. — Südosten: Sonnenstr. 10; Wälderstr. 31; Pöhlentelstr. 6; Forststr. 4; Michaelstr. 4. — Grüntraufgeschäfte: Forststr. 20; Glogauerstr. 3. — Glogauerstr. 27. — Bäderstr. 10; Konditorstr. 10; Niederlagen: Reuterstr. 22; Forststr. 20; Admiralstr. 37; Reichenbergerstr. 158; Glogauerstr. 69; Glogauerstr. 28; Rathstr. 2; Oppenstr. 46. — Schlättere: Glogauerstr. 28; Faldensteinstr. 15; Riegnierstr. 24; Röntgenstr. 53; Stalderstr. 81; Oppenstr. 28. — Süden: Gröfstr. 40; Rothburger Damm 9. — Bäderstr. 12; Gröfstr. 35. — Schlättere: Gröfstr. 13. — Südwesten: Krenschtr. 5; Hagelbergstr. 20. — Schöneberg: Apostel Paulstr. 27; Goltzstr. 1. — Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 27; Kuroggenstr. 10; Goldammerstr. 12. — Steglitz: Am Markt 2. — Groß-Bichterfeld: Dierichstr. 37. — Tempelhof: Beckenstr. 76. — Trieg: Werderstr. 33. — Rixdorf: Gleitsstr. 31; Dohrenstr. 82; Rosenstr. 4. — Bäderstr. 12; Steinwegstr. 129; Falkstr. 3; Kirchstr. 2. — Schlättere: Rothburger Damm 9. — Trepow-Dammstr. 36. — Dammstr. 36. — Ober-Schöneberg: Ehlstr. 4. — Johannisstr. 10; Röhrenstr. 10; Friedrichstr. 10. — Ammelburg: Tüschendstr. 6. — Lichtenberg-Friedrichsberg: Rammbergstr. 4; Frankfurter Chaussee 45/49. — Neu-Lichtenberg: Wilsdorfstr. 9. — Behrenstr. 1. — Friedrichstr. 12; Rumpffstr. 60. — Altdorf: Gadenbergstr. 29. — Altdorf: Röhrenstr. 32. — Oranien: Röhrenstr. 2. — Friedrichsberg: Friedrichstr. 98. — Oranien: Röhrenstr. — Spandau: Jägerstr. 9; Mittelstr. 13. — Tegel: Schleierstr. 70. — Giesendorf: Tellerstr. 1. — Anmeldungen von Mitgliedern werden in jeder Verkaufsstelle entgegengenommen.

Arbeiter-Ruderklub Berlin und Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Ledtke, Paulstr. 44, IV. „Arizona“, Erdmann, Reichenbergerstr. 16. — „Virginia“, Schieber, Admiralstr. 21. — „Valencia“, Rau, Teltowstr. 1. — „Rede Licht“, Sorrer, Neu-Weihenstr. 56. — „Rote Kelle“, Köhler, Neu-Weihenstr. 56. — „Colorado“, Klinge, Reichenbergerstr. 36. — „Alter Berliner“, Keller, Laufferplatz 7. — „Friedensstr.“, Reiser, Rixdorf, Gleitsstr. 33. — „Bastard“, Wartenberg, Straßburgerstr. 40. — „Wissenschaft“, Voser, Dunderstr. 88. — „Kamerun“, Stawitzki, Langenbeckstr. 4. — „Güldenst. I“, Dittmann, Neu-Weihenstr. 56. — „Rohle Geister“, Rabide, Rixdorf, Nagerstr. 57. — „Einigkeit II“, Wäner, Eubenerstr. 57. — „Wogener“, Ulrich, Lichtenbergstr. 10. — „Rohle“, Herzog, Wälderstr. 39. — „Alter Südk“, Matthea, Bernauerstr. 120. — „Feste Brüder“, Reil, Rixdorf, Gleitsstr. 29. — „Ordnung“, Donner, Rixdorf, Gleitsstr. 46. — „Arca“, Kellas, Frankfurter Allee 107. — „Ebeling“, Ebert, Rixdorf, Veing Gadenbergstr. 66/67. — „Pfeifen glück“, Förster, Hochstr. 31. — „Rohle“, Richter, Rixdorf, Veingstr. 10. — „Ohne Furcht“, Röhre, Wienerstr. 44. — „Rohle“, Grawilow, Petersburgerstr. 24. — „Seegras“, Wagemann, Riegnierstr. 18. — „Weissenhof“, Gonsel, Faldensteinstr. 6. — „Alter Stamm“, Werner, Rothburger Damm 18/19. — „1902“, Jädel, Neu-Weihenstr. 56. — „Frei weg I“, Hoffmann, Schöneberg, Marx und Eberstr. 19. — „Weissenhof I“, Kellendat, Frankfurter Allee 135. — „Blau“, Essler, Oranien, Röhrenstr. 57.

Arbeiter-Radfahrerklub „Solidarität“, Bau 9 (Broding Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen den Bund betreffend, sind zu richten an den Bau-Vorsitzenden Karl Höger, Berlin NW, Waldstr. 8. Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein, Abteilung 6, jeden 1. und 3. Donnerstag bei Bernau, Schmeiderstr. 24. — „Frei auf“, Baumgärtelweg, jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. im Monat. — „Vorwärts“, jeden 1. und 3. Donnerstag, Adlershof, Oppenstr. 56. — „Frohmann“, Gassen 12, nach dem 1. im Osthof am Kronprinzen. — „Wett“, Rixdorf-Rixdorf, Osthof zur Linde bei Grom. — „Brüderbund“, Rixdorf-Wilmersdorf, nach dem 1. und 15. im Wilmersdorfer Haus. — „Arbeiter-Radfahrerklub Rummelsburg“, nach dem 1. und 15. Neue Veing Wälderstr. 70/71 bei Gorgas. — „Vorwärts“, jeden nach dem 15. Barutherstr. 51 bei Häfner.

Arbeiter-Radfahrerklub „Freiheit“, Geschäftsstelle bei 3. Mehr, Weimstr. 3, I. Fahr wohl 1900“, Veing, Hochstr. 41.

Arbeiter-Schwimmerklub. Anfragen sind zu richten an 3. Mehr, Weimstr. 3, I. Abends 7 Uhr: „Vorwärts“, Damenklub „Vorwärts“, Welle“ (Damen-Abteilung) in der Panzigerstr. Badeanstalt, Straalener Allee. — Welle“ Abteilung II, Städtische Badeanstalt, Oberbergstr. 10. — „Vorwärts“ (Abteilung Charlottenburg) im Kochsee. — „Regie“, Seebad Reichenberger.

Berliner Ruderklub „Vorwärts“. Sitzung abends 9 Uhr im Bootshaus, Straalener Allee 17.

Berliner Arbeiter-Ruderklub „Halt“, Seeböckstr. 30. Gesellige z. Vereine. Orchesterverein „Wagor“, Dietrich, Drederstr. 116. — Jülicherklub „Reinhold“, Wilmersdorfstr. 3. — Privat-Theatergesellschaft „Berliner Lieder“, Rixdorf, Or. Frankfurterstr. 49. — Lotterieverein „Gemüllke“, Wilmersdorf, Emdenerstr. 24. — „Cohn-Verein“, jeden Donnerstag nach dem 15. bei Witzig, Wienerstr. 19. — „Schwimmklub“, Seebad Reichenberger.

Witterungsbericht vom 27. Juli 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Witterung. Rows include Eolnende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 28. Juli 1904. Stetig warm, vielfach wolig mit leichten Regenfällen und schwachen Südwestwinden.

Parteigenossen!

Dienstag, den 2. August 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Palais-Theater (früher Feenpalast), Burgstraße (Ecke St. Wolfgangstraße):

Partei-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Der internationale Kongress in Amsterdam. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Molkenbühr.**
2. Anträge. 3. Diskussion. 4. Wahl von drei Delegierten.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Vertrauensleute.

Freitag, den 29. Juli, abends 8 Uhr,
im Palais-Theater (früher Feenpalast), Burgstraße, Ecke Wolfgangstraße:

Volks-Versammlung.

1. „Der Königsberger Prozeß“. Referent: Stadts. Rechtsanwält Dr. Karl Liebkecht. 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Vertrauensleute.

Achtung! Tabakarbeiter. Achtung!

Sonnabend, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Fritz Wilke, Braunerstr. 188 (am Rosenhäger Thor):
Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Herm. Molkenbühr** über: „Die Bedeutung des am 21. August und folgende Tage in Amsterdam stattfindenden internationalen Tabakarbeiter-Kongresses und die Notwendigkeit der Beteiligung an demselben.“ — Anträge zu demselben und eventuelle Wahl eines Delegierten.
187/9 Die Vertrauensleute: W. Börner. C. Butry.

Arbeiter - Baugenossenschaft „Paradies“

zu Berlin (E. G. m. b. H.).
Sonntag, den 31. Juli 1904, vormittags 9 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Zweite ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht: a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrates.
2. Jahresabrechnung, Bilanz, Decharge.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat.
5. a) Antrag Böhlke-Stein betreffend Verzinsung der Sparfonds und Darlehensgeber; b) Antrag S. Kohns betreffend die Vergebung von Arbeiten an Verwaltungsmittglieder.
6. Verschiedenes.
Genossen! Mit Bezug auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht, daß jeder erscheint. Nur Mitglieder haben Zutritt.
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß!!
Diejenigen Mitglieder, welche noch nicht im Besitze eines Buches sind, werden aufgefordert, nunmehr bis spätestens 31. Juli dasselbe gegen Abgabe der Karte in der Hauptkasse, So., Kottbus-Ufer 44, Hof rechts I, in den Stunden von 8—8 in Empfang zu nehmen. Desgleichen gehen wir hiermit nochmals bekannt, daß noch mehrere Adler- und Laubenzweigen auf unremt Gelände bei Grünau auf 1—5 Jahre morgen- und rutenweise, die Rente von 30 Pf. an, zu verpachten sind.
Der Vorstand.
J. K.: G. Kosska, 1. Vorsitzender. 108/20

Die Gemeinschaft der Eigenen

Kaplan Dasbach
und die
Freundesliebe
20 Pf.

Diese kleine Flugchrift ist ein neuer interessanter Beitrag über das Wesen der rein psychischen Homosexualität und ein wertvolles Dokument für die Abschaffung des § 175 des Strafgesetzbuchs. Sie ist von der Berliner Polizei für den Straßenhandel verboten worden. — Direkt zu beziehen gegen Voreinsendung des Betrages in Briefmarken von: **Adolf Brand**, Charlottenburg, Wilhelmplatz Nr. 1a. 58442*

Scheruchs Festsäle

Rüdersdorferstr. 45.
Säle und Vereinszimmer von 50—2000 Personen fassend für Versammlungen und Festlichkeiten noch einige Sonnabende und Sonntage frei. — Coulaute Bedingungen. 56324*

Mühlhäuser Kautabak

von **Hugo Carl Hagenbruch**, Mühlhausen i. Th. nur echt, wenn die Köhler den beigedruckten Zettel enthalten, worauf gefälligst genau zu achten bitten.
Vertreter für Berlin und Umgegend:
August Kleinert, 58142*
Berlin SW., Großbeerenstraße 39.

Nur noch einige Tage!
Mariendorfer Hochbau-Terrain!
200 Baustellen von M. 3000.— an, prachtvoll geschnitten M. 3.— und M. 4.— pro Quadrat-Meter netto Baustelle, zur Straße nichts mehr abzutreten.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Mariendorf—Mariendorf. 29006*
Verkäufer, auch Sonntags von 3—8 Uhr, auf dem Terrain.
Eigentümer **A. Lowrek**, Berlin, Gneisenaustr. 52.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die herrlichen Sprachspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, meines guten Vaters und Großvaters
Friedrich Pätzold
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Rauchklub und dem Arbeiter-Rauchklub unseren herzlichsten Dank.
Witwe Dorothea Pätzold nebst Kindern.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für [13/8] Haut- und Harnleiden. 10—2, 5—7, Sonntags 10—12 2—4.

Steppdecken
Gelegenheitskauf.
Kattun, buntfarbig, 2,05
Wollatlas, alle Farben 4,05
Similiseide, alle Farben 6,00
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00
Special-Haus **Emil Lefèvre**, Berlin S., Oranienstrasse 158.

Fludern, 50 Stück dem Rauch nur 1,90 Mk. Bold, fett-tiefende Matjes, 5 Pf., M. Ernst Napp Nachf., Zwinemünde Nr. 56.

Ihrem langjährigen Kollegen, dem alten und langbetriehten Kämpfer
Leopold Liepmann
die herzlichsten Glückwünsche zu seinem
80006
50. Geburtstag
in der Hoffnung, daß er noch recht lange in der bisherigen Weise thätig sein möge.
Die sozialdemokratischen Vertrauensleute
Berlins und Umgegend.

Leopold Liepmann
treuer Genosse,
Nun sind Deines Lebens rot-mährige Roffe
Ein halbes Jahrhundert dahingebraut!
Dem Volke galt immer Dein „Dichten“ und Streben,
Nun bist Du mit „Leib“ und mit „Seele“ ergeben —
Dem Volke das Herz und dem Volke-Feind die Faust!
D'rum windet Dir heute ein Ehrenkreuz,
Du treuer Genosse,
„Dein“ fünfster Kreis.

Freie Volksbühne
Die Vorstellungen der I. Serie im Berliner Theater beginnen am 4. September mit
Goethe: Götz von Berlichingen.
(Der Mann mit der eisernen Hand.)
Schauspiel in 5 Akten.
II. Serie im Metropol-Theater:
Henrik Ibsen: Die Komödie der Liebe.
Die Mitglieds-Karten müssen in den Zahlstellen abgegeben werden mit der Erklärung bezüglich der weiteren Mitgliedschaft und können gegen die neuen Karten für 1904 bis 1905 eingetauscht werden. Umschreibungen aus der bisherigen Zahlstelle in eine andere können nur im Juli und August nach Begleichung von etwaigen Beitragsresten vorgenommen werden, jedoch muss die neue Karte für 1904/5 aus der alten Zahlstelle abgeholt werden.
Für die **Morwitz-Oper** (Schiller-Theater O.) liegen in unsern Zahlstellen I. Parkett-Billets aus (Kassenpreis 2,50), für die Mitglieder der Freien Volksbühne ermäßigt auf 1,60 M. inkl. Garderobe zu allen Abendvorstellungen (Sonntags 50 Pf. mehr.) Rechtzeitige Vorbestellung in den Zahlstellen ist zu empfehlen.
220/7* Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Neuer Salzhering

Neuer Jung brachte das Feinste in neuen Salzheringen u. empfiehlt es frachtfrei jeder Station ohne Zahberechnung.
Nr. 1 enth. c. 300—325 Pf. **Spezialhering**, Gelbschmalz 11 Pf., Rah 6 Pf.,
Nr. 2 enth. c. 300 Stk. **Spezialhering**, Gelbschmalz 12 Pf., Rah 6 1/2 Pf.,
Nr. 3 hochfeine Qualität, milder Geschmack, 12 1/2 Pf., Rah 6 1/2 Pf.,
Goldose, dieselben Salzheringe 3 Pf., 100 Rollenpfe 3 Pf.,
60 Teilstückheringe i. Wein-Sauce 3 Pf. 177*
Ost- u. Nordsee-Fischer-Import. E. Napp Nachf., Zwinemünde Nr. 56.

Räumungs-Verkauf.

Wegen vollständiger geschäftlicher Veränderungen verkaufe einen Teil meines Lagers, bestehend in:
Herrn-Stoffen zu Anzügen, Paletots etc.
zu außerordentlich billigen Preisen. — Schluss des Verkaufs Ende Juli.
Tuchhandlung Weinbergsweg 11a
A. Storbeck. Sonntags 8—10. 5789/L

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Pfennig.
Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfennig. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wandblechhand Weidenweg 19 verkauft spottbillig verfallene Wänder. Ferner: Betten, Bettmatten, Bettwäsche, Herren- und Damenmäntel, Damenkleider, Schürzen, Kleider, Trauringe, Radetzianer, Damenstiefel, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Regulateure, Freischwinger, Spiegel.
Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. +87*
Hochbornische Herren-Anzüge, Paletots, Reinefelle, vorzüglich, aus feinsten Stoffen, spottbillig. Deutsches Verandhaus, Bagerstr. 63, eine Treppe. 23558*
Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager **Beim, Odestr. Markt 4, Bahnhofsstr. 142/12**.
Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik **Damenstr. 35b**. 23618*
Fahrräder, Teilszahlungen, hundertfünfzig Mark, Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.), **Salberstr. 40, Große Frankfurterstr. 56**.
Teppiche mit farbenschönen Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. +37*
Vorjährige hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen, 25 bis 40 Mark. Verandhaus Germania, Unter den Linden 21.
1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. **Wesmann, Gollnowstr. 26**, nahe der Landsbergerstr. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 23748*
Strickmaschinen, auch Teilszahlungen, **Bredere, Engelstr. 20**.
Verdacht-Sportwagen, elegante Kinderwagen, Kinderbestellen spottbillig. **Schneider, Kurfürstenstr. 172**. 23298*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Marke 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. **Frankfurter Allee 10**, am Ringbahnhof. +141*

Ringschiffchen, Dobbin, Schneenäher, ohne Anzahlung, Marke 1,00, gebrauchte 12,00. **Röppnerstr. 60/61, Brenzlauerstr. 59/60** und **Große Frankfurterstr. 43**. +97*
Obst, Gemüsegeschäft, gut gehend, ohne Kaufmanns-Karte, wegen Krankheit sofort zu verkaufen **Hofstr. 52**.
Nähmaschinen, Vergüte bis 10 Mk. wer Teilszahlung Nähmaschinen kauft oder nachstellt alle Systeme, Marke 1,00, Postkarte bitte. Lieferung sofort. **Borchert, Bornsdorferstr. 50**.
Bankkassen, Quadratmeter 4 Mark, an genehmigtem Bauplan, in schönster Parklandschaft, an herrlichem Laub- und Nadelwald und fließendem Wasser, monatlich 10 Mark Abzahlung. **Strandweg 11 Hegermühle bei Sincenz**.
Getreidelaugung, Baugebiet, sofort zu verkaufen. **(Branntwein) G. Weingart, Schöneberg, Gistler Freilagstr. 7**. +115*
Garagen wegen Verzug sofort zum Inventarpreis zu verkaufen. **Kudamstr. Martin Lutherstr. 51, Expedition**. +115*
Steppdecken billigst **Hedrl** Große Frankfurterstr. 9, parterre. +37*
Vorortland verkauft preiswert auf Abzahlung **Bed, Michailstr. 18**.
Pett, hochfein, 15,00. **Nichel, Dresdenerstr. 38**. 22668
Ränderwaren-Geschäft frankfurterhalber sofort zu verkaufen. **Riete 20 Mark**. Zu erfragen **Bollstr. 6, Sternstr. 10**. +103*
Vikar verkäuflich. **E. Schwarz**, Reinickendorf, am Bahnhof Schönholz, Sommerstr. 3, Kantine von **Oester**.
Restaurations, 10 Jahre bestehend, drei Vereine, billig **Koppenstr. 47**.
Dame verkauft **Bierstall**, noch neu, Dänischer verfertigt. **Bräuteute** passend. **Amsternstr. 17, hochparterre**. 117/3
Geige, 25 Mark. **Diesholz, Lothringenstr. 71**. 22926
Ringschiffchen-Singermaschine, gut nähend, 18,00. **Langstr. 25, vorn III. Gölle**. 55
Gasocherhand! Einloch-Gasocher! 0,80. Zweiloch-Gasocher! 3,00. Dreiloch-Gasocher! Gasbratfen! 6,00. Gasbügellapparat! Gasplättchen spottbillig! **Wohlfahrt, Wallnerstr. 32**. 22*

Estotal wegen Krankheit des Besitzers für Inventarpreis sofort zu verkaufen **Berlin O., Kronprinzenstr. 12**. +141
Kartoffeln, große Auswahl und niedrigste Preise, im Spezialgeschäft **Krausstr. 10a**. (Vorteilhafteste Bezugswelle für Restaurateure.) 22975
Junge freitagen billig. **Schnelle**, Große Frankfurterstr. 13. +43*
Nähmaschinen aller Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. **Fünf Jahre** Garantie. Unterricht in den Stichen, Stopfen gratis. **Postkarte genügt**. **Blauerstr. 6, Ackerstr. 113, Verkaufsanstalt**. 78. 22918
Dame verkauft **Wiedererschrank** 15,00, **Polsterstuhl** 3,50, **Muschelsofa** 50,00, **Schlafsofa** 25,00, **Nähmaschine** 15,00, **Bilder, Regulator, Teppich, geschliffener Trumeau** 33,00, **Chaiselongue** 16,00, **elegante Salongarnitur** 95,00, **Muschelstühle** 3,00. **Bräuteute** Gelegenheit. **Gekauftes** kann stehen **Röppnerstr. 126a, I**. 22858

Verschiedenes.

Aufpolierung! Sofa 5,00, **Matratze** 4,00, auch außerem **Dauke**. **Baummann, Blumenstr. 35b**. 23588*
Fahrräder verkauft, **Nobel, Planinobeleitung**, **Kahlfass, Schönhauser Allee 163a**. 23958*
Handwärmer mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, **Teich** in 2 Mark **Annara, Invalidenstr. 105**.
Patentanwalt **Dammann**, **Oranienstr. 57, Kottbusplatz**. Rat in Patentfragen. 22935*
Rechtsbureau. **Verichtshaus**, **Strassachen, Eingabengasse**, **Kartellierungen**, **Verf. Brunnstr. 97**.
Rechtsbureau (Alexander-Platz), **Kurtzeile** **ostgehe!** **Verichtshaus!** **Eingabengasse!** **Wartelung**. 117/2*
Uhren repariert **Wihelm Rade**, **Reibstr. 20**. +137*
Rechtsbureau! (Hindenburgplatz), **Grünerweg** **dierundneunzig**. **Langschiffchen!** **Erfolgsgleich!** 22706*
Nacht **Sonabend** zum **Sonntag** in der **Bilowstr.** mein **Kad** **abhanden** gekommen. **Der** **erliche** **Kind** **erhält** **eine** **gute** **Belohnung**. **78** **Expedition** **dieses** **Blattes**. 22788

Buchführung. **Stenographie**, **Schreibmaschine**, **Sprachen**. **Salomon**, **Karlstr. 26**. 22938*
Stenographie, **Buchführung**, **Schreibmaschine**, **Sprachen**. **Salomon**, **Karlstr. 26**. 22945*
Sprachen, **Deutsch**, **Französisch**, **Englisch**. **Lehrinstitut** **Karlstr. 26**.
Schreibmaschine, **Buchführung**, **Stenographie**, **Sprachen**. **Salomon**, **Karlstr. 26**. 22945*
Quartettgesänge zu allen Gelegenheiten empfiehlt **Frang Abel**, **Gesangslehrer**, **Frankfurterstr. 127**.
Bereitschaft **lucht** **Neumann**, **Rheinbergerstr. 30**. 22975*
Wäsche wird **sauber** gewaschen, im **freien** **getrocknet**, **großer** **Bezug** 0,15, **Katen**, **Reibwäsche** 0,10. **Abholung** **Sonntags**. **Emil** **Vantrath**, **Köpenick**, **Rüggelheimerstr. 40**.
Schöne **passende** **Kostlichkeiten** für **alle** **Sportflüsse**, **Äthleten**, **Theater**, **Gefang**, **geflügte** **Verteine**, **Regelbahn** **Stunde** 0,80 **Schwedterstr. 23**.

Vermietungen.

Lagerkeller, auch **Werkstatt**, hell, groß, **Gesamtschub**, **monatlich** 7,50, **12,50**. **Tüftstr. 25a**. 22928*
Wohnungen.
2 Stuben, Küche, **alleiniger** **Korridor**, 1 **Stube**, **Küche**, **alleiniger** **Korridor** **billig** **Ergergerstr. 3**.
Mühlentstr. 8, nahe **Station** **Borsigstr.** **und** **Stralauer** **Thor**, **find** **vom** **1. Oktober** **billige** **Wohnungen** **von** **2** **und** **1** **Stube** **mit** **Zunahme** **zu** **vermieten**. **Näheres** **beim** **Verwalter**, **8—10**, **2—8**.
Zimmer.
Möbliertes **Zimmer**, **Wendenstr. 6, II rechts**. +11
Schlafstellen.
Teilschmer für **möbliertes** **Schlafstelle** **lucht** **Witwe** **Jacobey**, **Kolbergerstr. 26**.
Schlafstelle **vermietet** **Witwe** **Volz**, **Salberstr. 58**. 22906
Gut **möbliertes** **Schlafstelle** für **Herren**, **Dresdenerstr. 14, III**. 22966

Arbeitsmarkt.

Möblierte **Schlafstelle**, auch **Teilschmer** zum **möblierten** **Zimmer**, **Dresdenerstr. 58, III rechts**. 27418
Schlafstelle, **einzelnen** **Herren**, **allein**, **Admiralstr. 25, III rechts**, **vorn**. 22906
Mietsgesuche.
Gut **möbliertes** **Zimmer** als **Teilschmer** **lucht** **Rax** **Hühle**. **Nähe** **Kottbus** **Brücke**. **Kaybach** **Ufer** **I, IV, Berger**. +120
Zum **1. lucht** **junger** **Mann** **möblierte** **Schlafstelle**. **Geflügte** **Effekten** **mit** **Preis** **an** **Nars**, **Rafanten-Allee 96**. +62
Wohnungen und eine **Belegerin** **verlangen** **Über** **u. Vornmann**, **Reanderstr. 4**. 22935
Widelmacherin, **400** **pro** **Tag**, **Reinickendorf**, **West**, **Birkenstr. 69**.
Flotte **Damenhägerin** **verlangt** **Kennede**, **Bappel-Allee 135**. +62*
Karton **Kellnerinnen** **verlangt** **Neumann**, **Wallstr. 23a**.
Im **Arbeitsmarkt** **durch** **besonderen** **Druck** **hervorgehoben** **Anzeigen** **kosten** **40 Pf. pro** **Zeile**.
Dirigent (Klass.) **lucht** **H. Männer** **(Sel. B.)** **im** **Vorort**, **meist** **möglich** **Dienstag** **9—11** **abends**. **Off. m. Honorar** **anpr.** **postlagernd** **Abderhof** **D. 16**.
Tüchtige **Marmor** **- Arbeiter** **und** **Verteiler** **verlangt** **58582***
Deutsche **Steinindustrie** **Aktien** **- Ges.** **born** **M. L. Schleicher**, **Lehrterstr. 27/30**.
Weisse **Hauschürzen** **- Arbeiter** **erhalten** **gut** **bezahlte** **Beschäftigung**. **Mustervorlage** **9—12**. **Simon**, **Spandauerstr. 59**. 17/19
Tüchtige **Knustschlosser** **werden** **geucht** 58532*
Ernst **Füssmann** **& Cie.**, **Essen/Ruhr, West**.
Musikinstrumenten **- Arbeiter!**
Die **Pianino** **Fabrik** **von** **A. Gast** **& Co.**
Frankfurt **Allee** **117a**
ist **wegen** **Lohn** **Differenzen** **für** **alle** **Branchen** **gesperret**. 144/17*
Zug **streng** **fernzuhalten!**
Fachverein **der** **Musikinstrumenten** **- Arbeiter**.
Achtung!
Holzbildhauer!
Anfolge **Differenzen** **haben** **sämtliche** **Kollegen** **bei** **der** **Firma**
J. C. Pfaff
ble **Arbeit** **niedergelegt**.
Zug **streng** **fernzuhalten!**
21/19* **Die** **Ortsverwaltung**.
Dicht **ruderei** **u. Verlagsanstalt** **Paul** **Singer** **& Co.**, **Berlin** **SW**.